

RROP 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie

Zusammenfassung der Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange

Themen

A: Allgemein

B: Beschreibende Darstellung

E: Erläuterung

SO: Standort mit Nr. der Detailkarte

U: Umweltbericht

Z: Zeichnerische Darstellung allgemein

V: Verspäteter Eingang nach Fristablauf

SO 01	Appeln	SO 21	Lintig-Meckelstedt
SO 02	Bederkesa-Alfstedt	SO 22	Loxstedt-Nückel
SO 03	Belum	SO 23	Loxstedt-Stotel
SO 04	Bramstedt	SO 24	Midlum
SO 05	Bramstedt-Wittstedt	SO 25	Misselwarden
SO 06	Cuxhaven-Altenbruch	SO 26	Neuenkirchen
SO 07	Dorum-Sachsendingen	SO 27	Nordholz/Cappel-Neufeld
SO 08	Flögel-In-Stüh	SO 28	Nordholz/Spieka-Neufeld
SO 09	Geversdorf / Oberndorf	SO 29	Nordleda
SO 10	Heerstedt-Lohe	SO 30	Odisheim / Stinstedt
SO 11	Heerstedt-Lunestedt	SO 31	Osten-Isensee
SO 12	Hemmoor-Bröckelbeck	SO 32	Osterbruch / Kehdingbruch
SO 13	Holßel/Neuenwalde	SO 33	Padingbüttel
SO 14	Kirchwistedt-Ahe	SO 34	Ringstedt
SO 15	Kirchwistedt-Altewistedt	SO 35	Schiffdorf-Sellstedt
SO 16	Köhlen-Brockoh	SO 36	Uthlede
SO 17	Lamstedt-Mittelstenahe	SO 37	Wanna
SO 18	Langen-Debstedt	SO 38	Wremen-Grauwallkanal
SO 19	Langen-Krempel	SO 39	Wremen-Schottwarden
SO 20	Langen-Sievern		

Lfd. Nr.			TÖB	Thema	Anregungen und Bedenken
1		1	Stadt Cuxhaven		
1		1.01		A	Die vorgelegte Planung zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie im RROP wird von der Stadt Cuxhaven grundsätzlich begrüßt. Die methodische Vorgehensweise (Restriktionsanalyse und Abwägung) ist schlüssig und nachvollziehbar dargelegt. Mit der aufgeteilten Darstellung von bauleitplanerisch bereits gesicherten Bereichen und Vorranggebieten für die Windenergiegewinnung sollen eindeutige Regelungen für die zukünftige landseitige Windenergienutzung geschaffen werden.
1		1.02		B 01	Die Stadt Cuxhaven geht davon aus, dass nach der vollzogenen Testfeldverlagerung im Bereich des zu modifizierenden Bebauungsplanes Nr.141 die als Nebenanlagen zu Produktionsstätten für Offshore- Windenergieanlagen angedachten, bis 240m hohen Testanlagen nicht mit den Darstellungen des überarbeiteten RROP 2014 in Konflikt stehen. Die Einschätzung der Stadt Cuxhaven nährt sich daraus, dass diese maximal drei Anlagen an den drei vorgesehenen Produktionsstandorten nicht der dauerhaften Energiegewinnung dienen und nur temporär im Zusammenhang mit der Produktion getestet bzw. zur Verschiffung vorbereitet werden.
1		1.03		SO 28	Ich gebe ferner zu Bedenken, dass derzeit am Standort Nordholz / Spieka Neufeld (Detailkarte 28) beidseits der Gemeinde- bzw. Stadtgrenze formelle Bauleitplanverfahren zur 2. Änderung des FNP Nordholz und zur 100. Änderung des FNP der Stadt Cuxhaven zum Repowering des dort bestehenden Windparks eingeleitet sind. Diese somit substanziellen Planungsabsichten können nicht von einer später ins Verfahren gestarteten Änderung des RROP konterkariert werden.
1		1.04		B 10	Im Bedarfsfall ist die Ziffer 4.2.2.10 hinsichtlich der im förmlichen Verfahren befindlichen Bauleitplanungen mit Überleitungsvorschriften entsprechend zu modifizieren.
1		1.05		U	In Bezug auf den Umweltbericht - hier insbesondere auf Cuxhaven-Altenbruch - gebe ich den Hinweis, dass für das Gebiet der Stadt Cuxhaven der Landschaftsrahmenplan (LRP) vom April bereitsteht. Der LRP ist u.a. unter folgendem Pfad ... auf der städtischen Internetseite abrufbar.
2		2	Stadt Langen		

2		2.01		B 10	Die Stadt Langen hat im Rahmen der zur Genehmigung vorgelegten Flächennutzungsplanneuaufstellung die Vorranggebiete für raumbedeutsame Windenergieanlagen an das zur Zeit gültige RROP angepasst. Ziel des Verzichts auf eine Höhenfestsetzung im Flächennutzungsplan war, dass das Repowering in allen bestehenden Windparks unter Einhaltung der formulierten Kriterien möglich ist. D. h., bei Einhaltung des 1000m-Abstandes zu den Ortslagen sollten Anlagen über 100m Anlagenhöhe und im übrigen Anlagen bis 100m Höhe in den dargestellten Vorrangflächen zulässig sein. Dies sollte auch nach der Fortschreibung möglich sein. Es sollte geprüft werden, ob neben den Vorranggebieten für Windenergieanlagen über 100m Anlagenhöhe die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche bzw. Bestandsflächen als Vorranggebiet für Windenergieanlagen bis 100m Anlagenhöhe („Befeuerungsgrenze“) dargestellt werden können. Für die Bestandsflächen hat eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen der Windenergieanlagen auf die Schutzgüter stattgefunden, so dass pauschale Abstandsregelungen nicht festgelegt werden müssten, bzw. die für die Ursprungsplanungen angewandten Abstandsregeln des RROP 2004 zu Grunde gelegt werden könnten.
2		2.02		B 10	Sofern die Darstellung von Vorranggebieten und bauleitplanerisch gesicherten Bereichen beibehalten wird, sollte die Formulierung der Ziffer 10 der beschreibenden Darstellung geändert werden. Das Kriterium, das die Errichtung von Windenergieanlagen im bauleitplanerisch gesicherten Bereich möglich ist, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird, ist zu unbestimmt und würde einem Schutzgut vorab eine höhere Gewichtung zuteilen. Die Bedingung sollte auf „wenn alle im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden“ beschränkt werden.
2		2.03		E	Die in der Begründung unter Arbeitsschritt 3 auf Seite 11 aufgeführte Grundfläche von 7.850 qm, die von einer zu Grunde gelegten Windenergieanlage mit 50 m Rotorlänge mindestens benötigt wird, sollte nachvollziehbar erläutert werden.

2		2.04		E	Die in der Begründung unter Arbeitsschritt 3 auf Seite 15 beschriebene Ermittlung der erforderlichen Gesamtfläche eines Vorranggebietes erscheint nicht sachgerecht. Es ist nicht nachvollziehbar, warum lediglich für eine Anlagenhöhe von 150 m eine Mindestfläche ermittelt wurde und nicht differenzierter. Offenbar sollen nur noch Vorranggebiete ausgewiesen werden, die für Anlagen von mindestens 150m Höhe geeignet sind. Eine Begründung für dieses Kriterium und eine Abwägung mit Alternativen fehlt. Es sind so von vornherein Flächen ausgeschlossen worden, die für ein Repowering mit kleineren raumbedeutsamen Anlagen bis 150 m geeignet wären. Ferner ist offensichtlich, dass die als in der Regel erforderlich angenommene Fläche von 19 ha für drei Anlagen mit 150 m Gesamthöhe nicht zutrifft. Für die im Windpark Debstedt gelegene als zu klein erachtete Potenzialfläche Nr. 93 mit 16,62 ha ist beispielsweise gemäß laufendem Baugenehmigungsverfahren die Errichtung von vier Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 184 m möglich. Die Berechnung und Festlegung der erforderlichen Flächen für Vorranggebiete sollte differenzierter, realitätsnah und nachvollziehbar erfolgen.
2		2.05		E	Das Offshore-Testfeld Neuenwalde (Potentialflächen Nr. 17 u. 4) ist im Entwurf nicht mehr erwähnt. Es sollten wenigstens Angaben zum „Rechtsstatus“ des Bestandsgebietes und der darin zulässigen Windenergienutzung gemacht werden. Schließlich sind dort bereits fünf Anlagen mit über 150 m Höhe errichtet und zwei weitere Anlagen in Planung.
2		2.06		E	Beim Arbeitsschritt 3 scheint die Potenzialfläche Nr. 128 nicht korrekt bewertet bzw. eingestuft worden zu sein. Die Fläche wurde wegen eines zu geringen Abstandes zu einem bestehenden Windpark verworfen. Der für den Bereich der Stadt Geestland einzuhaltende Abstand von 3 km zu den in der zeichnerischen Darstellung verbliebenen Vorranggebieten dürfte jedoch eingehalten sein. Die Potenzialfläche Nr. 128 (Gemarkung Debstedt; 7,52 ha) würde jedoch in Verbindung mit der Potenzialfläche Nr. 117 (Gemarkung Sievern; 8,67 ha) die bisher vorgegebene Grenze von 19 ha nicht überschreiten und hiernach verworfen werden. Bei einer Herabsetzung der Mindestgrößen für Vorranggebiete wäre zu prüfen, ob für diesen Bereich ein Vorranggebiet festgesetzt werden kann. Dieses Gebiet würde dann jedoch mit der Potenzialfläche Nr. 93 (Gemarkung Debstedt; 16,62 ha), die dann evtl. auch als Vorranggebiet geeignet wäre, in Konkurrenz treten. Die Potenzialfläche Nr. 93 im Windpark Debstedt sollte dann bevorzugt werden, da hier – wie bereits oben erwähnt – vier Anlagen mit einer Gesamthöhe von 184 m realisierbar sind. In jedem Fall bedarf es hier einer Überarbeitung.

2		2.07		SO 13	Bei der Darstellung des Vorranggebietes für den Standort Holßel/Neuenwalde (Zeichnerische Darstellung, Detailkarte 13) ist bei der Ermittlung der Abgrenzung des Gebietes offensichtlich der Fehler unterlaufen, dass die Potenzialflächen durch die Einhaltung eines Abstandes zum Windpark Midlum (Potenzialfläche 2), der nicht als Vorranggebiet ausgewiesen ist, reduziert wurden. Das Vorranggebiet Holßel/Neuenwalde ist entsprechend der Potenzialflächen, die sich aufgrund der einzuhaltenden Abstände zu den Vorranggebieten Krempel (Detailkarte 19) und Dorum-Sachsendingen (Detailkarte 7) ergeben, in korrigierter Größe darzustellen.
3		3	Gemeinde Beverstedt		
3		3.01		SO 01	Die Gemeinde begrüßt die geringfügig nach Westen zur Ortschaft Appeln heranrückende Ausweisung unter Beachtung des Abstandsbereiches zum Ort von 1000m.
3		3.02		SO 01	Die östliche Verkleinerung der Vorrangfläche wird nicht als angemessen angesehen. Hier sollte der Landkreis nochmals die Tabukriterien samt Puffer (Ausschluss von Vogelbrutgebieten, Waldflächen und Vorranggebiete Natur und Landschaft) überprüfen. Die Gemeinde möchte anregen, bei der Auswahl und Bewertung der Flächenpotentiale aktuelle Erkenntnisse in die Untersuchung mit einzubeziehen. Hilfestellung gibt u.a. die aktuelle Flächennutzungsplanänderung Nr. 43 "Windpark Appeln" der Gemeinde Beverstedt und die darin enthaltene Raumnutzungsanalyse.
3		3.03		SO 10	Die Gemeinde steht der Erweiterung in östlicher Richtung positiv gegenüber. Die angrenzende Wohnbebauung [Wehdeler Weg bzw. Bereich Ostendorfer Straße (L 128) Richtung Wollingst] wird als „Einzellage“ gesehen. Das Abstandskriterium "Vorranggebiet — Einzellage" von 500m zum Vorranggebiet ist einzuhalten.
3		3.04		SO 11	Es handelt sich um ein Vorranggebiet, wo bereits die Gemeinde Beverstedt eine gültige FNP Ausweisung (43. Änderung) vorgenommen hat. In den vorliegenden Landkreisunterlagen (Beschreibende Darstellung) fehlen Angaben zum •Rechtsstatus“ des wirksamen Bestandsgebietes bzw. sind nur "ansatzweise“ erwähnt worden. Hier muss noch eine entsprechende Vervollständigung im Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 vorgenommen werden.
3		3.05		SO 14	Die Erweiterung wird seitens der Gemeinde Beverstedt begrüßt.
3		3.06		SO 15	Eine südliche Ausdehnung des Vorranggebietes befürwortet die Gemeinde. Eine entsprechende Einhaltung des Abstandskriteriums Einzellage/Ortslage muss gegeben sein. In den vorliegenden Landkreisunterlagen (Beschreibende Darstellung) fehlen Angaben zum Rechtsstatus des wirksamen Bestandsgebietes bzw. sind nur ansatzweise erwähnt worden. Hier muss noch eine entsprechende Vervollständigung im Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 vorgenommen werden.

3		3.07		SO 10	Bezüglich des bestehenden WP Heerstedt-Lohe ist beabsichtigt, diesen im zukünftigen RROP als bauleitplanerisch gesicherten Windenergiestandort auszuweisen. Dieser Standort ist lt. RROP 2014 nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig. Dieser Standort ist repoweringfähig, sofern sich hierdurch keine Verschlechterung des Landschaftsbildes ergibt. Entsprechende Aussagen sind im Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 aufzunehmen.
3		3.08		SO 15	Bezüglich des bestehenden WP Kirchwistedt-Altwistedt ist beabsichtigt, diesen im zukünftigen RROP als bauleitplanerisch gesicherten Windenergiestandort auszuweisen. Dieser Standort ist lt. RROP 2014 nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig. Dieser Standort ist repoweringfähig, sofern sich hierdurch keine Verschlechterung des Landschaftsbildes ergibt. Entsprechende Aussagen sind Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 aufzunehmen.
4		4	Gemeinde Loxstedt		
4		4.01		SO 22	Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Loxstedt hat sich in seiner Sitzung am 08.07.2014 mit dem vorliegenden Entwurf des RROP befasst und hierzu folgende Stellungnahme formuliert: Da die Gemeinde Loxstedt auf der Grundlage der Ergänzung des RROP zum sachlichen Teilabschnitt Windenergie 2004 für den Bereich Nückel (nördliche Erweiterung) in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.02.2006 (SV 2006-0014) der Errichtung von drei Windenergieanlagen mit einer Einzelleistung von 2 MW und einer maximalen Höhe von 99,50 m zugestimmt hatte und unter dieser Voraussetzung seinerzeit auf die Absicherung durch Darstellung im F-Plan verzichtet wurde, soll der Landkreis zur Realisierung eines möglicherweise künftig seitens des Betreibers gewünschten Repowerings gebeten werden, die im RROP 2004 ergänzte Vorrangfläche in den vorliegenden Entwurf des RROP 2014 zu übernehmen. So hätte die Gemeinde jedenfalls die Möglichkeit, zu gegebener Zeit eine planungsrechtliche Absicherung nachzuholen bzw. vorzunehmen.
5		5	Gemeinde Nordholz		
5		5.01		SO 27	In den Unterlagen zu o.a. Thematik wird ausgeführt, dass die bisherigen Vorrangstandorte auf dem Gebiet der Gemeinde Nordholz in Cappel-Neufeld für die Zukunft im Regionalen Raumordnungsprogramm nicht weiter als Vorrangstandorte geführt werden können, weil sie aufgrund aktueller Rechtsprechung die Voraussetzungen dafür nicht mehr erfüllen. Vielmehr sollen diese Gebiete nunmehr als bauleitplanerisch gesicherte Gebiete weiter geführt werden.

5		5.02		SO 28	In den Unterlagen zu o.a. Thematik wird ausgeführt, dass die bisherigen Vorrangstandorte auf dem Gebiet der Gemeinde Nordholz in Spiekal-Neufeld für die Zukunft im Regionalen Raumordnungsprogramm nicht weiter als Vorrangstandorte geführt werden können, weil sie aufgrund aktueller Rechtsprechung die Voraussetzungen dafür nicht mehr erfüllen. Vielmehr sollen diese Gebiete nunmehr als bauleitplanerisch gesicherte Gebiete weiter geführt werden.
5		5.03		B 10	Dies könnte im Ergebnis für die Gemeinde Nordholz bedeuten, dass die derzeitigen beiden o.a. Windparkstandorte so gut wie gar nicht mehr repowert werden können. Dies kann im Ergebnis nicht sein, wenn man an die Intentionen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Förderung alternativer Energien, die allgemeine Entwicklung auf diesem Themengebiet und nicht zuletzt auch an die Erforderlichkeit bei ständig schwindenden Ressourcen der Energieversorgung denkt.
5		5.04		B 10	Diese neuerliche Unterscheidung sei lt. Ihrer Auffassung ebenfalls aufgrund der neuesten Rechtsprechung erforderlich, weil zwischen bauleitplanerisch gesicherten Standorten und Vorrangstandorten unterschieden werden muss, was die Repoweringmöglichkeiten angeht. So müssen die bauleitplanerisch gesicherten Standorte hier zurück stehen.
5		5.05		SO 28	Die Gemeinde Nordholz ist zur Zeit dabei, den Flächennutzungsplan für den Teilbereich Spieka-Neufeld im Hinblick auf den Windpark zu ändern. Es soll nunmehr im Rahmen von Repoweringmaßnahmen eine Gesamthöhe der Anlagen auf bis zu 100 m zugelassen werden.
5		5.06		B 10	Die für den Windpark in Spieka-Neufeld angestrebten 100m stehen im Vergleich zu den Möglichkeiten in Vorranggebieten deutlich zurück; so wird dem geforderten Unterschied zwischen Vorrangstandorten und bauleitplanerisch gesicherten Gebieten ausreichend Rechnung getragen. Gleiches (Höhenfestlegung auf 100 m) sollte dann im Bedarfsfalle auch für den Windpark in Cappel-Neufeld gelten, denn auch hier gibt es aktuelle Bestrebungen zum Repowering.
5		5.07		B 10	Diese (im Vergleich zu anderen Repowedingmaßnahmen) vergleichsweise geringe Höhe wurde im Einvernehmen mit dem Investor zu Beginn des Verfahrens angestrebt, um nicht zuletzt auch den naturschutzfachlichen Aspekten und der Erhaltung des Landschaftsbildes Rechnung zu tragen.
5		5.08		B 10	Aufgrund der erneuten Änderung des Energieeinspeisegesetzes vermindert sich unabhängig von Vorstehendem die Rentabilität solcher Vorhaben erneut. Die Investoren überlegen zur Zeit, ob die Errichtung von Anlagen mit 100m Gesamthöhe für sie überhaupt noch wirtschaftlich darstellbar ist.

5		5.09		B 10	Es sei an dieser Stelle nochmals unterstrichen, dass die im Entwurf zu der Problematik diskutierten Rahmenbedingungen Repoweringmaßnahmen von Bestandwindparks verhindern und einen erheblichen Verlust an regionaler Wertschöpfung zur Folge haben (z.B. Pachteinahmen, Gewerbesteuer u.ä.). Nicht zuletzt geht es hier aber auch um die Stärkung der Infrastruktur, die durch die jetzt durch den Landkreis Cuxhaven vorgelegten Planungen durchkreuzt wird.
5		5.10		B 10	Die hier durch Sie vorgelegte Entwurfsfassung stellt im Ergebnis nicht hinnehmbare und unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der kreisangehörigen Gemeinden und damit auch der Gemeinde Nordholz dar. Die Kommunen dürfen die Planungshoheit nicht verlieren; die Steuerung der bisherigen und aber auch möglicherweise neuer Vorrangstandorte muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen werden.
5		5.11		SO 28	Unabhängig davon ist die Gemeinde Nordholz bestrebt, das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Windpark in Spieka-Neufeld zum Abschluss zu bringen. Die Unterlagen dazu werden Ihnen zur Genehmigung voraussichtlich zu Beginn des Herbstes diesen Jahres vorgelegt.
5		5.12		B 10	Es ergeht an dieser Stelle nochmals deutlich die Forderung, dass im RROP klar gestellt sein muss, dass die Windparkflächen auch nach Rechtskraft des RROP 2014 bauleitplanerisch gestaltet werden können.
5		5.13		B 10	So sollte in der neuen Planung dargestellt werden, dass außerhalb der festgelegten Vorranggebiete die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung möglich ist, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.
7		7	Samtgemeinde Am Dobrock		
7		7.13		B 10	Aktueller Rechtsprechung (u. a. BVerwG, Beschluss vom 23. Juli 2008 - 4 B 20/08) zufolge besteht für Planungsträger durchaus die Möglichkeit, bei der Darstellung neuer Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen andere Abstandskriterien anzuwenden und auf Einschnitte bei den Altstandorten zu verzichten.
7		7.01		B	Die überarbeiteten Zielaussagen des sachlichen Teilabschnitts Windenergie im RROP Entwurf 2014 erschweren bzw. behindern ausgewogene planerische kommunale Standortkonzepte und damit die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung der im Bereich der Samtgemeinde Am Dobrock bestehenden Windparks. Dies stellt einen nicht hinnehmbaren unzumutbaren Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Samtgemeinde Am Dobrock und ihrer Mitgliedsgemeinden dar.

7		7.02		SO 32	Die mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 verbundene Differenzierung zwischen Vorranggebieten einerseits und "Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen" andererseits ist auf zugeben. Neben dem Standort Belum ist auch der bestehenden Windparkfläche in Kehdingbruch weiterhin der Status eines 'Vorranggebietes für Windenergienutzung' einzuräumen.
7		7.03		B 10	Im Falle einer Aufrechterhaltung der mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 vorgenommenen Differenzierung zwischen Vorranggebieten und "Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen" ist Ziffer 4.2.2 Nr. 10 Satz 3 zur Sicherstellung einer ausreichenden Bestimmtheit wie folgt abzufassen: "Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, richtet sich die zulässige Gesamthöhe nach der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen. Hiervon unberührt bleibt das Recht der Samtgemeinden und Gemeinden, ihre Bauleitplanungen gemäß jeweils aktuellen Anforderungen zu ändern."
7		7.04		B	Die im derzeit noch wirksamen RROP 2012 in der Beschreibenden Darstellung unter Ziffer 4.2.2 Nr. 8 enthaltene Grundsatzaussage "Bei den vorhandenen Windparks sind die Möglichkeiten des Repowering zu nutzen" ist zu erhalten und in das RROP 2014 zu übernehmen.
7		7.05		B 10	Die im RROP-Entwurf 2014 unter Ziffer 4.2.2 Ziffer 10 Satz 4 enthaltene pauschalisierte Abstandsregelung ist ersatzlos zu streichen und durch folgende Regelung zu ersetzen: 'Die Errichtung von Windenergieanlagen mit Gesamthöhen über 100 m ist nur möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren für den konkreten Einzelfall zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die abschließende Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe über Grund erfolgt durch die Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Bauleitplanung.'
7		7.06		B 10	Nicht eindeutig und zweifelsfrei ausschließen lässt sich jedoch, dass der Landkreis mit dem vorliegenden Entwurf eine Stichtagsregelung verbindet, die künftigen Festsetzungen also auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der RROP-Neufassung bezieht. In diesem Falle könnten die Samtgemeinde bzw. ihre Mitgliedsgemeinden ab dem (zufälligen) Stichtag des Inkrafttretens des RROP 2014 bauleitplanerische Veränderungen zum Zwecke des Repowering und damit einhergehende Anhebungen der zulässigen Anlagenhöhen nicht mehr vornehmen.

7		7.14		B 10	Die zur Stellungnahme vorliegende Entwurfsfassung stellt nicht hinnehmbare unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der Samtgemeinde Am Dobrock und ihrer Mitgliedsgemeinden dar. Das Regionale Raumordnungsprogramm muss weiterhin so gestaltet sein, dass künftige kommunale Planungen und die diesen Planungen zugrunde liegenden Interessenabwägungen respektiert werden und den Kommunen die Letztentscheidung im Rahmen ihrer Planungshoheit verbleibt.
7		7.07		B 10	Ersatzlos entfallen soll die bisherige generelle Regelung, dass in den vorhandenen Windparks die Möglichkeiten des Repowering zu nutzen sind. Gleichzeitig werden die starren Abstandserfordernisse für Windenergieanlagen über 100 m Gesamthöhe (1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern) beibehalten. Diese Regelungen führen nicht zu ausgewogenen kommunalen Standortkonzepten, sondern verhindern vielmehr energiepolitisch sinnvolle planerische Konzepte auf der dem RROP nachgeordneten kommunalen Ebene. Da ein Repowering mit Anlagen, die nicht höher als 100 m sind, im Grunde als ausgeschlossen gelten kann, würden diese Regelungen in den kommenden Jahren bei den in der Samtgemeinde Am Dobrock bestehenden Standorten (mit Ausnahme des Standortes Belum in Teilbereichen) aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Einstellung der Betriebstätigkeiten führen.
7		7.08		B 10	Den Windparkbetreibergesellschaften würden die Geschäftsgrundlagen entzogen, die landwirtschaftlichen Betriebe würden dementsprechend geringere Pachteinahmen verkraften müssen mit der Folge, dass diese Einnahmen nicht mehr für eigene Investitionen auf den jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebsgrundstücken eingesetzt werden können. Auch die finanziellen Auswirkungen für die betreffenden Mitgliedsgemeinden wären enorm.
7		7.09		B	Aufgrund der hohen Windhöflichkeit kommt dem Landkreis Cuxhaven bezüglich der Nutzung von Windenergie eine besondere Bedeutung zu. Die bislang im RROP grundsätzlich noch verankerte Festlegung einer optimalen Ausnutzung der Gebiete mittels Repowering muss erhalten bleiben. Die gesamtstaatliche Aufgabe "Ausbau erneuerbarer Energien" kann nur gelingen, wenn einheitlich und abgestimmt vorgegangen wird. Die vom Landkreis Cuxhaven beabsichtigte Beibehaltung starrer Regularien, insbesondere zu den Abstandserfordernissen für Windenergieanlagen, erschweren bzw. behindern die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung bestehender Windparks.

7		7.10		B 10	In § 1 Abs. 3 ROG ist das "Gegenstromprinzip" normiert, wonach sich die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraumes einfügen soll und die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraumes wiederum die Gegebenheiten und die Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen soll. Das Gegenstromprinzip soll sicherstellen, dass die Raumordnung nicht einem schlichten "Top-Down Grundsatz" folgt.
7		7.11		B 10	Der vorliegende Änderungs-Entwurf 2014 führt zu einer Bestandsregelung der dem Ausbau der Windenergie zugrundeliegenden Flächennutzungspläne und Bebauungspläne. Er führt aber auch zu Qualitätsunterschieden zwischen Vorranggebieten für die Windenergienutzung und den nur bauleitplanerisch gesicherten Bereichen (Altstandorte). Diese Standorte sind anders als Vorranggebiete nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig. Insoweit wird vom Landkreis in nicht angemessener Weise verkannt, dass im Rahmen der Fortschreibung des RROP nichts abwägungsrelevanter ist als die vorhandenen Windparks auf den bereits bauleitplanerisch gesicherten Konzentrationsflächen.
7		7.12		B 10	Bei den Altstandorten haben sich die konkurrierenden Nutzungen (Windenergie; Wohnen; Natur) seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Weder tatsächlich noch rechtlich wird daher seitens der Samtgemeinde Am Dobrock die Notwendigkeit gesehen, die bei der vorgenommenen Neuermittlung der Konzentrationsflächen angewandten Kriterien auf den Altflächenbestand zu übertragen.
7		7.15		B 10	Dies setzt einen Verzicht auf Differenzierung zwischen Vorranggebieten und "Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen" voraus. Die Steuerung der Ausnutzung sowohl "alter" als auch "neuer" Vorranggebiete muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen bleiben. In diesem Zusammenhang ist die bislang im RROP 2012 enthaltene Grundsatzaussage zum Repowering in bestehenden Windparks zu erhalten und auf die schematische Beibehaltung der Abstandsregelungen zu Siedlungsflächen ohne gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu verzichten.
7		7.16		B 10	Die den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Energiekonzept der niedersächsischen Landesregierung entsprechende Nutzung bestehender Vorrang- und Eignungsgebiete zu Repoweringplanungen und damit einhergehende Steuerungsspielräume auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung müssen erhalten bleiben.
7	a	7a	Gemeinde Belum		
7	a	7a			siehe Ausführungen unter 7
8	a	8a	Gemeinde Köhlen		
8		8	Samtgemeinde Bederkesa		

8		8.01		SO 02	Der anliegende Zwischenbericht über die "Raumnutzungsanalyse zum Seeadler" wird mit der Bitte um Kenntnisnahme beigelegt.
8	a	8a.01		SO 16	Die Gemeinde Köhlen hat entsprechend dem RROP 2012 die Fläche Köhlen-Brokoh als Vorranggebiet für Windnutzung ausgewiesen. Der vorliegende Entwurf des RROP 2014 weist die Fläche nunmehr lediglich als Bestandsfläche und nicht mehr als Vorrangfläche aus. Dadurch werden die Entwicklungsmöglichkeiten für Windnutzung auf der Fläche stark eingeschränkt. Insbesondere auch die Planungshoheit der Gemeinde stark eingeschränkt. Mit Schreiben vom 07.08.2014 hat Herr Rechtsanwalt Alexander Blume namens und mit Vollmacht der Windpark Köhlen GmbH Stellung zum RROP 2014 genommen und unter anderem für die Windpark Köhlen GmbH beantragt, die Fläche auch im RROP 2014 wieder als Vorrangfläche für die Windnutzung auszuweisen. Wir teilen die in der Stellungnahme vorgebrachten Bedenken und machen uns die Stellungnahme ausdrücklich zu Eigen. Ebenfalls beantragen wir die Ausweisung der gegenwärtigen Fläche als Vorranggebiet.
8	a	8a.02		SO 16	Den Text der Stellungnahme der Windpark Köhlen GmbH vom 07.08.2014 zitieren wir wie folgt: siehe Ausführungen unter P 111
9		9	Samtgemeinde Börde Lamstedt		
9		9.13		SO 30	Desweiteren wurde zum Bauleitplanverfahren durch das Nds. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie mit Schreiben vom 05.02.2013 eine Stellungnahme folgenden Inhaltes abgegeben: Die Planungsfläche liegt innerhalb eines Rohstoffsicherungsgebietes von überregionaler Bedeutung für Torfgewinnung. In dem Plangebiet sind nach aktuellen Kartierungen des Landesamtes zwischen 2,00 und 2,50 m Hochmoortorf (1,00-1,50 m Weißtorf über 1,00 — 1,50 m Schwarztorf) verbreitet. Es sollte sichergestellt werden, dass bei einem möglichen Bau von Windkraftanlagen der Torf im Bereich der Gründungen und Trassen der Zuwegung und Elektrizitätsleitungen von einem Torfabbauunternehmen zuvor qualifiziert entnommen und verwertet wird. Der Rohstoff Torf sollte keinesfalls mit Sand oder anderen mineralischen Bestandteilen verunreinigt werden, weil er damit als Rohstoff unbrauchbar wird. Die Prüfung eines möglicherweise hier vorliegenden raumordnerischen Konfliktes zum Vorrangstandort Windenergie wird durch den Landkreis als erforderlich angesehen.
9		9.01		Z	Die Samtgemeinde Börde Lamstedt ist als Trägerin der kommunalen Planungshoheit direkt in ihren Belangen betroffen durch die Darstellungen des Windparks Stinstedt/Odisheim (hier Gemarkung Stinstedt) und der Erweiterungsbereiche des Windparks Lamstedt-Mittelstenahe, die über die rechtskräftige 22. Änderung des Flächennutzungsplanes (Windpark Lamstedt-Mittelstenahe) hinausgehen.

9		9.02		SO 17	Durch die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde der im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP-Stand 2002) des Landkreises Cuxhaven ausgewiesene Vorrangstandort Lamstedt-Mittelstenahe als Darstellung übernommen. Gleichzeitig wurde die Flächennutzungsplanung durch Rahmenentwicklungsplan mit einer Ausschlussplanung (Negativplanung) verbunden. Diese Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mit Verfügung der seinerzeitigen Bezirksregierung Lüneburg vom 14.02.2003 genehmigt und ist seit 13.03.2003 rechtskräftig und geltendes Recht in der Börde Lamstedt. Nach § 8 Abs. 2 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) ist der Landkreis Cuxhaven als Regionale Raumordnungsbehörde verpflichtet, gemeindliche Planungen (z.B. Flächennutzungspläne) und Stellungnahmen im Abwägungsprozess zu berücksichtigen, um der gemeindlichen Planungshoheit Rechnung zu tragen.
9		9.03		SO 30	Die Ausweisung neuer Vorranggebiete/Erweiterung eines Vorranggebietes in der Börde Lamstedt kollidiert mit der derzeit rechtskräftigen Flächennutzungsplanung. Die Darstellungen in der Regionalen Raumordnungsplanung ist für den Vorrangstandorte Nr. 30 zu streichen.
9		9.04		SO 17	Die Darstellungen in der Regionalen Raumordnungsplanung ist für den Vorrangstandort Nr. 17 auf die Darstellungen der genannten 22. Änderung des Flächennutzungsplanes anzupassen / zu reduzieren. (Nachträglich wurde klargestellt, das sich die Forderung nach der Streichung des Vorrangstandortes Odisheim/Stinstedt (Nr. 30) ausschließlich auf den Teil der Gemarkung Stinstedt bezieht und der Teil der Gemarkung Odisheim von der Samtgemeinde hierbei zuständigkeitshalber nicht gemeint ist).
9		9.05		SO 17	An der derzeitigen Rechtslage die sich aus der 22. Änderung des Flächennutzungsplanes 1980 ergibt, wird uneingeschränkt festgehalten; auch an der Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen auf max. 99,90 m.
9		9.06		U SO 17	Zum Vorrangstandort für die Erzeugung von Windenergie in Lamstedt-Mittelstenahe wird auf die durch Rechtsprechung des OVG Lüneburg aufgezeigten denkmalfachlichen Auswirkungen des Gut Haneworth auf den Windpark Mittelstenahe verwiesen. Hierbei ist vorzutragen, das zum laufenden Gerichtsverfahren zum Windpark Lamstedt weiterhin noch die denkmalfachliche Bewertung aussteht und die Auswirkungen des Denkmal Haneworth in den Aussagen des Umweltberichtes unter Ziffer 1.2.2.17 auf Seite 74 als abwägungsrelevanter Belang vollständig nicht enthalten sind und eine Nachbesserung und erneute Bewertung zur Ziffer 2.357 „Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter“ nötig ist, da die gesetzliche Anstoßwirkung der Öffentlichkeitsbeteiligung hierzu nicht erreicht wird. Der Umfang des Zuschnittes des Vorrangstandortes bleibt unter Berücksichtigung der angemessenen Bewertung der Schutzgüter darum erneut zu überprüfen!

9		9.07		SO 17	Durch den Entwurf wird zur Erweiterung des Vorrangstandortes für die Erzeugung von Windenergie in Lamstedt-Mittelstenahe ein Erweiterungsbereich ausgewiesen. Die Samtgemeinde hat hierzu eigene Kartierungen zur Erfassung von Gastvögeln 2009-2010 und naturschutzfachliche Bewertung der Gastvogellebensräume im Umfeld des Schlafplatzes Langes Moor durch Firma BIOS erstellen lassen. Die Ergebnisse wurden zur Prüfung der Eignung des Vorrangstandortes (Erweiterungsbereich Lamstedt-Mittelstenahe) bereits vorgelegt. Der Landkreis Cuxhaven betreibt bereits auf Ebene eines Baugenehmigungsverfahrens ein Anhörungsverfahren, da für Teile des Vorrangstandortes die Unverträglichkeit mit dem Schutzgut Tiere als gegeben angesehen wurde.
9		9.08		U SO 17	Auswirkungen auf Großvögel, insbesondere der Kranichpopulation im Umfeld des Vorrangstandortes scheinen nach dem Umweltbericht (s. Seite 73 — Ziffer 2.338— 2.2.343) unzureichend bewertet. Der Umfang des Zuschnittes zum Vorrangstandort bleibt abschließend auch zum nun laufenden Raumordnungsverfahren zu prüfen.
9		9.14		SO 30	Die Wehrbereichsverwaltung Nord, Hannover verwies darauf, dass sich das Plangebiet im Zuständigkeitsbereich gem. § 18 a Luftverkehrsgesetz des Militärflugplatzes Nordholz befindet.
9		9.09		SO 30	Durch das bestehende RROP 2012 wird ein Vorrangstandort für die Erzeugung von Windenergie in Stinstedt (Bereich St. Joost) ausgewiesen. Zur Netzanbindung soll für die Windkraftanlagen dieses Vorrangstandortes nach derzeitigen Erkenntnissen die Errichtung eines neuen Umspannwerkes in der Gemarkung Bülkau vorgesehen werden. Die Aufnahme dieses Umspannwerkes in der Raumordnungsplanung sollte geprüft werden.
9		9.10		SO 30	Unter Bezugnahme auf die Anpassungsverpflichtung der Bauleitplanung an die Vorgaben der Raumordnung gem. § 1 (4) BauGB hatte die Samtgemeinde mit der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes mit der Arbeitsbezeichnung 62. Änderung des Flächennutzungsplanes 1980 begonnen und das Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung und Behördenbeteiligung ausgeführt. Aus den bisher zu diesem Verfahren vorliegenden Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange wird hingewiesen auf folgende Thematiken: Während der Laufzeit des Verfahrens hatten sich Informationen auf Bestände des Seeadlers im Bereich des Stinstedter Seegebietes ergeben. Durch das Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven war wegen zu hoher Arbeitsauslastung im Verfahren keine Stellungnahme abgegeben worden. Explizit zu Fragestellungen des Artenschutzes „Seeadler“ wurde eine Nachfrage beim Landkreis Cuxhaven veranlasst, die Antwort hierzu steht jedoch weiterhin aus.

9		9.11		SO 30	Zwischen Naturschutzbehörde und den Investoren der Windparkprojekte wurde abgesprochen, ein Monitoring zur Betrachtung der Jagdaktivitäten und des Brutverhaltens des Seeadlers vorzusehen. Beim Monitoring wird dies weitergehend geprüft und die gesamte Brutperiode abgewartet, sodass die Ergebnisse des Monitorings erst im späten Frühjahr 2014 bzw. Sommer 2014 vorliegen dürften. Beauftragt hierzu wurde Firma BIOS aus Osterholz-Scharmbeck.
9		9.12		SO 30	Zu einer rechtssicheren Abwägung zum Aspekt des Artenschutzes scheint es weiterhin erforderlich, die Ergebnisse des Monitorings aufzunehmen und sowohl bei der Überarbeitung des RROP wie auch in die Bauleitplanung einzubeziehen. Eine Abstimmung zum weiteren Vorgehen sollte ggf. auch mit der staatlichen Vogelwarte des NLWKN erfolgen. Denkbar bleibt das Erfordernis bei Brutergebnissen im Stinstedter Seegebiet wegen dem Schlagrisiko für Großvögel aus artenschutzrechtlichen Erwägungen auch die Streichung des Vorrangstandortes andenken zu müssen.
10		10	Samtgemeinde Hagen		
10		10.01	V	Z	Auf die aktuellen Planungen sowie die genehmigten Bauleitplanungen der Windparkflächen in Bramstedt, Wittstedt und Uthlede wird erneut hingewiesen und sich für den Erhalt der Vorranggebiete in den Grenzen des zurzeit gültigen RROP 2012 ausgesprochen, um die weiteren Planungen nicht zu gefährden.
10		10.02	V	SO 04	Das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung mit Standort in Bramstedt weicht im südlichen Plangebiet vom genehmigten Bauleitplan, der 57. Flächennutzungsplanänderung, ab. Die nicht berücksichtigte aber bereits genehmigte Fläche ist zu ergänzen.
10		10.03	V	SO 04	Um die laufenden Planungen zur Windenergiegewinnung nicht zu beeinträchtigen, ist die 57. Flächennutzungsplanänderung in jedem Fall als Vorranggebiet beizubehalten. Die erhebliche Verkleinerung des Vorranggebietes ist nicht plausibel und nachvollziehbar. Zur Bewertung der Umweltauswirkungen und den Angaben, dass ein Wespenbussard im Umfeld vorkommen soll, ist anzumerken, dass im Rahmen der Aufstellung zur 57. Flächennutzungsplanänderung avifaunistische Untersuchungen aus dem Jahre 2009, 2010, 2011 und 2014 vorliegen, die keinerlei Hinweise aufkommen lassen, dass ein Wespenbussard im Umfeld des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung des genehmigten Bauleitplanes vorhanden ist.
10		10.04	V	SO 05	Das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung mit Standort in Bramstedt-Wittstedt berücksichtigt nicht den Bestand der genehmigten Windenergieanlagen des südlichen Bereiches sowie die genehmigte 40. Flächennutzungsplanänderung und die in der Genehmigung befindliche 58. Flächennutzungsplanänderung

10		10.05	V	SO 05	Zur Sicherung und Realisierung der laufenden Planungen sind der Bestand sowie die genannten Bauleitplanungen in jedem Fall als Vorranggebiet zu berücksichtigen. Die 58. Flächennutzungsplanänderung Windpark " Bramstedt-Wittstedt" der Gemeinde Hagen im Bremischen liegt Ihnen bereits zur Genehmigung vor.
10		10.06	V	SO 05	Um den Erhalt der Altanlage zu sichern und ein angemessenes Repowering zu ermöglichen, ist das Vorranggebiet in jedem Fall zu erhalten. Eine Anfrage eines Repoweringvorhabens liegt für den Altstandort im östlichen Bereich bereits den gemeindlichen Gremien vor.
10		10.07	V	U SO 05	Zur Bewertung der Umweltauswirkungen und den Angaben, dass sich der Kiebitz im bisherigen Vorranggebiet befinden würde, ist mitzuteilen, dass im Zuge der 58. Flächennutzungsplanänderung eine Erfassung von Brutvögeln im Jahre 2012 vorgenommen wurde, die keinen Kiebitz erfasst haben.
10		10.08	V	SO 36	Das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung mit Standort in Uthlede zeigt Abweichungen im nördlichen und östlichen Bereich zum genehmigten Bauleitplan, der 58. Flächennutzungsplanänderung, auf. Die nicht berücksichtigten aber bereits genehmigten Flächen sind zu ergänzen.
10		10.09	V	SO 36	Auch für das Vorranggebiet des RROP 2012 spricht die Gemeinde Hagen im Bremischen den Erhalt aus um die laufenden Planungen nicht zu gefährden und ein angemessenes Repowering der bestehenden Altanlagen zu ermöglichen.
10		10.10	V	E 10	Zu Ziffer 10 der Begründung zu den Angaben zum bauleitplanerisch gesicherten Bereich des RROP-Entwurfes zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie ist anzuregen, keine Einschränkungen zu Anlagenhöhen vorzusehen, sondern von einer allgemeinen Verbesserung hinsichtlich Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und Erzeugung regenerativer Energien zu sprechen.
10		10.11	V	A	Wenn im Rahmen der Überarbeitung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des RROP keine Berücksichtigung der bisherigen Vorranggebiete erfolgen kann, hätte das eine erhebliche Gefährdung in der Realisierung und Entwicklung der Windparks zur Folge.
11		11	Samtgemeinde Hemmoor		
11		11.01		A	Die Räte der Mitgliedsgemeinden Stadt Hemmoor und Gemeinde Osten der Samtgemeinde Hemmoor haben sich mit dem RROP 2014 - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie befasst und geben hierzu die anliegenden Stellungnahmen ab, die die Samtgemeinde vollumfänglich unterstützt.
11	a	11a	Gemeinde Osten		

11	a	11a.1		A	An das Ergebnis der im August 2010 durchgeführten Bürgerbefragung bzgl. der Ausweisung eines Vorranggebietes zur Windenergienutzung fühlt sich der Rat der Gemeinde Osten nach wie vor moralisch gebunden.
11	a	11a.2		SO 31	In Osten befindet sich eine von weltweit acht Schwebefähren. Ein einmaliges technisches Baudenkmal von nationaler Bedeutung, ausgezeichnet als "Wahrzeichen der deutschen Ingenieurbaukunst", für das inzwischen ein Gutachten zur Erlangung des Antrages auf Weltkulturerbe-Status erstellt ist. Die Feststellung des Kreistages, dass in Abstand von 5 km zur Schwebefähre kein Vorrangstandort zur Windenergie zulässig sein sollte, wird vom Rat der Gemeinde Osten unterstrichen, da die Aufweichung im Urteil des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg vom 14.05.2014 sich ausschließlich auf die Stellungnahme einer Sachbearbeiterin des Nds. Landesamtes für Denkmalpflege stützt und nicht auf die Bestimmung der UNESCO. Eine abschließende Begutachtung kann nur von der UNECSO selbst oder einem von ihr zugelassenen Gutachter erfolgen. Wir fordern daher den Landrat auf, vor Beschlussfassung ein entsprechendes Gutachten der UNESCO einzuholen.
11	a	11a.3		E 01	Im Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg ist außerdem bei der Betrachtung der Siedlungsstrukturen ausschließlich von Einzelgehöften die Rede. Dieser Sicht weise widersprechen wir als Rat der Gemeinde Osten entschieden. Wir stellen fest, dass es sich bei den Straßenzügen Achthöfen, Fünfhausendorf, Großes Wegfährels, Kranenweide, Niederkögt-Süd und Zehntwege um Straßendörfer, Streusiedlungen oder Siedlungssplitter handelt. Wir fordern eine entsprechende Berücksichtigung.
11	a	11a.4		E 01	Die Überprüfung der neuen Kriterien des Landkreises Cuxhaven zum Teilbereich Windenergie im RROP hat in den intensiven Beratungen des Rates der Gemeinde Osten zur Auffindung von Flächen geführt, die oben genannte Ausschlusskriterien nicht beinhalten.
11	a	11a.5		Z	Nach den überarbeiteten Kriterien des LK Cuxhaven befinden sich in nord-östlicher Randlage der Gemeinde (siehe Anlage), rechts und links der B 495, weitaus geeignetere Flächen zur Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergie.
11	a	11a.6		Z	Eine Belästigung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger durch Schattenschlag und Geräuschimmissionen ist auf diesen Flächen nahezu ausgeschlossen, da sich hier tatsächlich nur wenige Einzelgehöfte befinden. Die Anbindung dieser Flächen an die vorhandene Infrastruktur ist gegeben. Dieser Standort erfüllt die vom Landkreis geforderte 5 km-Entfernung zur Schwebefähre bei weitem, wodurch eine Gefährdung des Weltkulturerbetitels uns ausgeschlossen erscheint.

11	a	11a.7		Z	Als demokratisch gewähltes Organ fordert der Gemeinderat Osten die Kreisverwaltung auf, diesen alternativen Standort einer ernsthaften Überprüfung zu unterziehen und zu berücksichtigen.
11	a	11a.8		SO 31	Es wird Information gegeben über die Darstellung naturschutzrechtlich besonders geschützter Bereiche (Brutvögel - wertvolle Bereiche) im Geodatenportal Niedersachsen und möglicher Überschneidungen dieser Bereiche mit dem Vorrangstandort Osten-Isensee.
11	b	11b	Stadt Hemmoor		
11	b	11b.01		SO 12	Die Stadt Hemmoor stimmt dem RROP 2014, Teilabschnitt Windenergie, nicht zu, da die neu vorzuhaltenden Flächen näher an die Wohnbebauung von Bröckelbeck heranrücken und somit eine, im Vergleich zum RROP 2012, noch stärkere Beeinträchtigung der Bevölkerung bedeuten.
12	a	12a	Gemeinde Wanna		
12	b	12b	Gemeinde Neuenkirchen		
12	c	12c	Gemeinde Nordleda		
12	d	12d	Gemeinde Osterbruch		
12		12	Samtgemeinde Land Hadeln		
12		12.13		B 10	Für die Windpark-Standorte Wanna, Nordleda, Neuenkirchen und Osterbruch sprechen keine sachgerechten Gründe auf Entzug des sicheren Status "Vorranggebiet". Die konkurrierenden Nutzungen haben sich seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Natur und Umwelt haben sich an die Altstandorte angepasst. Die Belange der Anwohner werden geschützt, einerseits durch die hohen Schutzstandards des BImSchG und andererseits dadurch, dass die voranschreitende Technik Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Den Besonderheiten der lokalen Ebene kann auch weiterhin in ausreichendem Maße durch entsprechende „Feinststeuerung“ im Rahmen der gemeindlichen Planung Rechnung getragen werden.
12		12.01		A	Die überarbeiteten Zielaussagen des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie“ im RROP Entwurf 2014 erschweren bzw. behindern ausgewogene planerische kommunale Standortkonzepte und damit die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung der in der Samtgemeinde Land Hadeln ausgewiesenen Windparkflächen. Dies stellt einen nicht hinnehmbaren, unzumutbaren Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Samtgemeinde Land Hadeln und ihrer Mitgliedsgemeinden dar.

12		12.02		B 10	Die mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 verbundene Differenzierung zwischen Vorranggebieten einerseits und "Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen" andererseits ist aufzugeben. Neben dem Standort Odisheim sind auch den bestehenden Windparkflächen in den Gemeinden Wanna, Nordleda, Neuenkirchen und Osterbruch weiterhin der Status eines „Vorranggebietes für Windenergienutzung“ einzuräumen.
12		12.03		B 10	Im Falle einer Aufrechterhaltung der mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 vorgenommenen Differenzierung zwischen Vorranggebieten und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ ist Ziffer 4.2.2 Nr. 10 Satz 3 zur Sicherstellung einer ausreichenden Bestimmtheit wie folgt abzufassen: „Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, richtet sich die zulässige Gesamthöhe nach der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen. Hiervon unberührt bleibt das Recht der Samtgemeinden und Gemeinden, ihre Bauleitplanungen gemäß jeweils aktuellen Anforderungen zu ändern.“
12		12.04		B	Die im derzeit noch wirksamen RROP 2012 in der Beschreibenden Darstellung unter Ziffer 4.2.2 Nr. 8 enthaltene Grundsatzaussage „Bei den vorhandenen Windparks sind die Möglichkeiten des Repowering zu nutzen“ ist zu erhalten und in das RROP 2014 zu übernehmen.
12		12.05		B 10	Die im RROP-Entwurf 2014 unter Ziffer 4.2.2 Ziffer 10 Satz 4 enthaltene pauschalisierte Abstandsregelung ist ersatzlos zu streichen und durch folgende Regelung zu ersetzen: „Die Errichtung von Windenergieanlagen mit Gesamthöhen über 100 m ist nur möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren, für den konkreten Einzelfall zu prüfenden, rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die abschließende Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe über Grund erfolgt durch die Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Bauleitplanung.“
12		12.06		Z	In der Zeichnerischen und Beschreibenden Darstellung des derzeit noch wirksamen RROP 2012 sind die Windparkflächen in den Gemeinden Wanna, Nordleda, Neuenkirchen, Osterbruch und Odisheim als Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt. Die ehemalige Samtgemeinde Hadeln hat die Standorte Nordleda, Neuenkirchen und Osterbruch 1999, die ehemalige Samtgemeinde Sietland den Standort Wanna 2001 im Flächennutzungsplan entsprechend ausgewiesen. Die Flächennutzungsplan-Änderung zur Ausweisung des Standortes Odisheim befindet sich im Verfahren. Von der Gemeinde Nordleda wurde am 06. Mai 1997 der Bebauungsplan Nr. 6 „Sondergebiet Windenergieanlagen“ als Satzung beschlossen.

12		12.07		B 10	<p>Mit der beabsichtigten Fortschreibung des RROP 2014 werden die Standorte Wanna, Nordleda, Neuenkirchen und Osterbruch nunmehr von einem „Vorranggebiet Windenergie“ zu einem „Bauleitplanerisch gesicherten Bereich“ herabgestuft. Den Standorten werden zukünftig eine über den reinen, einzelanlagenbezogenen Bestandsschutz hinausgehende Entwicklung verwehrt. Zwar soll die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen weiterhin grundsätzlich möglich sein, die Höhe der Windenergieanlagen wird allerdings auf die zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Teilfortschreibung 2014 bestehenden bauleitplanerischen Festsetzungen „eingefroren“. Ab dem (zufälligen) Stichtag des Inkrafttretens des RROP 2014 könnten weder die Samtgemeinde Land Hadeln auf der Flächennutzungsplanebene noch die Gemeinde Nordleda auf der Bebauungsplanebene Veränderungen zum Zwecke des Repowering und damit einhergehende Anhebungen der zulässigen Anlagenhöhen vornehmen. Die "Altstandorte" sind damit im Gegensatz zu den Vorranggebieten nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig.</p>
12		12.08		B 10	<p>Ersatzlos entfallen soll die bisherige generelle Regelung, dass in den vorhandenen Windparks die Möglichkeiten des Repowering zu nutzen sind. Gleichzeitig werden die starren Abstandserfordernisse für Windenergieanlagen über 100 m Gesamthöhe (1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzeffläusem) beibehalten. Diese Regelungen führen nicht zu ausgewogenen kommunalen Standortkonzepten, sondern verhindern vielmehr energiepolitisch sinnvolle planerische Konzepte auf der dem RROP nachgeordneten kommunalen Ebene. Da ein Repowering mit Anlagen, die nicht höher als 100 m sind, im Grunde als ausgeschlossen gelten kann, würden diese Regelungen in den kommenden Jahren bei den Windpark-Standorten Wanna, Nordleda, Neuenkirchen und Osterbruch aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Einstellung der Betriebstätigkeiten führen. Den Windparkbetreibergesellschaften würden die Geschäftsgrundlagen entzogen, die landwirtschaftlichen Betriebe würden dementsprechend geringere Pachteinnahmen verkraften müssen, mit der Folge, dass diese Einnahmen nicht mehr für eigene Investitionen auf den jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebsgrundstücken eingesetzt werden können. Auch die finanziellen Auswirkungen für die benannten Gemeinden wären enorm.</p>

12		12.09		A	Aufgrund der hohen Windhöufigkeit kommt dem Landkreis Cuxhaven bezüglich der Nutzung von Windenergie eine besondere Bedeutung zu. Die bislang im RROP grundsätzlich verankerte Festlegung einer optimalen Ausnutzung der Gebiete mittels Repowering muss erhalten bleiben. Die gesamtstaatliche Aufgabe „Ausbau erneuerbarer Energien“ kann nur gelingen, wenn einheitlich und abgestimmt vorgegangen wird. Die mit der Fortschreibung des RROP weiterhin beabsichtigte Beibehaltung starrer Regularien, insbesondere zu den Abstandserfordernissen für Windenergieanlagen, erschweren bzw. behindern die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung bestehender Windparks.
12		12.10		A	Die Windenergie ist neben der Wasserkraft heute bereits die meist genutzte Energieform der regenerativen Energien. In den kommenden Jahren wird der Beitrag der Windenergie weiter wachsen. Durch Repowering ergeben sich mehrere Vorteile. Zu nennen sind hier insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz durch Erhöhung des Energieertrages bei gleichzeitig sinkender Anlagenzahl, die Entlastung des Landschaftsbildes durch die Reduzierung der Anlagenzahl, die Reduzierung der Umwelteinwirkungen auf Mensch und Natur, die Verbesserung der Netzintegration und Netzauslastung sowie deutlich höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer für die Kommunen.
12		12.11		B 10	Der vorliegende Änderungs-Entwurf 2014 führt zu einer Bestandsregelung der dem Ausbau der Windenergie zugrundeliegenden Flächennutzungspläne und Bebauungspläne. Er führt aber auch zu Qualitätsunterschieden zwischen Vorranggebieten für die Windenergienutzung und den nur bauleitplanerisch gesicherten Bereichen (Altstandorte). Diese Standorte sind anders als die Vorranggebiete nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig. Insoweit wird mit den vorgesehenen Festlegungen in nicht angemessener Weise verkannt, dass im Rahmen der Fortschreibung des RROP nichts abwägungsrelevanter ist, als die vorhandenen Windparks auf den bereits bauleitplanerisch gesicherten Konzentrationsflächen.

12		12.14		B 10	Die zur Stellungnahme vorliegende Entwurfsfassung stellt nicht hinnehmbare, unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der Samtgemeinde Land Hadeln und ihrer Mitgliedsgemeinden dar. Das Regionale Raumordnungsprogramm muss weiterhin so gestaltet sein, dass künftige kommunale Planungen und die diesen Planungen zugrundeliegenden Interessenabwägungen respektiert werden und der Samtgemeinde bzw. den Mitgliedsgemeinden die Letztentscheidung im Rahmen ihrer Planungshoheit verbleibt. Dies setzt einen Verzicht auf Differenzierung zwischen Vorranggebieten und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ voraus. Die Steuerung der Ausnutzung sowohl „alter“ als auch „neuer“ Vorranggebiete muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen bleiben. In diesem Zusammenhang ist die bislang im RROP 2012 enthaltene Grundsatzaussage zum Repowering in bestehenden Windparks zu erhalten und auf die schematische Beibehaltung der Abstandsregelungen zu Siedlungsflächen ohne gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu verzichten. Die den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Engergiekonzept der niedersächsischen Landesregierung entsprechende Nutzung bestehender Vorrang- und Eignungsgebiete zu Repoweringplanungen und damit einhergehende Steuerungsspielräume auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung müssen erhalten bleiben.
12		12.12		B 10	Das Raumordnungsrecht und dazu ergangene Rechtsprechung (u.a. BVerwG, Beschluss vom 23. Juli 2008 — 4 B 20/08) lassen es zu, Altstandorten eine Sonderstellung dadurch einzuräumen, dass sie zu Vorranggebieten erklärt werden, auch wenn sie die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht erfüllen. Hierdurch würde den betroffenen Unternehmen, den Grundstückseigentümern und den Kommunen eine hinreichende Planungssicherheit für die Zukunft gewährt werden.
12	a	12a.01		A	Die überarbeiteten Zielaussagen des sachlichen Teilabschnitts "Windenergie" im RROP Entwurf 2014 erschweren bzw. behindern ausgewogene planerische kommunale Standortkonzepte und damit die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung der in der Gemeinde Wanna ausgewiesenen Windparkflächen. Dies stellt einen nicht hinnehmbaren, unzumutbaren Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Wanna dar.
12	a	12a.02a		B 10	Die mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 verbundene Differenzierung zwischen Vorranggebieten einerseits und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ andererseits ist aufzugeben. Neben dem Standort Odisheim ist auch den bestehenden Windparkflächen in der Gemeinde Wanna weiterhin der Status eines „Vorranggebietes für Windenergienutzung“ einzuräumen.

12	a	12a.02b		SO 37	Alternativ regt die Gemeinde Wanna an, die beantragte Potentialfläche in Wester-Wanna als „Vorranggebiet für Windenergienutzung“ auszuweisen.
12	a	12a.03		B 10	siehe Ausführungen unter 12.3
12	a	12a.04		B 10	siehe Ausführungen unter 12.4
12	a	12a.05		B 10	siehe Ausführungen unter 12.5
12	a	12a.06		SO 37	In der Zeichnerischen und Beschreibenden Darstellung des derzeit noch wirksamen RROP 2012 sind die Windparkflächen in der Gemeinde Wanna als Vorranggebiet für Windenergienutzung festgelegt. Die ehemalige Samtgemeinde Sietland hat den Standort 2001 im Flächennutzungsplan entsprechend ausgewiesen.
12	a	12a.07		B 10	Mit der beabsichtigten Fortschreibung des RROP 2014 wird der Standort Wanna nunmehr von einem „Vorranggebiet Windenergie“ zu einem „Bauleitplanerisch gesicherten Bereich“ herabgestuft. Dem Standort wird zukünftig eine über den reinen, einzelanlagenbezogenen Bestandsschutz hinausgehende Entwicklung verwehrt. Zwar soll die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen weiterhin grundsätzlich möglich sein, die Höhe der Windenergieanlagen wird allerdings auf die zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Teilfortschreibung 2014 bestehenden bauleitplanerischen Festsetzungen „eingefroren“. Ab dem (zufälligen) Stichtag des Inkrafttretens des RROP 2014 könnte die Samtgemeinde Land Hadeln auf der Flächennutzungsplanebene keine Veränderungen zum Zwecke des Repowering und damit einhergehende Anhebungen der zulässigen Anlagenhöhen vornehmen. Die „Altstandorte“ sind damit im Gegensatz zu den Vorranggebieten nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig.
12	a	12a.08		B 10	siehe Ausführungen unter 12.8
12	a	12a.09		A	siehe Ausführungen unter 12.9
12	a	12a.10		A	siehe Ausführungen unter 12.10
12	a	12a.11		B 10	siehe Ausführungen unter 12.11
12	a	12a.12		B 10	siehe Ausführungen unter 12.12
12	a	12a.13		SO 37	Für den Windenergie-Standort Wanna sprechen keine sachgerechten Gründe auf Entzug des sicheren Status „Vorranggebiet“. Die konkurrierenden Nutzungen haben sich seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Natur und Umwelt haben sich an den Altstandort angepasst. Die Belange der Anwohner werden geschützt, einerseits durch die hohen Schutzstandards des BImSchG und andererseits dadurch, dass die voranschreitende Technik Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Den Besonderheiten der lokalen Ebene kann auch weiterhin in ausreichendem Maße durch entsprechende „Feinsteuerung“ im Rahmen der gemeindlichen Planung Rechnung getragen werden.

12	a	12a.14		B 10	Die zur Stellungnahme vorliegende Entwurfsfassung stellt nicht hinnehmbare, unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Wama dar. Das Regionale Raumordnungsprogramm muss weiterhin so gestaltet sein, dass künftige kommunale Planungen und die diesen Planungen zugrundeliegenden Interessenabwägungen respektiert werden und der Gemeinde Wama die Letztentscheidung im Rahmen ihrer Planungshoheit verbleibt. Dies setzt einen Verzicht auf Differenzierung zwischen Vorranggebieten und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ voraus. Die Steuerung der Ausnutzung sowohl „alter“ als auch „neuer“ Vorranggebiete muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen bleiben. In diesem Zusammenhang ist die bislang im RROP 2012 enthaltene Grundsatzaussage zum Repowering in bestehenden Windparks zu erhalten und auf die schematische Beibehaltung der Abstandsregelungen zu Siedlungsflächen ohne gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu verzichten. Die den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Engergiekonzept der niedersächsischen Landesregierung entsprechende Nutzung bestehender Vorrang- und Eignungsgebiete zu Repoweringplanungen und damit einhergehende Steuerungsspielräume auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung müssen erhalten bleiben.
12	b	12b.01		A	Die überarbeiteten Zielaussagen des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie“ im RROP Entwurf 2014 erschweren bzw. behindern ausgewogene planerische kommunale Standortkonzepte und damit die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung der in der Gemeinde Neuenkirchen ausgewiesenen Windparkflächen. Dies stellt einen nicht hinnehmbaren, unzumutbaren Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Neuenkirchen dar.
12	b	12b.02		B 10	Die mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 verbundene Differenzierung zwischen Vorranggebieten einerseits und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ andererseits ist aufzugeben. Neben dem Standort Odisheim ist auch den bestehenden Windparkflächen in der Gemeinde Neuenkirchen weiterhin der Status eines „Vorranggebietes für Windenergienutzung“ einzuräumen.
12	b	12b.03		B 10	siehe Ausführungen unter 12.3
12	b	12b.04		B	siehe Ausführungen unter 12.4
12	b	12b.05		B 10	siehe Ausführungen unter 12.5
12	b	12b.06		SO 26	In der Zeichnerischen und Beschreibenden Darstellung des derzeit noch wirksamen RROP 2012 sind die Windparkflächen in der Gemeinde Neuenkirchen als Vorranggebiet für Windenergienutzung festgelegt. Die ehemalige Samtgemeinde Hadeln hat den Standort 1999 im Flächennutzungsplan entsprechend ausgewiesen.

12	b	12b.07		B 10	Mit der beabsichtigten Fortschreibung des RROP 2014 wird der Standort Neuenkirchen nunmehr von einem „Vorranggebiet Windenergie“ zu einem „Bauleitplanerisch gesicherten Bereich“ herabgestuft. Dem Standort wird zukünftig eine über den reinen, einzelanlagenbezogenen Bestandsschutz hinausgehende Entwicklung verwehrt. Zwar soll die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen weiterhin grundsätzlich möglich sein, die Höhe der Windenergieanlagen wird allerdings auf die zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Teilfortschreibung 2014 bestehenden bauleitplanerischen Festsetzungen „eingefroren“. Ab dem (zufälligen) Stichtag des Inkrafttretens des RROP 2014 könnte die Samtgemeinde Land Hadeln auf der Flächennutzungsplanebene keine Veränderungen zum Zwecke des Repowering und damit einhergehende Erhöhung der zulässigen Anlagenhöhen vornehmen. Die „Altstandorte“ sind damit im Gegensatz zu den Vorranggebieten nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig.
12	b	12b.08		B 10	siehe Ausführungen unter 12.8
12	b	12b.09		A	siehe Ausführungen unter 12.9
12	b	12b.10		A	siehe Ausführungen unter 12.10
12	b	12b.11		B 10	siehe Ausführungen unter 12.11
12	b	12b.12		B 10	siehe Ausführungen unter 12.12
12	b	12b.13		SO 26	Für den Windenergie-Standort Neuenkirchen sprechen keine sachgerechten Gründe auf Entzug des sicheren Status „Vorranggebiet“. Die konkurrierenden Nutzungen haben sich seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Natur und Umwelt haben sich an den Altstandort angepasst. Die Belange der Anwohner werden geschützt, einerseits durch die hohen Schutzstandards des BImSchG und andererseits dadurch, dass die voranschreitende Technik Verbessern bei Immissionsschutz mit sich bringt. Den Besonderheiten der lokalen Ebene kann auch weiterhin in ausreichendem Maße durch entsprechende „Feinsteuerung“ im Rahmen der gemeindlichen Planung Rechnung getragen werden.

12	b	12b.14		B 10	Die zur Stellungnahme vorliegende Entwurfsfassung stellt nicht hinnehmbare, unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Neuenkirchen dar. Das Regionale Raumordnungsprogramm muss weiterhin so gestaltet sein, dass künftige kommunale Planungen und die diesen Planungen zugrundeliegenden Interessenabwägungen respektiert werden und der Gemeinde Neuenkirchen die Letztentscheidung im Rahmen ihrer Planungshoheit verbleibt. Dies setzt einen Verzicht auf Differenzierung zwischen Vorranggebieten und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ voraus. Die Steuerung der Ausnutzung sowohl „alter“ als auch „neuer“ Vorranggebiete muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen bleiben. In diesem Zusammenhang ist die bislang im RROP 2012 enthaltene Grundsatzaussage zum Repowering in bestehenden Windparks zu erhalten und auf die schematische Beibehaltung der Abstandsregelungen zu Siedlungsflächen ohne gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu verzichten. Die den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Engergiekonzept der niedersächsischen Landesregierung entsprechende Nutzung bestehender Vorrang- und Eignungsgebiete zu Repoweringplanungen und damit einhergehende Steuerungsspielräume auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung müssen erhalten bleiben.
12	c	12c.01		A	Die überarbeiteten Zielaussagen des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie“ im RROP-Entwurf 2014 erschweren bzw. behindern ausgewogene planerische kommunale Standortkonzepte und damit die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung der in der Gemeinde Nordleda ausgewiesenen Windparkflächen. Dies stellt einen nicht hinnehmbaren, unzumutbaren Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Nordleda dar.
12	c	12c.02		B 10	Die mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 verbundene Differenzierung zwischen Vorranggebieten einerseits und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ andererseits ist aufzugeben. Neben dem Standort Odisheim ist auch den bestehenden Windparkflächen in der Gemeinde Nordleda weiterhin der Status eines „Vorranggebietes flur Windenergienutzung“ einzuräumen.
12	c	12c.03		B 10	siehe Ausführungen unter 12.3
12	c	12c.04		B	siehe Ausführungen unter 12.4
12	c	12c.05		B 10	siehe Ausführungen unter 12.5

12	c	12c.06		SO 29	In der Zeichnerischen und Beschreibenden Darstellung des derzeit noch wirksamen RROP 2012 sind die Windparkflächen in der Gemeinde Nordleda als Vorranggebiet für Windenergienutzung festgelegt. Die ehemalige Samtgemeinde Hadeln hat den Standort 1999 im Flächennutzungsplan entsprechend ausgewiesen. Von der Gemeinde Nordleda wurde bereits am 06. Mai 1997 der Bebauungsplan Nr. 6 „Sondergebiet Windenergieanlagen“ als Satzung beschlossen.
12	c	12c.07		B 10	Mit der beabsichtigten Fortschreibung des RROP 2014 wird der Standort Nordleda nunmehr von einem „Vorranggebiet Windenergie“ zu einem „Bauleitplanerisch gesicherten Bereich“ herabgestuft. Dem Standort wird zukünftig eine über den reinen, einzelanlagenbezogenen Bestandsschutz hinausgehende Entwicklung verwehrt. Zwar soll die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen weiterhin grundsätzlich möglich sein, die Höhe der Windenergieanlagen wird allerdings auf die zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Teilfortschreibung 2014 bestehenden bauleitplanerischen Festsetzungen „eingefroren“. Ab dem (zufälligen) Stichtag des Inkrafttretens des RROP 2014 könnten weder die Samtgemeinde Land Hadeln auf der Flächennutzungsplanebene noch die Gemeinde Nordleda auf der Bebauungsplanebene Veränderungen zum Zwecke des Repowering und damit einhergehende Anhebungen der zulässigen Anlagenhöhen vornehmen. Die „Altstandorte“ sind damit im Gegensatz zu den Vorranggebieten nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig.
12	c	12c.08		B 10	siehe Ausführungen unter 12.8
12	c	12c.09		A	siehe Ausführungen unter 12.9
12	c	12c.10		A	siehe Ausführungen unter 12.10
12	c	12c.11		B 10	siehe Ausführungen unter 12.11
12	c	12c.12		B 10	siehe Ausführungen unter 12.12
12	c	12c.13		SO 29	Für den Windenergie-Standort Nordleda sprechen keine sachgerechten Gründe auf Entzug des sicheren Status „Vorranggebiet“. Die konkurrierenden Nutzungen haben sich seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Natur und Umwelt haben sich an den Altstandort angepasst. Die Belange der Anwohner werden geschützt, einerseits durch die hohen Schutzstandards des BImSchG und andererseits dadurch, dass die voranschreitende Technik Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Den Besonderheiten der lokalen Ebene kann auch weiterhin in ausreichendem Maße durch entsprechende „Feinststeuerung“ im Rahmen der gemeindlichen Planung Rechnung getragen werden.

12	c	12c.14		B 10	Die zur Stellungnahme vorliegende Entwurfsfassung stellt nicht hinnehmbare, unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Nordleda dar. Das Regionale Raumordnungsprogramm muss weiterhin so gestaltet sein, dass künftige kommunale Planungen und die diesen Planungen zugrundeliegenden Interessenabwägungen respektiert werden und der Gemeinde Nordieda die Letztentscheidung im Rahmen ihrer Planungshoheit verbleibt. Dies setzt einen Verzicht auf Differenzierung zwischen Vorranggebieten und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ voraus. Die Steuerung der Ausnutzung sowohl „alter“ als auch „neuer“ Vorranggebiete muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen bleiben. In diesem Zusammenhang ist die bislang im RROP 2012 enthaltene Grundsatzaussage zum Repowering in bestehenden Windparks zu erhalten und auf die schematische Beibehaltung der Abstandsregelungen zu Siedlungsflächen ohne gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu verzichten. Die den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Engergiekonzept der niedersächsischen Landesregierung entsprechende Nutzung bestehender Vorrang- und Eignungsgebiete zu Repoweringplanungen und damit einhergehende Steuerungsspielräume auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung müssen erhalten bleiben.
12	d	12d.01		A	Die überarbeiteten Zielaussagen des sachlichen Teilabschnitts „Windenergie“ im RROP Entwurf 2014 erschweren bzw. behindern ausgewogene planerische kommunale Standortkonzepte und damit die Möglichkeiten zur Modernisierung und Weiterentwicklung der in der Gemeinde Osterbruch ausgewiesenen Windparkflächent Dies stellt einen nicht hinnehmbaren, unzumutbaren Eingriff in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Osterbruch dar.
12	d	12d.02		B 10	Die mit dem vorliegenden RROP-Entwurf 2014 verbundene Differenzierung zwischen Vorranggebieten einerseits und „Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ andererseits ist aufzugeben. Neben dem Standort Odisheim ist auch den bestehenden Windparkflächen in der Gemeinde Osterbruch weiterhin der Status eines „Vorranggebietes für Windenergienutzung“ einzuräumen.
12	d	12d.03		B 10	siehe Ausführungen unter 12.3
12	d	12d.04		B	siehe Ausführungen unter 12.4
12	d	12d.05		B 10	siehe Ausführungen unter 12.5
12	d	12d.06		SO 32	In der Zeichnerischen und Beschreibenden Darstellung des derzeit noch wirksamen RROP 2012 sind die Windparkflächen in der Gemeinde Osterbruch als Vorranggebiet für Windenergienutzung festgelegt Die ehemalige Samtgemeinde Hadeln hat den Standort 1999 im Flächennutzungsplan entsprechend ausgewiesen.

12	d	12d.07		B 10	Mit der beabsichtigten Fortschreibung des RROP 2014 wird der Standort Osterbruch nunmehr von einem „Vorranggebiet Windenergie“ zu einem „Bauleitplanerisch gesicherten Bereich“ herabgestuft. Dem Standort wird zukünftig eine über den reinen einzelanlagenbezogenen Bestandsschutz hinausgehende Entwicklung verwehrt. Zwar soll die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen weiterhin grundsätzlich möglich sein, die Höhe der Windenergieanlagen wird allerdings auf die zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Teilfortschreibung 2014 bestehenden bauleitplanerischen Festsetzungen „eingefroren“. Ab dem (zufälligen) Stichtag des Inkrafttretens des RROP 2014 könnte die Samtgemeinde Land Hadeln auf der Flächennutzungsplanebene keine Veränderungen zum Zwecke des Repowering und damit einhergehende Anhebungen der zulässigen Anlagenhöhen mehr vornehmen. Die „Altstandorte“ sind damit im Gegensatz zu den Vorranggebieten nicht uneingeschränkt entwicklungsfähig.
12	d	12d.08		B 10	siehe Ausführungen unter 12.8
12	d	12d.09		A	siehe Ausführungen unter 12.9
12	d	12d.10		A	siehe Ausführungen unter 12.10
12	d	12d.11		B 10	siehe Ausführungen unter 12.11
12	d	12d.12		B 10	siehe Ausführungen unter 12.12
12	d	12d.13		SO 32	Für den Windenergie-Standort Osterbruch sprechen keine sachgerechten Gründe auf Entzug des sicheren Status „Vorranggebiet“. Die konkurrierenden Nutzungen haben sich seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Natur und Umwelt haben sich an den Altstandort angepasst. Die Belange der Anwohner werden geschützt, einerseits durch die hohen Schutzstandards des BImSchG und andererseits dadurch, dass die voranschreitende Technik Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Den Besonderheiten der lokalen Ebene kann auch weiterhin in ausreichendem Maße durch entsprechende „Feinststeuerung“ im Rahmen der gemeindlichen Planung Rechnung getragen werden.

12	d	12d.14		B 10	Die zur Stellungnahme vorliegende Entwurfsfassung stellt nicht hinnehmbare, unzumutbare Eingriffe in die kommunale Planungshoheit der Gemeinde Osterbruch dar. Das Regionale Raumordnungsprogramm muss weiterhin so gestaltet sein, dass künftige kommunale Planungen und die diesen Planungen zugrundeliegenden Interessenabwägungen respektiert werden und der Gemeinde Osterbnch die Letztentscheidung im Rahmen ihrer Planungshoheit verbleibt Dies setzt einen Verzicht auf Differenzierung zwischen Vorranggebieten und Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen“ voraus. Die Steuerung der Ausnutzung sowohl „alter“ als auch neuer“ Vorranggebiete muss der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen bleiben. In diesem Zusammenhang ist die bislang im RROP 2012 enthaltene Grundsatzaussage zum Repowering in bestehenden Windparks zu erhalten und auf die schematische Beibehaltung der Abstandsregelungen zu Siedlungsflächen ohne gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten zu verzichten. Die den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Engergiekonzept der niedersächsischen Landesregierung entsprechende Nutzung bestehender Vorrang- und Eignungsgebiete zu Repoweringplanungen und damit einhergehende Steuerungsspielräume auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung müssen erhalten bleiben.
13		13	Samtgemeinde Land Wursten		
13		13.01		A	Die Samtgemeinde Land Wursten hat mit der Neuaufrstellung des Flächennutzungsplanes, der am 13.10.2011 wirksam geworden ist, Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen. Die ausgewiesenen Flächen entsprechen den Vorrangstandorten des zum damaligen Zeitpunkt geltenden Regionalen Raumordnungsprogramms (Stand: Änderung und Ergänzung für den sachlichen Teilabschnitt Windenergie vom Dezember 2004). Für die Windparkflächen wurden Höhenbeschränkungen festgelegt, die aufgrund der Anpassungspflicht gem. § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) den Vorgaben des RROP (2004) entsprechen mussten.
13		13.02		A	Mit der Neuaufrstellung des RROP im Juni 2012 wurden die bestehenden Vorranggebiete für die Windenergie aufgrund des Bestandschutzes und der Vorbelastung übernommen. Eine Höhenbeschränkung für Windkraftanlagen wurde nicht mehr vorgenommen. Darüber hinaus wurden auf Grundlage eines Kriterienrahmens neue Flächen ausgewiesen, bzw. bestehende Flächen erweitert. Für den Bereich der Samtgemeinde hatte dies zur Folge; dass die bestehenden sechs Altstandorte in das RROP übernommen wurden und ggfs. für eine Repowering genutzt werden können, und der Windpark Sachsendingen in westliche Richtung erweitert wurde.

13		13.03		Z	Mit der beabsichtigten Fortschreibung des Teilabschnittes Windenergie werden nunmehr von den bisher als Vorranggebiete Windenergie 6 dargestellten Windparkflächen innerhalb des Bereiches der Samtgemeinde Land Wursten nur noch der Windpark Sachsendingen in Dorum als Vorranggebiet Windenergie festgelegt. Die 5 anderen Windparks entfallen als Vorranggebiet und werden als bauleitplanerisch abgesicherter Bereich dargestellt.
13		13.04		E 10	Mit dieser Regelung entfällt jedoch jede weitere Entwicklung über das bestehende Maß hinaus. Mit dem Wegfall der Höhenbeschränkung im RROP 2012 lag es bei der Gemeinde die Gesamthöhen innerhalb der ausgewiesenen Windparkflächen zu steuern. Diese Steuerungsmöglichkeit wird den Gemeinden entzogen.
13		13.05		B 10	Darüber hinaus haben die Betreiber der vorhandenen Windparks langfristig darauf vertraut, dass die Windparkflächen einem Repowering durch die Errichtung höherer Anlagen zu geführt werden können.
13		13.06		B 10	Die Samtgemeinde Land Wursten hat sich im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes bereits dafür ausgesprochen, dass innerhalb des Samtgemeindegebietes eine Höhe von unter 100 m über Grund denkbar ist. Auch eine Höhenfestlegung über 100 m über Grund wurde nicht ausgeschlossen. Es sind die erforderlichen Nachweise zu führen und das entsprechende Planungsrecht zu schaffen.
13		13.07		B 10	Mit der vorgesehenen Regelung des RROP 2014 für die planerisch abgesicherten Bereiche wird eine Umsetzung der Höhenentwicklung unmöglich gemacht.
13		13.08		B 10	Insofern wird gefordert, dass die Gemeinden auch für die planerisch abgesicherten Bereiche zukünftig eine Höhenfestlegung vornehmen können, um so dem Planungswillen der Gemeinden gerecht zu werden.
13		13.09		B 10	Darüber hinaus bleibt zu befürchten, dass die bestehenden Windparkflächen langfristig von den Betreibern aufgegeben werden, da ein Repowering mit den festgelegten Höhen nicht umsetzbar ist, da Anlagen, die die Voraussetzungen erfüllen können, nicht mehr lieferbar sind bzw. nicht rentabel sind. Dieses steht dem Willen der Samtgemeinde, der Förderung des Ausbaus der Windenergie, entgegen. Als Folge würde die Samtgemeinde Land Wursten langfristig ca. 20 % bis 30 % des gesamten Gewerbesteueraufkommens der Mitgliedsgemeinden verlieren.
13		13.10		B 07	Des Weiteren ist nicht nachvollziehbar, warum die begrenzte Nutzungsdauer als Kriterium für die Herausnahme der Windparkfläche Midlum herangezogen wird. Da derzeit noch nicht absehbar ist, ob ein Abbau der Schwermineralien zukünftig erfolgen wird, sollte von einer dauerhaften Nutzung der Windparkfläche ausgegangen werden. Dieses kann daher mithin nicht als Ausschlusskriterium maßgebend sein. Die Sicherung der Schwermineralien wird auch im LROP 2008 gefordert.

13		13.11		SO 24	Die Windparkfläche Midlum steht zur Windparkfläche Dorum-Sachsendingen aus abstandstechnischen Gründen in keiner Konkurrenz.
13		13.12		SO 24	Unter Berücksichtigung der Waldflächen zwischen dem Windpark Midlum und dem verbleibenden Vorranggebiet des Windparks Holßel/Neuenwalde würde ein Abstand von 3 km verbleiben, der der Ausnahme in Waldgebieten entspricht und somit ebenfalls keine gegenseitige Konkurrenz auslöst.
13		13.13		SO 24	Für den Windpark Midlum ergibt sich eine geeignete Fläche von 269,5 ha. Im Vergleich dazu ergibt sich für den Windpark Langen-Krempel lediglich eine Fläche von insgesamt 1327 qm, so dass der Windpark Midlum ein höheres Ausnutzungspotenzial bietet.
13		13.14		SO 24	Zudem sollte berücksichtigt werden, dass die planerischen Voraussetzungen für eine Umsetzung des Windparks Midlum vor den anderen Windparks geschaffen wurden, so wurde bereits im Jahr 1996 das Raumordnungsverfahren mit der landesplanerischen Feststellung abgeschlossen. Die anderen Windparks folgen erst später.
13		13.15		SO 24	Insofern sollte die Streichung des Windparks Midlum als Vorranggebiet nochmals überdacht werden.
13		13.16		B 07	Auch die Regelungen zur Beschränkung der Nutzungsdauer bis zum Jahr 2030 für den Windpark Midlum ist zu streichen.
13		13.17		B 10	Abschließend weise ich noch auf die derzeit laufenden Aufstellungsverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Land Wursten für die Windparkflächen in den Gemeinden Padingbüttel, Misselwarden, Wremen-Schottwarden und dem Windpark Sachsendingen in Dorum hin.
13		13.18		B 10	Über die 1. Änderung (Windpark Padingbüttel), die 2. Änderung (Windpark Schottwarden, Wremen) und 6. Änderung (Windpark Sachsendingen) wird der Rat der Samtgemeinde Land Wursten in seiner Sitzung am 30.07.2014 abschließend beraten, so dass die Verfahren zum Abschluss gebracht werden. Für die 4. Änderung (Windpark Misselwarden) erfolgt derzeit die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß §4 Abs. 2 BauGB.
13		13.19		B 10	Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes für die Windparkflächen in Padingbüttel, Misselwarden und Wremen-Schottwarden wird die maximale Höhe der Anlagen auf 99,9 m festgelegt. Mit der Änderung für den Windpark Sachsendingen erfolgt eine Erweiterung der Windparkfläche und eine Höhenfestlegung von 150 m innerhalb der Erweiterungsfläche.
13		13.20		U	In meiner Stellungnahme zu den Planungsabsichten vom 09.01.2014 hatte ich darauf hingewiesen, dass im Rahmen dieser Änderungsverfahren umfangreiche Untersuchungen zur Avifauna, Fledermäuse, Immissionen usw. durchgeführt wurden. Darüber hinaus wurden FFH Verträglichkeitsprüfungen durchgeführt.

13		13.21		U	Wie der Ziffer 1.3 des Umweltberichtes — Teil C ergibt, haben diese keine Berücksichtigung gefunden, da hier eine Verträglichkeitsprüfung gefordert wird.
14		14	Landkreis Stade		
14		14.01		SO 09 U	Das Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf grenzt unmittelbar an das Vorranggebiet Oederquart Wetterdeich, das in meinem, vom Kreistag am 21 .07.2014 beschlossenen Regionalen Raumordnungsprogramm 2013, festgelegt wurde. Die in Ihrem Umweltbericht erfolgte Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen wird von mir geteilt. Auch den Ausführungen in der Begründung (S. 17) stimme ich zu. Aufgrund des in meinem RROP 2004 festgelegten Vorranggebietes Windenergiegewinnung Wetterdeich bestand Einvernehmen darüber, dass hier nur unmittelbar aneinandergrenzende Vorranggebiete realisierbar werden können.
14		14.02		SO 31	Das Vorranggebiet Osten-Isensee liegt in einer Entfernung von rd. 6 km zu dem Vorranggebiet Oederquart-Wetterdeich und ca. 8 km zu den Vorranggebieten Oederquart bzw. Drochtersen-Hüll. Der Entwurf meines Landschaftsrahmenplans weist für den grenznahen Bereich Landschaftsbildeinheiten mit einer mittleren bis geringen Bedeutung aus; nur das Oederquarter Moor wird hoch bewertet. Eine wesentliche Verschlechterung des Landschaftsbildes durch Windenergieanlagen im Vorranggebiet Osten-Isensee ist nicht zu erwarten.
14		14.03		A	Gegen den Entwurf der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie bestehen meinerseits keine Bedenken.
15	a	15a	Gemeinde Hipstedt		
15	b	15b	Samtgemeinde Geestequelle		
15		15	Landkreis Rotenburg (Wümme)		
15		15.01		SO 16	Es bestehen Bedenken gegen die vorgesehene Ausnahmeregelung in 4.2.2 Ziffer 10, soweit sie sich auf den Standort Köhlen-Brockoh bezieht.
15		15.02		SO 16	Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung soll die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen zulässig sein, auch wenn diese Bereiche nach dem Planungskonzept des Landkreises Cuxhaven als Tabuzonen anzusehen sind. Der Standort Köhlen-Brockoh befindet sich in einer Tabuzone, nämlich in einem Vogelbrutgebiet nationaler Bedeutung. Insofern müsste begründet werden, welche zwingenden Gründe eine Ausnahme vom Ziel der Raumordnung erfordern, zumal in der Umweltprüfung festgestellt wird, dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich einzuschätzen sind (Umweltbericht S. 71). Dass es sich um einen bauleitplanerisch gesicherten Bereich handelt, reicht als sachliche Begründung nach meiner Meinung nicht aus.

15		15.03		U SO 16	In den Planungsunterlagen gehen Sie davon aus, dass in den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen „aufgrund des bereits langjährig erfolgten Betriebs der zu ersetzenden Altanlagen eine erhebliche Vorbelastung der Umwelt“ vorhanden ist (Umweltbericht S. 4). Diese Aussage trifft auf den Standort Köhlen-Brockoh eindeutig nicht zu, da hier bislang gar keine Anlagen errichtet sind. Auch die Aussage auf Seite 71 des Umweltberichts, es handele sich bei Köhlen-Brockoh um ein „Vorranggebiet seit RROP 2004“, dürfte falsch sein. Nach meiner Kenntnis wurde der Standort erstmals im RROP 2012 als Vorranggebiet Windenergienutzung festgelegt.
15		15.04		SO 01	Standort Nr. 1 "Appeln": In Bezug auf den landkreisübergreifenden Lebensraumkomplex Malse/ Sünderwald/ Hohes Moor bei Basdahl (mit Quellgebiet der Lune/ Wasserscheide zum Quellgebiet der Geeste) wurden die Ansprüche des Schwarzstorchs nicht beachtet und auch die Kumulationswirkung mit dem Bau der A 20 nicht berücksichtigt. Laut den Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz (2000) bzw. des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Brandenburg (2003) – zusammengefasst in den „Hinweisen zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landespflege [...] bei Standortplanung und Zulassung von Windenergieanlagen“ des NLT (5. Aufl. 2014) – ist zum Horst ein Mindestabstand von 3km einzuhalten. Zusätzlich ist zu prüfen, ob Nahrungshabitate der betroffenen Art (hier beim Schwarzstorch) in einem Radius von 10.000m vorhanden sind. Diese sind einschließlich der Flugwege dorthin freizuhalten. Nahrungshabitate sind Bäche und Gräben, insb. im abgelegenen Gelände und im Wald. Bei der derzeitigen Planung eines Windparkstandorts (inkl. bauleitplanerisch gesicherten Bereichs) nur 1,5 km vom FFH-Gebiet Malse entfernt ist mit Vogelschlag dieser streng geschützten, vom Aussterben bedrohten Großvogelart zu rechnen. (Ich weise darauf hin, dass die mehrfach in den Unterlagen genannte Zahl von 6.000m Prüfbereich statt 10.000m, wobei als Quelle das NLT-Papier genannt wird, dieser Quelle nicht entspricht und auch nie vorher entsprach, s. beigefügte aktuelle Seite mit Stand Juli 2014).

15		15.05		SO 1	Der kumulierend geplante Neubau der A 20 z.T. durch das Waldgebiet der Malse hindurch (mit Ausläufern auch auf Rotenburger Seite) und mit Querung weiterer bisheriger Nahrungshabitate (hier Quelle und Niederung der Geeste) im Landkreis Rotenburg wird ohnehin eine starke Beeinträchtigung des Brutpaares hervorrufen und die Nahrungssuche nach Norden erheblich einschränken bzw. beeinträchtigen. Wenn gleichzeitig auch Nahrungsgebiete wie die obere Luneniederung aufgrund eines weiteren Eingriffs wie des gepl. Windparks ausfallen, kann dies zum Erlöschen des Vorkommens führen. Die zusätzliche Erweiterung des Windparks Kirchwistedt-Altewistedt (s.u.), der sich ebenfalls noch im 10 km-Radius befindet, kommt dabei erschwerend hinzu.
15		15.06		SO 01	Ich weise auch darauf hin, dass zwischen dem Standort Kirchwistedt-Altewistedt und dem Standort Appeln nur 3 km Abstand liegen würden, ebenso zu dem Standort Kirchwistedt-Ahe bei der Siedlung Kuhstedt. In den benachbarten Bereichen im Landkreis Rotenburg herrschen großräumige Grünland-, kleinflächig auch großräumige Ackerlandschaften vor (s. mein Landschaftsrahmenplan Karte II). Zum vergrößerten Windpark am Giehler Holz/ Kuhstedt beträgt der Abstand des gepl. Vorrangstandorts Kirchwistedt-Ahe sogar nur 2,5 km. Das Landschaftsbild dieses Grenzraumes im Landkreis Rotenburg wird damit überproportional belastet. Gerade das Landschaftsbild zwischen Sünderwald und Basdahl ist dabei aber in meinem Landschaftsrahmenplan mit der höchsten Wertstufe dargestellt. Es handelt sich um einen Teil des Landschaftsschutzgebietes 123 „Hinzel-Hölzer Bruch“, das die Voraussetzungen für ein Naturschutzgebiet erfüllt ([NSG 6] „Hölzer Bruch“). Das Gebiet nordwestlich von Volkmarst ist in meinem Landschaftsrahmenplan Karte III als Bereich dargestellt, der die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet ([LSG 9] „Luneniederung“) erfüllt, direkt an der Kreisgrenze sogar die Voraussetzungen für ein Naturschutzgebiet ([NSG 11] „Bolzbecken“). Alle diese landschaftlich sensiblen Gebiete werden durch das gepl. Vorranggebiet Appeln erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes erleiden.
15		15.07		SO 14	Standort Nr. 14 "Kirchwistedt-Ahe" s.o. Durch die Vergrößerung seit dem RROP 2012 sind noch bedeutendere Auswirkungen zu erwarten.
15		15.08		SO 15	Standort Nr. 15 " Kirchwistedt-Altewistedt" s.o. Durch die leichte Änderungen/Vergrößerungen seit dem RROP 2012 sind noch bedeutendere Auswirkungen zu erwarten.

15		15.09		SO 16	Standort Nr. 16 "Köhlen-Brockoh" Ich verweise auf meine Stellungnahme zum laufenden BImSchG-Antrag unter Berücksichtigung der vorliegenden Gutachten zum Antrag und Gegengutachten von Naturschutzverbänden. Es handelt sich um einen kreisübergreifend avifaunistisch wertvollen Bereich, der insb. einen Brachvogelrevierschwerpunkt bildet. Mit erheblichen Beeinträchtigungen i.S. der Eingriffsregelung und artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten (Störung, Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) ist zu rechnen.
15		15.10		SO 16	Das Gebiet nördlich von Heinschenwalde entlang der Kreisgrenze bis zur L119, also entlang der Hälfte der Außengrenze des gepl. Windparks, ist in meinem Landschaftsrahmenplan Karte III als Bereich dargestellt, der die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet erfüllt ([LSG 1] „Mehenniederung“). Mit erheblichen Beeinträchtigungen des sehr offenen Landschaftsbildes ist zu rechnen.
15	a	15a.01		U SO 16	Zu Ihrem o.a. Entwurf, in dem Sie zum Standort „Köhlen Brockoh“ in der zusammenfassenden Beurteilung selbst schon zu einem vernichtenden Urteil ("Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden") möchten wir wie folgt Stellung nehmen: 1. Den großen Brachvogel geben Sie im Plangebiet mit einem Brutpaar an, obwohl Ihnen bekannt sein dürfte, dass mindestens vier Brutpaare vorhanden sind. 2. Von unabhängigen Vogelkundlern ist in dem besagten Gebiet auch der Uhu bestätigt worden, der in Ihrer Aufzählung nicht erwähnt wird.
15	a	15a.02		U SO 16	Unter Berücksichtigung dieser Punkte müsste Ihre Beurteilung in der zusammenfassenden Einschätzung nicht erheblich“ sondern mindestens ganz erheblich“ lauten.
15	a	15a.03		E 01	In Ihrer Begründung!Erläuterung schreiben Sie auf Seite 10: „ Auch Vogelschutzgebiete nationaler Bedeutung ... kommen für Windenergieanlagen aus Sicht des Landkreises nicht in Betracht... Trotzdem planen Sie weiter mit dem Windpark Köhlen-Brockoh, was für die Gemeinde Hipstedt nicht nachvollziehbar ist.
15	a	15a.04		SO 16	Die ergangenen Gerichtsurteile haben Ihr RROP 2012 hinsichtlich der Windenergie als unwirksam erklärt. Ihre Begründung für die Weiterverfolgung ist die durchgeführte Bauleitplanung der Samtgemeinde Bad Bederkesa. Eine wirksame Bauleitplanung kann doch erst erfolgen, wenn ein rechtsgültiges RROP vorliegt. Dieses ist durch die ergangene Rechtssprechung augenscheinlich nicht der Fall. Ihre Vorgehensweise fordert geradezu eine nochmalige gerichtliche Klärung.
15	b	15b.01		SO 16	Nach Durchsicht der Entwurfsfassung melde ich Bedenken gegen die vorgesehene Ausnahmeregelung in 4.2.2 Ziffer 10 an, soweit sie sich auf den Standort Köhlen Brockoh bezieht.

15	b	15b.02		SO 16	Die Prüfung der potentiellen Standorte für Windenergieanlagen hinsichtlich der selbst aufgestellten harten und weichen Tabuzonen begegnet grundsätzlich keinen Bedenken. Warum jedoch der Standort Köhlen-Brockoh, der nach den Ausführungen in Ihrem Umweltbericht in vier (1) Bereichen den weichen Tabuzonen unterliegt und damit erheblichen Umweltauswirkungen (Umweltbericht S. 71) ausgesetzt sein wird, durch einen Kunstgriff wieder als mögliche Windparkfläche im sachlichen Teilabschnitt Windenergie ausgewiesen werden soll, ist für mich nicht nachvollziehbar.
15	b	15b.03		SO 16	Anstatt den nachvollziehbaren Ausschlusskriterien jetzt Rechnung zu tragen und anzuerkennen, dass der Windpark Köhlen-Brockoh nicht in seiner Gesamtgröße von 202,56 ha als Windpark geeignet ist, erklären Sie, dass es sich hier um einen über die Bauleitplanung der Gemeinde gesicherten Windparkstandort handelt und die bereits in größerem Umfang getätigten Investitionen durch Anerkennung eines Bestandsschutzes gewürdigt werden. Den getätigten Investitionen (die meiner Meinung nach dem normalen geschäftlichen Risiko bei einer bevorstehenden Investition zuzuordnen sind) wird hier also der Vorrang eingeräumt gegenüber den von Ihnen selbst aufgestellten Ausschlusskriterien.
15	b	15b.04		SO 16	Somit soll wieder die Gesamtfläche als Standort eines Windparks ausgewiesen werden, auch wenn Mensch und Natur erhebliche Umweltauswirkungen zu tragen haben.
15	b	15b.05		SO 16	Im Hinblick auf eine Akzeptanz des Windparks und Berücksichtigung der Ausschlusskriterien erwarte ich von Ihnen eine nochmalige Überprüfung des Standortes und Ausweisung der wirklich geeigneten Fläche (also ohne die als Ausschlusskriterium genannten Tabuzonen) als Windpark. Ich bin sicher, dass eine ausreichend große Fläche verbleiben wird, um einen Windpark zu errichten. Und auch die bereits getätigten Investitionen wären nicht vergebens gewesen.
16		16	Landkreis Osterholz		
16		16.01	V	A	Ich bitte ausdrücklich darum, auch die Stadt Osterholz-Scharmbeck, die Samtgemeinde Hambergen sowie die Gemeinde Schwanewede zu beteiligen. Insbesondere die Samtgemeinde Hambergen sowie die Gemeinde Schwanewede sind durch die Planung stark berührt.
16		16.02	V	SO 14	Die Erweiterung des Vorranggebietes Kirchwistedt-Ahe (Detailkarte 14) grenzt direkt an die Grenze des Samtgemeindegebietes
16		16.03	V	SO 36	Die Erweiterung des Vorranggebietes Uthlede (Detailkarte 36) hat einen Abstand von nur etwa 600 m bis zur Gemeindegrenze von Schwanewede.

16		16.04	V	SO 04	In einem Abstand von bis zu 5 km zur gemeinsamen Landkreisgrenze liegen im RROP des Landkreises Cuxhaven vier Vorranggebiete Windenergienutzung, deren Abgrenzung mit der aktuellen Fortschreibung verändert wird. Hierzu nehme ich wie folgt Stellung: Standort Bramstedt (Detailkarte 4): Das Vorranggebiet wird gegenüber dem RROP 2012 verkleinert. Hiergegen bestehen keine Bedenken.
16		16.05	V	SO 14	Standort Kirchwistedt-Ahe (Detailkarte 14): Das Vorranggebiet liegt in der Nähe von in meinem RROP dargestellten Vorranggebieten Windenergienutzung. Das Cuxhavener Vorranggebiet wird nun gegenüber dem RROP 2012 deutlich nach Nordwesten erweitert. Da die beiden Vorranggebiete sehr nahe beieinander liegen und als ein Standort wahrgenommen werden, sehe ich hier einen besonderen Abstimmungsbedarf zur Anlagengestaltung. Ich rege daher an, einen entsprechenden Grundsatz der Raumordnung ins RROP aufzunehmen. Hierzu verweise ich auf Kap. 4.2.1, Ziffer 03 meines RROP. Hier werden in einem Grundsatz der Raumordnung nähere Ausführungen zur Gestaltung von Windenergieanlagen gemacht, die in nachfolgenden Planungsebenen berücksichtigt werden sollen (z.B. einheitlicher Typ und Höhe).
16		16.06	V	SO 14	Aus naturschutzfachlicher Sicht weise ich darauf hin, dass das gesamte Areal nordwestlich von Oldendorf gem. einer Bewertung des Nds. Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) ein avifaunistisch wertvoller Bereich von landesweiter Bedeutung als Nahrungshabitat für den Schwarzstorch ist. Ich bitte, dies in die Abwägung einzustellen.
16		16.07	V	SO 15	Standort Kirchwistedt-Altwestedt (Detailkarte 15): Das Vorranggebiet wird gegenüber dem RROP 2012 geringfügig nach Süden erweitert. Hiergegen bestehen keine Bedenken.
16		16.08	V	SO 36	Standort Uthlede (Detailkarte 36): Das Vorranggebiet wird gegenüber dem RROP 2012 geringfügig nach Süden erweitert. Hiergegen bestehen keine Bedenken. Ich rege jedoch auch hier, wie zum Standort Kirchwistedt-Ahe (s.o.) an, einen Grundsatz zur besonderen Abstimmung ins RROP aufzunehmen.
16		16.09	V	SO 36	Ich weise darauf hin, dass im Rahmen der Bauleitplanung für das unmittelbar südlich der Kreisgrenze im Landkreis Osterholz anschließende Vorranggebiet Windenergienutzung umfangreiche Gutachten zur Avifauna sowie zu Fledermäusen erstellt wurden. Ich rege an, diese Gutachten bei der o.g. Planung zu berücksichtigen.
16		16.10	V	A	Im Übrigen bitte ich als Genehmigungsbehörde in Antragsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz um Beteiligung bei Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen mit möglichen Auswirkungen auf das Gebiet des Landkreises Osterholz.
18		18	Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr		

18		18.01	V	A	Im Hoheitsgebiet des Landkreises Cuxhaven sind eine Reihe von naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe insbesondere im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven realisiert bzw. genehmigungsrechtlich festgelegt worden. Eine Betroffenheit dieser bestehenden oder festgelegten Kompensationsflächen durch die Änderungsplanung wurde geprüft und kann überwiegend ausgeschlossen werden.
18		18.02	V	SO 23	In Bezug auf den Standort Loxstedt-Stotel (s. Detailkarte 23) wird jedoch darauf hingewiesen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung von Entwicklungszielen der unmittelbar benachbarten plangenehmigten Kompensationsmaßnahmen an der Unteren Lune durch eine mögliche Ausweitung der bestehenden Windenergieanlagen nicht ausgeschlossen werden kann.
18		18.03	V	SO 23	Vorhabenträger der Kompensationsmaßnahmen an der Unteren Lune ist die bremenports GmbH & Co. KG, Am Strom 2, 27568 Bremerhaven. Die Plangenehmigung für die naturnahe Gestaltung der Ufer der Unteren Lune vom 08.01.2014 wurde vom NLWKN – GB VI – Lüneburg (Az.: VI L 62025-815-001) erteilt.
18		18.04	V	SO 23	Die ökologischen Aufwertungen durch die derzeit noch nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen sind als Option dem Offshoreterminal Bremerhaven (OTB) zugeordnet für den Fall, dass im laufenden Planfeststellungsverfahren für den OTB weiterer Kompensationsbedarf erkennbar wird. Mit dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens wird für die erste Hälfte 2015 gerechnet. Sollte eine Zuordnung der plangenehmigten Kompensationsmaßnahmen hier nicht erforderlich werden, plant bremenports eine Zuordnung zu anderen künftigen Eingriffsvorhaben.
18		18.05	V	SO 23	Sollte im Rahmen des Änderungsverfahrens des Regionalen Raumordnungsprogramms am Standort Loxstedt-Stotel festgehalten werden, sind in der Bauleitplanung bzw. bei der weiteren Genehmigung konkreter Windkraftanlagen neben den voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen, die im Umweltbericht festgestellt werden (s. dort S. 100), auch Beeinträchtigungen der Entwicklungsziele der Kompensationsflächen als Brut-Lebensraum für Röhricht- und insbesondere Entenvögel zu ermitteln und zu bewerten (s. Erläuterungsbericht der Antragsunterlagen für die „Naturnahe Gestaltung der Ufer der Unteren Lune“, S. 31).
18		18.06	V	SO 23	Sollten die konkret erwarteten Beeinträchtigungen der genannten Kompensationsfunktionen erheblich sein, wird ggf. eine entsprechende Kompensation an anderer Stelle auf Kosten des Vorhabenträgers der Windkraftanlage(n) erforderlich.

18		18.07	V	SO 23	Zudem wird darauf hingewiesen, dass eine durch die Kompensation angestrebte Erhöhung der Lebensraumbedeutung der Unteren Lune für brütende Röhrich- und Entenvögel eine höhere Empfindlichkeit der Unteren Lune im Hinblick auf artenschutzrechtliche Verbote auslösen kann.
21		21	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein		
21		21.01		A	Aus Sicht der Schleswig-Holsteinischen Raumordnung bestehen gegen die Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogrammes Landkreis Cuxhaven keine Bedenken. Die Planungen des Landkreises Cuxhaven stehen nicht im Konflikt mit schleswig-holsteinischen Zielen der Raumordnung.
24		24	EWE Netz GmbH		
124		124.01		A	In dem Plangebiet befinden sich Erdgastransport- und Gasverteilungsleitungen, 20-kV und 1-kV Kabel sowie Fernmeldekabel und Leerohrsysteme mit Glasfaserkabeln der EWE NETZ GmbH mit den zugehörigen Anlagen.
124		124.02		Z	Diese Leitungen und Anlagen müssen in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) erhalten bleiben und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden. Die EWE NETZ GmbH hat keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen.
124		124.03		Z	Wir weisen darauf hin, dass unsere bestehenden Stromversorgungsnetze bereits in einem hohen Maße durch dezentrale Eneugungsanlagen belastet sind. Der Anschluss neuer Erzeugungsanlagen oder die Erhöhung von Anschlussleistungen bestehender Erzeugungsanlagen kann den Neubau von Umspannwerken bzw. die Anbindung an Übertragungsnetze in der Hoch- und Höchstspannungsebene erforderlich machen. Betreiber dieser Netze sind die E.ON Netz GmbH bzw. TenneT in Bayreuth.
124		124.04		Z	Gemäß Rundverfügung des Bergamts Clausthal-zellerfeld dürfen Windenergieanlagen nur außerhalb eines Sicherheitsbereichs zu einer Erdgas-Transportleitung errichtet werden. Bei Anlagen bis zu einer Nabenhöhe von 120 m und 2.000 kW Leistung beträgt der Sicherheitsabstand 25 m darüber hinaus 30 m. Wird der Mindestabstand unterschritten, sind vom Anlagenbetreiber Nachweise aber weitergehende technische Maßnahmen zur Anlagensicherheit beizubringen.

124		124.05		Z	Die Erdgashochdruckleitungen sind zur Sicherung Ihres Bestandes in einem Schutzstreifen (beidseitig der Rohrachse) verlegt und durch Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit dinglich gesichert. In diesem Bereich dürfen keine Baulichkeiten errichtet und betrieben werden. Bei Arbeiten innerhalb des Schutzstreifens und Kreuzung der Leitungen hat eine örtliche Einweisung und eine Bauaufsicht durch EWE NETZ zu erfolgen.
124		124.06		Z	Arbeiten, die die Sicherheit unserer Leitungen gefährden könnten, dürfen nur unter Aufsicht eines unserer Beauftragten erfolgen. Den Anweisungen des Beauftragten zum Schutz unserer Leitungen ist Folge zu leisten. Die eigentliche Verantwortlichkeit Ihrer Bediensteten und Beauftragten wird dadurch nicht eingeschränkt.
29	a	29a	Bundesministerium der Verteidigung		
29	a	29a.01		A	Die Belange der Bundeswehr wurden im "Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven — Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie (Entwurf)" ausreichend berücksichtigt. Seitens der Bundeswehr bestehen daher keine Bedenken.
30		30.01		Z	Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) teilt u.a. gemäß § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22.06.2004 die Frequenzen für das Betreiben von zivilen Richtfunkanlagen zu. Selbst betreibt sie keine Richtfunkstrecken. Die BNetzA kann aber in Planungs- und Genehmigungsverfahren (Z.B. im Rahmen des Baurechts oder im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes) einen Beitrag zur Störungsvorsorge leisten, indem sie Namen und Anschriften der für das Plangebiet in Frage kommenden Richtfunkbetreiber identifiziert und diese den anfragenden Stellen mitteilt. Somit werden die regionalen Planungsträger in die Lage versetzt, die evtl. betroffenen Richtfunkbetreiber frühzeitig über vorgesehene Baumaßnahmen bzw. Flächennutzungen zu informieren.

30		30.03		Z	Angaben zum geografischen Trassenverlauf der Richtfunkstrecken bzw. zu den ggf. eintretenden Störsituationen kann die BNetzA nicht liefern. Im Rahmen des Frequenzzuteilungsverfahrens für Richtfunkstrecken prüft die BNetzA lediglich das Störverhältnis zu anderen Richtfunkstrecken unter Berücksichtigung topografischer Gegebenheiten, nicht aber die konkreten Trassenverhältnisse (keine Überprüfung der Bebauung und anderer Hindernisse, die den Richtfunkbetrieb beeinträchtigen können). Die im Zusammenhang mit der Bauleit- bzw. Flächennutzungsplanung erforderlichen Informationen können deshalb nur die Richtfunkbetreiber liefern. Außerdem ist die BNetzA von den Richtfunkbetreibern nicht ermächtigt, Auskünfte zum Trassenverlauf sowie zu technischen Parametern der Richtfunkstrecken zu erteilen. Aus Gründen des Datenschutzes können diese Angaben nur direkt bei den Richtfunkbetreibern eingeholt werden.
30		30.04		Z	Unabhängig vom Planungsstand habe ich zu Ihrer Vorinformation eine Überprüfung des gesamten Landkreisgebietes durchgeführt. Der beigefügten Anlagen 1 können Sie die dazu von mir ermittelten Koordinaten (WGS84) der Prüfgebiete (Fläche eines Planquadrats mit dem NW- und dem SO-Wert) sowie die Anzahl der in diesen Koordinatenbereichen in Betrieb befindlichen Punkt-zu-Punkt-Richtfunkstrecken entnehmen.
30		30.05		Z	Im Landkreis Cuxhaven sind außerdem Punkt-zu-Mehrpunkt-Richtfunkanlagen geplant bzw. in Betrieb. Da beim Punkt-zu-Mehrpunkt-Richtfunk die Anbindung der Terminals innerhalb zellulärer Strukturen in der Fläche erfolgt, kann nur durch den jeweiligen Richtfunkbetreiber die Auskunft erteilt werden, ob auch das Baugebiet direkt betroffen ist (siehe Anlage 2).
30		30.06		Z	Die anliegende Übersicht gibt Auskunft über die als Ansprechpartner in Frage kommen den Richtfunkbetreiber. Da das Vorhandensein von Richtfunkstrecken im Untersuchungsraum allein kein Ausschlusskriterium für die Nutzung der Windenergie ist, empfehle ich Ihnen, sich mit den Richtfunkbetreibern in Verbindung zu setzen und sie in die weiteren Planungen einzubeziehen. Je nach Planungsstand kann auf diesem Wege ermittelt werden, ob tatsächlich störende Beeinträchtigungen von Richtfunkstrecken zu erwarten sind.
30		30.07		Z	Bei den Untersuchungen wurden Richtfunkstrecken militärischer Anwender nicht berücksichtigt. Diesbezügliche Prüfungsanträge können beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra 1 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, E-Mail: BAIUDBwToeB@Bundeswehr.org gestellt werden.

30		30.08		Z	Da der Richtfunk gegenwärtig eine technisch und wirtschaftlich sehr gefragte Kommunikationslösung darstellt, sind Informationen über den aktuellen Richtfunkbelegungszustand für ein bestimmtes Gebiet ggf. in kürzester Zeit nicht mehr zutreffend. Ich möchte deshalb ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Ihnen hiermit erteilte Auskunft nur für das Datum meiner Mitteilung gilt.
30		30.09		Z	Messeinrichtungen des Prüf- und Messdienstes der BNetzA werden nach bisherigem Stand durch die Planungen nicht beeinträchtigt, sind jedoch im Rahmen der konkreten Genehmigungsverfahren nochmals zu prüfen.
30		30.10		Z	Hinsichtlich einer Bekanntgabe von in Betrieb befindlichen Richtfunktrassen in Flächennutzungsplänen, möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Verfahren nicht zwingend vorgeschrieben ist (keine Dokumentationspflicht) und nur eine dem Ermessen überlassene Maßnahme zur vorsorglichen Störungsvermeidung darstellt, die auch durch die öffentlichen Planungsträger nicht einheitlich gehandhabt wird. Eine Darstellung der Trassenverläufe in den Planunterlagen ist nur möglich, wenn die Betreiber dies ausdrücklich wünschen und mit einer Veröffentlichung ihrer Richtfunk-Standortdaten einverstanden sind (Datenschutz). Zu den Betreibern von Richtfunkstrecken gehören z.B. die in Deutschland tätigen großen Mobilfunkunternehmen. Diese erfüllen zwar einen öffentlichen Auftrag, sind jedoch untereinander Wettbewerber. Übersichten zu den Netzstrukturen gehören daher zu den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen; ihre Veröffentlichung unterliegt grundsätzlich den Wettbewerbsstrategien der Betreiber. Unter Berücksichtigung dieser Bedingung und der hohen Anzahl laufend neu hinzukommender Richtfunkstrecken ist es auf regionaler Ebene somit kaum möglich, ständig aktuelle Übersichten zu führen.
30		30.11		Z	Bei Vorliegen konkreter Bauplanungen von der Windkraftanlagen, empfehle ich Ihnen, entsprechende Anfragen an mich (Anschrift lt. Kopfzeile dieses Briefes) zu richten. Bei Abforderung einer Stellungnahme sind bitte die geografischen Koordinaten (WGS 84) des Baugebiets anzugeben und ausreichend übersichtliches topografisches Kartenmaterial mit genauer Kennzeichnung des Baubereiches sowie das Maß der baulichen Nutzung zu übermitteln.

30		30.12		Z	Falls sich Ihre Bitte um Stellungnahme ggf. auch auf die im Plangebiet zu berücksichtigenden Leitungssysteme, wie z.B. unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen oder Energieleitungen, bezieht, möchte ich darauf hinweisen, dass die BNetzA selbst über keine eigenen Leitungsnetze verfügt. Sie kann auch nicht über alle regional vorhandenen Kabeltrassen Auskunft erteilen, da das Führen entsprechender Datenbestände nicht zu ihren behördlichen Aufgaben gehört. Angaben über Kabel- bzw. Leitungssysteme im Planbereich können daher nur direkt bei den jeweiligen Betreibern oder den Planungs- bzw. Baubehörden vor Ort eingeholt werden.
30		30.02		Z	Beeinflussungen von Richtfunkstrecken durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Auf das Einholen von Stellungnahmen der BNetzA zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe kann daher allgemein verzichtet werden. Im vorliegenden Fall wird diese Höhe jedoch erreicht bzw. überschritten.
30		30.13		Z	Bei der Festlegung von Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für die Windenergienutzung nach § 8 Abs. 7 ROG, auf der Ebene der kommunalen Flächennutzungsplanung oder der konkreten Anlagegenehmigung nach BImSchV empfiehlt die BNetzA, die Abstandsmaße zu Freileitungen der Hoch- und Höchstspannungsebene gem. DIN EN 50341-3-4 wie folgt heranzuziehen: „Zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sind folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten: - für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen 3 x Rotordurchmesser; - für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser. Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden. Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstiger Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf“
30		30.14		Z	Bei derzeit bestehenden Nabenhöhen von Windkraftanlagen von 80 bis 140 m sowie Rotor durchmessern von 70 bis 120 m regt die BNetzA an, die in der DIN genannten Maße als Abstände zwischen der Außengrenze des auszuweisenden Gebietes (Ebene Raumordnung und kommunale Flächennutzungsplanung) als Ausschlusskriterien festzulegen, da ein anderweitig ermittelter „starrer“ Abstandswert zwischen Windkraftanlage und Freileitung nicht sachgerecht erscheint
30		30	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen		
34		34	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Außenstelle Nordwest		

34		34.01		Z	In meiner o.g. Stellungnahme vom 16.01.2014 hatte ich Sie darauf hingewiesen, dass die WSV im Teilgebiet Bremerhaven – Cuxhaven – Belum bestimmte Richtfunkverbindungen für Verkehrssicherungszwecke der Bundeswasserstraßen betreibt bzw. nutzt. Die Achsen dieser Verbindungen sind von störenden Bauwerken frei zu halten.
34		34.02		B 09	Insofern sollte für die WSV zur Wahrnehmung ihrer Belange grundsätzlich dieselbe Regelung getroffen werden, wie im Entwurf (Stand Juni 2014) in Abschnitt 4.2.2 (Windenergie) unter Ziffer 09, Satz 1 für den Wetterdienst und die Luftfahrt festgeschrieben wurde. Ich bitte, „die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung“ dort zu ergänzen.
34		34.03		Z	Infolge Ihres nachvollziehbaren stufenweisen Ausschlussprozesses von Eignungsflächen wurden zwar insbesondere entlang der Trasse der wichtigen Richtfunkverbindung zwischen Bremerhaven (Radarturm) und Belum drei der untersuchten Potenzialflächen verworfen, so dass die Übertragungsqualität dieser Trasse voraussichtlich nicht weiter beeinträchtigt wird. Zur effektiven Wahrung meiner Belange und einer konkreten Beurteilung etwaiger funktechnischer Auswirkungen entsprechender Bauvorhaben halte ich es jedoch für erforderlich, an Baugenehmigungsverfahren von Windenergieanlagen gemäß o.g. Ziffer 09 formell beteiligt zu werden.
38		38	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt		
38		38.01		A	Durch die Planung werden die von mir zu betrachtenden Belange des Immissionsschutzes nicht berührt, da die betreffende Zuständigkeit für die Windenergie dem Landkreis Cuxhaven obliegt. Von einer Stellungnahme sehe ich daher ab.
43		43	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie		
43		43.01	V	A	aus Sicht des Fachbereiches Bergaufsicht Hannover wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Neben den im Verteiler aufgeführten Institutionen/Firmen empfehlen wir, auch die Gasunie, Pelikanplatz 5, 30177 Hannover, Norddeutsche Oelleitungsgesellschaft mbH, Moorburger Str.16, 21079 Hamburg zu beteiligen
43		43.02	V	A	Aus Sicht des Fachbereiches Hydrogeologie wird zu og. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Auf die Lage der Wasserschutzgebiete und entsprechende Verordnungen zum Trinkwasserschutz wird hingewiesen.
43		43.03	V	U	Aus Sicht des Fachbereiches Landwirtschaft und Bodenschutz wird zu og. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Auf S. 9, Anlage 1 (Methodik) wird für das Schutzgut Boden darauf verwiesen, dass zur Bewertung die schutzwürdigen Böden in Niedersachsen zu Grunde gelegt werden sollen.

43		43.04	V	U	Auswertungen zu den schutzwürdigen Böden in Niedersachsen finden sich auf unserem Kartenserver.
43		43.05	V	U	Böden mit einer besonders hohen Funktionserfüllung in Hinblick auf die Lebensraumfunktion und die ArchMunktionen, gelten als besonders schutzwürdig. Dazu gehören <ul style="list-style-type: none"> • Böden mit besonderen Standorteigenschaften (Extremstandorte), • Böden mit einer hohen natürlichen Bodenfruchtbarkeit, • Böden mit naturgeschichtlicher oder kulturgeschichtlicher Bedeutung • seltene Böden.
43		43.06	V	U	Bei der Beschreibung und Bewertung der einzelnen Standorte hinsichtlich der erheblichen Umweltauswirkungen werden bezogen auf das Schutzgut Boden nur die seltenen Böden bewertet. Ebenso sollten aus unserer Sicht die weiteren oben genannten schutzwürdigen Böden hier berücksichtigt werden, auch wenn prinzipiell davon auszugehen ist, dass eine konkrete Bewertung des Schutzguts Boden erst auf den nachfolgenden Planungsebenen erfolgen kann.
43		43.07	V	U	Die gemachten Angaben zu seltenen Böden sollten hinsichtlich der niedersächsischen Bewertung noch mal überprüft werden.
43		43.08	V	U SO 06	Z.B. sind beim Standort 6 (Altenbruch) nach unseren Unterlagen teilweise Suchräume für seltene Böden mit besonderen Standorteigenschaften betroffen, die im Prüfbogen keine Berücksichtigung finden
43		43.09	V	U SO 28	Beim Standort 28 (Nordholz) werden seltene Böden genannt, nach unseren Unterlagen handelt es sich aber um einen Suchraum für Böden mit hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit.
43		43.10	V	U	Die Aussage, selten Böden können bei der konkreten Planung der Einzelstandorte ausgespart werden, ergibt sich nicht zwingend. Landesweit oder regional seltene Böden können durchaus lokal flächig auftreten und können dann bei der Planung der Einzelstandorte nicht immer ausgespart werden.
43		43.11	V	U	Über die hier gemachten Hinweise hinaus behalten die Hinweise zum Schutzgut Boden aus unserer Stellungnahme vom Januar 2014 unter L68502-03-2013-0028 ihre Gültigkeit.

43		43.12	V	A	Aus Sicht des Fachbereiches Bauwirtschaft wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Für die geotechnische Erkundung des Baugrundes sind die allgemeinen Vorgaben der DIN EN 1997-1:2009-09 mit den ergänzenden Regelungen der DIN 1054:2010-12 und nationalem Anhang DIN EN 1997-1/NA:2010-12 zu beachten. Der Umfang der geotechnischen Erkundung ist nach DIN EN 1997-2:2010-10 mit ergänzenden Regelungen DIN 4020:2010-12 und nationalem Anhang DIN EN 1997-2/NA:2010-12 vorgegeben. Vorabinformationen zum Baugrund können dem Internet-Kartenserver des LBEG (www.lbeg.niedersachsen.de) entnommen werden.
43		43.13	V	A	Diese Stellungnahme ersetzt keine geotechnische Erkundung des Baugrundes
45		45	Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg Geschäftsstelle Bremerhaven		
45		45.01		SO 30	Die in ihrer Planung aufgeführte Potentialfläche 062 liegt im Gebiet des Flurbereinigungsverfahrens Odisheim. In diesem Verfahren werden zurzeit die Planwunschgespräche geführt mit dem Ziel im Jahre 2015 die Neuzuteilung der Flächen vorzunehmen. Mit der vorgesehenen Windparkplanung des Entwurfes 2014 werden, in einem für die landwirtschaftlichen Betriebe wichtigen Bereich, die dringend notwendigen Bodenordnungsmaßnahmen beeinträchtigt.
45		45.02		SO 13	Die in ihrer Planung aufgeführte Potentialfläche 005 liegt teilweise im Gebiet des geplanten Flurbereinigungsverfahrens Neuenwalde. Die Einleitung des Verfahrens soll im Jahre 2014 erfolgen. Mit der vorgesehenen Windparkplanung des Entwurfes 2014 werden geplante Wegebaumaßnahmen sowie mögliche Bodenordnungsmaßnahmen im Bereich der betroffenen Ackerlage beeinträchtigt.
46		46	Landesamt für Statistik Niedersachsen		
46		46.01		A	nicht betroffen
48		48	Nationalparkverwaltung Nieders. Wattenmeer		

48		48.01		A	<p>Grundlage der Stellungnahme sind der Schutzzweck des Gesetzes über den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ vom ii. Juli 2001 (Nds. GVB1. 2001, S. 443), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19.02.2010 (Nds. GVB1. S.104) (NWattNPG) und die darin enthaltenen Schutzvorschriften. Das NWattNPG legt in seinem Schutzzweck (2 NWattNPG) fest, dass die besondere Eigenart der Natur und Landschaft der Watfregion vor der niedersächsischen Küste, einschließlich des charakteristischen Landschaftsbildes erhalten bleiben und vor Beeinträchtigungen geschützt werden soll. Die natürlichen Abläufe in diesen Lebensräumen sollen fortbestehen. Die biologische Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten im Gebiet des Nationalparks soll erhalten werden. Der NLP ist Europäisches Vogelschutzgebiet und Gebiet gemeinschaftlicher Bedeutung und damit Bestandteil des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000“. Ziel für Vogelarten im Natura 2000-Gebiet ist hier unter anderem, geeignete Lebensräume für alle Lebensphasen wie Fortpflanzung, Aufzucht, Mauser, Durchzug, Rast, Überwinterung und Nahrungssuche von ausreichender Größe sowie die Möglichkeit unbehinderter Wander- und Wechselbewegungen zwischen den Teillebensräumen, auch in der Umgebung des Nationalparks zu erhalten (NWattNPG Anlage W. Ziff.a; c)).</p>
----	--	-------	--	---	---

48		48.02		A	<p>Aufgrund seiner hohen ökologischen Bedeutung ist das niedersächsische Wattenmeer länder- und staatenübergreifend Bestandteil einer Reihe internationaler Abkommen und Konventionen, z. B. für den ostatlantischen Vogelzug. 1976 wurde es als Feuchtgebiet internationaler Bedeutung (Ramsar Konvention) benannt. 1993 wurde der Nationalpark auf Grundlage der Ökosystemforschung Wattenmeer von der UNESCO im Rahmen des Programms „Man and Biosphere“ (MaB) als UNESCO-Biosphärenreservat anerkannt. Das Schutzgebiet des Nationalparks wurde seither 2001 und 2010 erweitert, das UNESCO-Biosphärenreseivat umfasst mit einer großen Kern- und Pflegezone das Gebiet des gleichnamigen Nationalparks in den Grenzen von 1986. Im UNESCO-Biosphärenreservat „Niedersächsisches Wattenmeer“ sollen gemeinsam mit den hier lebenden und wirtschaftenden Menschen beispielhafte Konzepte zu Schutz, Pflege und nachhaltigen Nutzung und Entwicklung erarbeitet und umgesetzt werden. Eine Entwicklungszone, die nach den Kriterien der UNESCO mindestens 50 % der terrestrischen Gesamtfläche eines Biosphärenreseiwates umfassen muss, existiert derzeit nur als sogenannte ‚funktionale‘ Entwicklungszone und umfasst das Gebiet der niedersächsischen Küstenlandkreise. Als Teilgebiet in der internationalen, trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit ist das niedersächsische Wattenmeer bereits seit 1978 Gegenstand grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Niederlande und Dänemark. Seit 2009 ist es Teil des UNESCO-Welffiaturerbes "The Wadden Sea".</p>
48		48.03		A	<p>Für Raumordnung und Landesentwicklung ist der Schutz des niedersächsischen Watteneeres insbesondere deshalb von Bedeutung, weil es großräumig, einzigartig und sowohl national als auch international von herausragender Vernetzungsqualität ist. Im Landesraumordnungsprogramm 2012 ist das Nationalparkgebiet als Vorranggebiet für Natura 2000 gesichert.</p>
48		48.04		A	<p>Die Entwicklungsgeschichte der Windenergie in der niedersächsischen Küstenregion hat in den vergangenen mehr als zwanzig Jahren viele neue Erfahrungen hervorgebracht: Auf der einen Seite die rasante technische Entwicklung zu immer leistungsstärkeren, höheren Anlagen mit größerem Rotordurchmesser, verbunden mit Veränderungen des Raum-Nutzungsmusters von Einzelstandorten und kleineren Parks hin zu größeren Zusammenschlüssen im Zuge von Windpark-Erweiterungen und Repowering.</p>

48		48.05		A	Parallel dazu haben sich auch die wissenschaftlichen Kenntnisse, naturschutzfachlichen Erfahrungen und Bewertungen der damit verbundenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft weiter entwickelt. Die Rechtsprechung hat die maßgeblichen Rechtsvorschriften zum Naturschutzrecht zunehmend konturiert. Dies betrifft vor allem den besonderen Artenschutz des § 44 BNatSchG und den europäischen Gebietsschutz des §34 BNatSchG. Die Landesregierung und kommunale Spitzenverbände haben die Entwicklung von Fach-Konventionen auf diesen Feldern weiter vorangebracht
48		48.06		Z	Auch die Nationalparkverwaltung sieht sich als Teil dieses Erfahrungsprozesses. Die vorliegende Fortschreibung des RROP sollte zum Anlass genommen werden, aus Nationalparksicht im Konflikt zu den Zielen des Nationalparks stehende und daher ungeeignete Altstandorte in der nahen Umgebung des Nationalparks auslaufen zu lassen und Neuerrichtungen im Zuge eines Repowering an andere Standorte im Kreisgebiet zu verlagern.
48		48.07		Z	„Gemäß den rechtlichen Vorgaben und entsprechend ihrer jeweiligen naturschutzfachlichen Bedeutung sind Nationalparke und Naturschutzgebiete in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiet Natur und Landschaft zu sichern“ LROP Ziff 3.1.2 Rd.Nr. 05. „Die Vorranggebiete Natura 2000 sind in den Regionalen Raumordnungsprogrammen räumlich festzulegen“. „Die Vorranggebiete Natura 2000 können entsprechend den Erhaltungszielen durch weitere Festlegungen von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten überlagert werden“ LROP Ziff. 3.1.3 Rd.nr. 02.
48		48.08		Z	Der Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ ist für das Kreisgebiet in den Grenzen des NWattNPG 2010 flächendeckend sowohl als Vorranggebiet für Natur und Landschaft, als auch überlagernd als Vorranggebiet für Natura2000 darzustellen. Eine alleinige Darstellung für Natura 2000 genügt nicht, da sich der gesetzliche Schutzzweck über Natura 2000 (d. h., europaweit bedeutsame Arten und Habitate) auch auf weitere Aspekte des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes erstreckt. Seewärts des Kreisgebietes ist eine nachrichtliche Darstellung aus dem derzeit geltenden Landesraumordnungsprogramm sinnvoll.
48		48.09		Z	Ein RROP ergeht formalrechtlich als Satzung. Aus dieser rechtlichen Einstufung folgt, dass raumordnerische Festsetzungen formalrechtlich keine Abweichungen von einschlägigen gesetzlichen Anforderungen, z. B. denen des NWattNPG, vorsehen können. Auch außerhalb des Nationalparks können daher keine Festsetzungen erfolgen, die die Realisierung der gesetzlich vorgegebenen Ziele im Nationalpark wesentlich beeinträchtigen.

48		48.10		B 01	Die Nationalparkverwaltung begrüßt zunächst einmal, dass das regionale Raumordnungsprogramm die Windenergienutzung im Außenbereich mit Ausschlusswirkung steuern soll.
48		48.11		Z	Sie sieht darin die Chance auf Verlagerung ungeigneter Altstandorte aus der nahen Umgebung des Nationalparks aus den Pionierzeiten der Onshore-Winenergienutzung Ende der achtziger, bzw. Anfang der neunziger Jahre im Zuge eines landkreisweit und gemeindeübergreifend koordinierten Repowerings an verträglichere Standorte. Dies läge im Sinne der Schutzziele, insbesondere zum Vogelschutz und zum Schutz von Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Wattenlandschaft.
48		48.12		Z	Es handelt sich dabei um die Standorte in den Detailkarten 25: Misselwarden 27: Nordholz/Cappel-Neufeld 28: Nordholz/Spieka-Neufeld 33: Padingbüttel 39: Wremen-Schottwarden Sie begrüßt daher, dass hier keine Vorranggebiete für Windenergie festgelegt werden. Jedoch sind wesentliche Teilaspekte der planerischen Herleitung, insbesondere bei der Ermittlung von harten und weichen Tabuzonen, hier aus rechtlichen Gründen zu kritisieren:
48		48.13		E 01	In der Begründung/Erläuterung wird der Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ mit einer Puffenone von 500 m vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des BVerwG (4 CN 1.11 vom Nieders. Obergericht u.a. übernommen durch 12 KN 146/12) den sogenannten "Weichen Tabuzonen" zugeordnet.
48		48.14		E 01	Die Begründung hierfür liegt offenbar in der Tatsache, dass das Gesetz über den Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ in seinem § 17 NWattNPG i. V. mit § 67 BNatSchG unter bestimmten Voraussetzungen - Bestehen eines überwiegenden öffentlichen Interesses gegenüber den gesetzlich festgelegten Schutzzielen des Nationalparks sowie Vorliegen der Voraussetzungen nach §34 BNatSchG - grundsätzlich die Möglichkeit der Erteilung von Befreiungen von den Verboten vorsieht.

48		48.15		E 01	Schon wegen den generell gegenüber den öffentlichen Interessen an der Errichtung von Windparks im Nationalpark überwiegenden Belange der gesetzlichen Schutzziele des Nationalparks und der Tatsache, dass wegen der in jedem Fall zu erwartenden Auswirkungen auf die Schutzgüter des Nationalparks ein Windpark im Nationalpark in keinem Fall die Voraussetzungen nach § 34 BNatSchG erfüllen kann, bildet der Nationalpark schon aufgrund der gesetzlich getroffenen Zweckbestimmung dieses Gebietes eine harte Tabuzone. Dies zudem auch vor dem Hintergrund, dass der - größtenteils außerhalb des Kreisgebietes Cuxhavens gelegene - Nationalpark selbst nicht Gegenstand des RROP oder der Bauleitplanung der Kommunen ist oder angesichts der für ihn erlassenen gesetzlichen Regelungen auch nicht sein kann.
48		48.16		E 01	Auch soweit Einwirkungen von Außen in den Nationalpark zu einer erheblichen Beeinträchtigung seiner Schutzziele führen können, unterliegt deren Gewährleistung im Einzelfall nicht der raumordnerischen oder städtebaulichen Abwägung, da weder ein als Verordnung ergehendes RROP, noch ein Bauleitplan zwingende gesetzliche Vorgaben außer Kraft setzen kann. Insoweit sind Verordnungsgeber und Träger der Bauleitplanung an die grundsätzliche Entscheidung des Gesetzgebers gebunden. Ihr Planungsermessen tritt auch nicht an die Stelle der für die Beurteilung der Auswirkungen auf den Nationalpark im Einzelfall zuständigen Nationalparkverwaltung, die demgemäß ihre Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange auch bei Vorhaben außerhalb des Nationalparks im pflichtgemäßen Ermessen abzugeben hat. Im Ergebnis bedeutet dies, dass Vorhaben, wie die Errichtung von Winkraftanlagen außerhalb des Nationalparks, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Schutzgüter des Nationalparks haben, generell zunächst unzulässig sind. Inwieweit durch Kompensationsmaßnahmen im Nationalpark selbst die Auswirkungen minimiert und damit dennoch eine Zulässigkeit erreicht werden kann, ist in jedem Einzelfall zu prüfen.

48		48.17		E 01	<p>Vor dem dargelegten Hintergrund wird auch die Einrichtung einer Pufferzone von lediglich 500 m als „Weiche Tabuzone“ abgelehnt. Dies sowohl wegen der im fachlichen Teil dieser Stellungnahme geforderten Mindestabstände zum Nationalpark, wie auch im Hinblick auf die mit der Zuordnung zur "Weichen Tabuzone" unterstellten Abwägbarkeit der gesetzlich festgelegten Schutzziele des Nationalparks auf der Ebene der Regionalen Raumordnungsprogramme oder der Bauleitpläne. Stattdessen ist ein Hinweis auf die erforderliche Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes über den Nationalpark "Niedersächsisches Wattenmeer" aufzunehmen.</p> <p>Soll dennoch eine Pufferzone zum Nationalpark eingerichtet werden, ist diese an den im fachlichen Teil der Stellungnahme geforderten Vorsorge-Mindestabständen zu orientieren und nur unter Hinweis auf die dort zu gewährleistende Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des NWattNPG als „Weiche Tabuzone“ darzustellen.</p>
48		48.18		E 01	<p>Im ersten Arbeitsschritt sind also die Flächen des Nationalparkgebietes selbst als harte Tabuzonen auszusondern, da sie aufgrund der Bestimmungen des NWattNPG für eine Windenergienutzung generell nicht in Frage kommen. Sie sind der Windenergienutzung aus rechtlichen Gründen vollflächig entzogen. Im zweiten Arbeitsschritt sind diejenigen Flächen als weiche Tabuzonen zu ergänzen, bei denen nach der allgemeinen Erfahrung angenommen werden kann, dass die Errichtung von modernen Windenergieanlagen in Höhen um die 100 m in der Umgebung des Nationalparks zu erheblichen Beeinträchtigungen seiner Schutzgüter führen können und erhebliche Eingriffe von außerhalb darstellten. Dies ist in der Regel in einem Radius von 100 m (Mindest-Vorsorgeabstand) der Fall. Siehe dazu auch die Empfehlungen des NLT 2014.</p>
48		48.19		Z	<p>Ein weiterer Kritikpunkt am vorliegenden Entwurf ist die vollständige Verlagerung der Lösung von sich aufdrängenden Raumkonflikten mit Schutzzwecken des Nationalparks auf die Bauleitplanungebene der Gemeinden:</p>

48		48.20		Z	<p>Im niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm ist festgelegt: „In der niedersächsischen Küstenzone sind durch eine ganzheitliche abwägende räumliche Steuerung frühzeitig Nutzungskonflikte zu vermeiden und bestehende Nutzungskonflikte zu minimieren. Öffentliche Belange raumbedeutsamer Nutzungen sind frühzeitig und koordinierend zum Ausgleich zu bringen“ Ziel des LROP 2012 Ziff. 1.4, Rd.nr. 02.4. „Der Nationalpark „Niedersächsisches Wattenmeer“ ist in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt auch durch angepasste Entwicklung in der Umgebung zu erhalten, zu unterstützen und zu entwickeln“ Ziel des LROP 2012 Ziff 1.4 ,Rd.nr. 04. Leider wird der vorgelegte Entwurf aus Sicht der Nationalparkbelange dem Auftrag zur planerischen Konfliktlösung im Sinne eines integrierten Küstenzonenmanagement nicht gerecht. Die Windenergienutzung in der Umgebung steht sowohl mit Belangen des Vogelschutzes, als auch denen des Landschaftsbildes des Nationalparks im Konflikt. Zwar wird hier im Entwurf kein Vorranggebiet für Windenergie dargestellt, von einer angepassten Entwicklung kann aber dennoch nicht gesprochen werden, denn gleichzeitig wird durch eine extrem weite Auslegung des Bestandsschutzbegriffes in der Begründung zum RROP den Gemeinden ein viel zu großer Spielraum für das Repowering an eben diesen Standorten gelassen.</p>
48		48.21		E 10	<p>Problematisch ist die nachrichtliche Darstellung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich in diesem Zusammenhang auch deshalb, weil sie u. a. durch den Hinweis (siehe Entwurf der Begründung zu Ziffer 10): „So ist die Errichtung von Windenergieanlagen in zum Zeitpunkt der Rechtskraft dieser Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms genehmigten oder über die Bauleitplanung der Gemeinden gesicherten Windparkstandorten möglich.“, zur Zeit ein bauleitplanerisches Windhundrennen mit dem möglichen Ergebnis ausgelöst hat, dass vor Inkrafttreten des neuen RROP zum Repowering planungsrechtlich vollendete Tatsachen geschaffen werden. Eine Verlagerung aus der nahen Umgebung des Nationalparks heraus an verträglichere Standorte bedarf einer kreisweiten, raumordnerischen Koordination, die über den planerischen Einwirkungsbereich der einzelnen Gemeinden hinaus geht.</p>

48		48.22		E 10	Nach Auffassung der Nationalparkverwaltung würde die Verabschiedung neuer Bauleitpläne zum Repowering in der Umgebung des Nationalparks die Verwirklichung der von ihr dort gewünschten, konsequenten Ausschlusswirkung unmöglich machen oder wesentlich erschweren. Sie schlägt daher dem Landkreis als unterer Landesplanungsbehörde bzw. höherer Verwaltungsbehörde vor, diesbezügliche Bauleitpläne und Einzelgenehmigungen nach §14(2) ROG zu untersagen bzw. nach §6 BauGB nicht zu genehmigen. Wo sich die Planrechtfertigung der Bauleitplanentwürfe auf die Vorrangfestlegungen aus dem RROP 2012 abstützen, leiden sie ohnehin einen erheblichen planungsrechtlichen Mangel, da diese Festsetzungen mittlerweile unwirksam sind (OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29/13).
48		48.23		Z	In dem Nationalpark soll die besondere Eigenart der Natur und Landschaft der Wattregion vor der niedersächsischen Küste einschließlich des charakteristischen Landschaftsbildes erhalten bleiben und vor Beeinträchtigungen geschützt werden (§2 (1) NWattNPG).
48		48.24		U	Wie im Umweltbericht —Teil C auf Seite 5, Tab. 1-1 zunächst zutreffend aufgeführt wird, gehören zu den wesentlichen umweltrelevanten Wirkfaktoren der Planfestlegungen auch Wirkungen auf die Landschaft. Gleichzeitig wird dort aber ausgesagt, das Umfeld sei auf Regionalplanebene nicht zu beurteilen. Dem widerspricht die Nationalparkverwaltung. Sie hält die Auswirkungen auf das Landschaftsbild des Umfeldes schon auf dieser Ebene für beurteilbar. Aus ihrer Sicht würde das Landschaftsbild innerhalb des Nationalparks durch ein Repowering an den oben genannten Standorten immer wesentlich verschlechtert, sobald sich die Anlagenhöhe vergrößert, da sich die derzeit im Betrieb befindlichen Parks zu einem Teil bereits heute schon zu nah an seiner Außengrenze befinden. Als erheblich beeinträchtigt sollte mindestens der Umkreis der 15-fachen Anlagenhöhe angesehen werden. (siehe NLT (2011): Ein Repowering an den oben genannten Standorten löst bei Anlagenhöhen von ca. 100m, wie es derzeit von allen Gemeinden geplant wird, diese erheblichen Beeinträchtigungen bis zu einem Abstand von mindestens 1500 m also stets aus. Sie überschneiden sich mit dem Nationalparkgebiet und laufen daher dem Schutzzweck des Nationalparks und seiner Vorrangfunktion für Natur und Landschaft zuwider. Da auch für andere Schutzgüter bei der Ermittlung von Tabuzonen durchgängig konzeptionell mit Radien gleicher Größenordnung gearbeitet wird, kann es auch nicht am Abstraktionsgrad der Darstellungen oder am Konkretisierungsgrad liegen, dass dieser Aspekt im Rahmen der strategischen Umweltprüfung nicht geprüft wurde.

48		48.25		U SO 33	Ein Beispiel für die einfache Darstellbarkeit der Wirkungsweise auf das Landschaftsbild zeigt hier das Titelblatt der Landschaftsbildanalyse für den Windpark Padingbüttel (Quelle: PGN 2013: Landschaftsbildanalyse; i. A. Rennert). Der äußere Radius entspricht 1500 m.
48		48.26		U SO 28	Besonders anschaulich machen dies auch die vorliegenden Kartenübersichten aus dem jew. Entwurf des Umweltberichtes für den Flächennutzungsplan zum Repowering des Windparks Spieka-Neufeld (Quelle: IBL 2013: Wertigkeit des Landschaftsbilds im zusätzlichen Sichtbereich durch ein Repowering auf 100m Höhe (Karte 4); i. A. Energiekontor) und Misselwarden (Quelle PGG 2013: Sichtbereiche mit Bewertung -Repowering Windenergieanlagen 100m Gesamthöhe; i. A. SG Land Wursten), die hier in Kopie (Anlagen 1 +2) angelegt sind. Die Nationalparkverwaltung ist der Auffassung, dass die Regionalplanung die sich hier geradezu aufdrängenden raumrelevanten Probleme des Landschaftsbildschutzes auch lösen sollte und hält dies sowohl planungsmethodisch als auch -rechtlich für geboten.
48		48.27		U	Die Berücksichtigung von Standortvorbelastungen des Landschaftsbildes bei der Bewertung von Umweltauswirkungen im Rahmen der strategischen Umweltprüfung ist zwar grundsätzlich richtig. Da aber die potentiell beeinträchtigte Fläche eine Quadratfunktion der Anlagenhöhe ist und diese durch ein Repowering wesentlich größer sein wird als beim Bestand, kann die Vorbelastung schon per se nicht zur Verneinung einer erheblichen Beeinträchtigung führen:
48		48.28		U	Verschiedene Gutachten belegen Austauschbewegungen und Wechselflüge Wert bestimmender Rastvogelarten des EU-Vogelschutzgebietes V01 „Niedersächsisches Wattenmeer“ und dem Binnenland in das Umfeld der oben genannten Standorte. Dies betrifft vor allem die Wert bestimmenden Rastvogelarten Großer Brachvogel, Goldregenpfeifer, Nonnengans, Sturm- und Lachmöwe. Durch ein Repowering käme es zu einer Verschlechterung der derzeitigen Möglichkeiten für Zug- und Rastvögeln bei ihren Wander- und Wechselbewegungen. Diese Beeinträchtigung ist als erheblich zu bewerten, da ein Repowering anlage- und betriebsbedingt zeitlich dauerhaft wirkt (>10 Jahre) und es aufgrund der Dimensionen des Vorhabens (Vergrößerung der Rotorfläche um >60 % auf 6 ha und der Verstellung von Höhenbereichen 60/75-100 m über Grund) zu erheblichen negativen Auswirkungen im Vergleich zum bestehenden Windparks käme. Aufgrund dieser Problematik empfiehlt der NLT (Hrsg.) 2014 einen Vorsorgeabstand von mind. 1200 m zu Europäischen Vogelschutzgebieten.

48		48.29		U	Weiter werden im Umweltbericht Summationswirkungen in diesem Zusammenhang nicht ausreichend berücksichtigt. Dies kann von der Nationalparkverwaltung nicht nachvollzogen werden, da zum Zeitpunkt der Planerstellung teils sehr konkrete Planungsabsichten (z. B. eingeleitete F-Plan-Verfahren) zum Repowering an den oben genannten Standorten vorliegen.
48		48.30		U	Die strategische Umweltprüfung ist insofern unvollständig. Die Summationswirkungen der vom geplanten Repowering an den oben genannten Standorten ist auszuarbeiten und in den Umweltbericht zu integrieren. Dazu sind fachliche Bewertungskriterien und -methoden mit den Naturschutzbehörden (Landkreis, Staatliche Vogelschutzwarte und Nationalparkverwaltung) sowie den anerkannten Naturschutzverbänden im Vorfeld abzustimmen.
48		48.31		B	Unter Ziff. 4.2.2 einfügen als neues Ziel im Anschluss an Randnummer 10, (10f Satz 1): „Es ist sicherzustellen, dass das Gebiet des Nationalparks ‚Niedersächsisches Wattenmeer‘ durch die Errichtung von Windenergieanlagen nicht erheblich beeinträchtigt wird...
48		48.32		B	gefolgt von dem Ziel (10f Satz 2): »Raumbedeutsame Bestandsanlagen in der Umgebung des Nationalparks ‚Niedersächsisches Wattenmeer‘ (Vorsorgeabstand mind. 1500 m) werden nach Ablauf ihrer vorgesehenen Betriebsdauer bzw. nach Ablauf einer befristeten Zulassung nicht mehr weiter betrieben und vollständig zurück gebaut.“
48		48.33		SO 25	Keine nachrichtliche Darstellung als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ an denjenigen Standorten, an denen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für das Änderungsverfahren 2014 noch kein rechtsfähiger Bauleitplan bestand: 25: Misselwarden;
48		48.34		SO 27	Keine nachrichtliche Darstellung als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ an denjenigen Standorten, an denen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für das Änderungsverfahren 2014 noch kein rechtsfähiger Bauleitplan bestand: Nordholz/Cappel-Neufeld
48		48.35		SO 28	Keine nachrichtliche Darstellung als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ an denjenigen Standorten, an denen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für das Änderungsverfahren 2014 noch kein rechtsfähiger Bauleitplan bestand: Nordholz/Spieka-Neufeld
48		48.36		SO 33	Keine nachrichtliche Darstellung als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ an denjenigen Standorten, an denen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für das Änderungsverfahren 2014 noch kein rechtsfähiger Bauleitplan bestand: Padingbüttel

48		48.37		SO 39	Keine nachrichtliche Darstellung als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ an denjenigen Standorten, an denen zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für das Änderungsverfahren 2014 noch kein rechtsfähiger Bauleitplan bestand: Wremen-Schottwarden
48		48.38		E	Die Nutzung an den Altstandorten in der Umgebung des Nationalparks ‚Niedersächsisches Wattenmeer‘ (Vorsorgeabstand mind. 1500 m) soll auf einen baugenehmigungs- bzw. immissionsschutzrechtlichen Bestandsschutz im engeren Sinne beschränkt bleiben. Ein Repowering mit höheren Anlagen ist aus Gründen der damit verbundenen erheblichen Verschlechterung des Landschaftsbildes des Nationalparks und einer erheblichen Beeinträchtigung Wert bestimmender Vogelarten auch im Zusammenwirken mit den anderen dechnahen Altstandorten, nicht mit den Zielen des Landesraumordnungsprogramms und dem Schutzzweck des NWattNPG vereinbar.
48		48.39		U	S. 15 Tabelle 2-2: - Kriterium „FFH-/Vogelschutzgebiet“: Umfeld ist statt mit 500 m mit mind. 1200 m anzunehmen
48		48.40		U	Kriterium „Nationalpark“: Umfeld ist mit mind. 1500 m anzunehmen
48		48.41		U	Kriterium „Landschaftsbild“: Umfeld ist mit mind. 1500m anzunehmen.
48		48.42		U SO 25	Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen auf den Nationalpark: Neubewertung der Standorte anhand der vorgeschlagenen Vorsorge-Abstandswerte, jeweils in den Zeilen FFH-/Vogelschutzgebiet, Nationalpark und Landschaft für die Standorte 25: Misselwarden. Im Ergebnis überall in der Spalte voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten“ ersetzen durch: „Ja, - Gebiet des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer im Umfeld, erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten“.
48		48.43		U SO 27	Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen auf den Nationalpark: Neubewertung der Standorte anhand der vorgeschlagenen Vorsorge-Abstandswerte, jeweils in den Zeilen FFH-/Vogelschutzgebiet, Nationalpark und Landschaft für den Standort 27: Nordholz/Cappel-Neufeld. Im Ergebnis überall in der Spalte voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten“ ersetzen durch: „Ja, - Gebiet des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer im Umfeld, erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten“.

48		48.44		U SO 28	Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen auf den Nationalpark: Neubewertung. der Standorte anhand der vorgeschlagenen Vorsorge-Abstandswerte, jeweils in den Zeilen FFH-/Vogelschutzgebiet, Nationalpark und Landschaft für den Standorte 28: Nordholz/Spieka-Neufeld Im Ergebnis überall in der Spalte voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten“ ersetzen durch: „Ja, - Gebiet des Nationalparks Niedersächsisches Wauenmeer im Umfeld, erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten“.
48		48.45		U SO 33	Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen auf den Nationalpark: Neubewertung. der Standorte anhand der vorgeschlagenen Vorsorge-Abstandswerte, jeweils in den Zeilen FFH-/Vogelschutzgebiet, Nationalpark und Landschaft für dem Standort 33: Padingbütel . Im Ergebnis überall in der Spalte voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten“ ersetzen durch: „Ja, - Gebiet des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer im Umfeld, erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten“.
48		48.46		U SO 39	Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen auf den Nationalpark: Neubewertung. der Standorte anhand der vorgeschlagenen Vorsorge-Abstandswerte, jeweils in den Zeilen FFH-/Vogelschutzgebiet, Nationalpark und Landschaft für den Standorte Wremen-Schottwarden. Im Ergebnis überall in der Spalte voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten“ ersetzen durch: „Ja, - Gebiet des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer im Umfeld, erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten“.

48		48.47		U	<p>S. 171 f Gesamtplanbetrachtung:</p> <p>Bei der Gesamtplanbetrachtung sind insbesondere auch kumulative und sonstige mögliche negative und positive Umweltauswirkungen zu betrachten. Dies ist im Bezug auf betroffene Belange des Nationalparks »Niedersächsisches Wattenmeer« nur in unzureichendem Maße unternommen worden und in sich widersprüchlich. Da das Landschaftsbild der oben genannten Standorte im Umfeld zu Unrecht als nicht beurteilbar eingestuft wurde (siehe Umweltbericht 5. 5) und Ähnliches an anderer Stelle für die Beurteilung der räumlichen Wechselbeziehungen der Vogelwelt ausgesagt wird (siehe Umweltbericht S. 172), stellt sich die Frage, inwieweit denn die Aussage des Umweltberichtes überhaupt inhaltlich belastbar sein kann: „Neben der Betrachtung einzelner Festlegungen wurde zusätzlich eine Gesamtplanbetrachtung durchgeführt. Hierbei konnten keine erheblichen negativen Auswirkungen aufgrund kumulativer Effekte der Feststellungen festgestellt werden (S. 172).“ Die Nationalparkverwaltung ist begründet der Auffassung, dass die bekannten Vorinformationen zum Landschaftsbild und zur Vogelwelt ausreichend sind, um eine verbal argumentative Bewertung kumulativer Wirkungen auf die Umwelt, sowohl mit einem vertretbaren Aufwand, als auch dem Konkretisierungsgrad des RROP angemessen, durchzuführen</p>
48		48.48		U	<p>zu Anlage 1: Methodik</p> <p>Die Kapitel, insbesondere 2.2. und 2.6., sollten entsprechend der hier gegebenen Hinweise überarbeitet und ergänzt werden</p>
48		48.49		U	<p>zu Anlage 2: FFH-Vorprüfung</p> <p>Die Kapitel 1 und 2 sollten entsprechend der hier gegebenen Hinweise überarbeitet und ergänzt werden.</p>
48		48.50		A	<p>Die Nationalparkverwaltung ist der Auffassung, dass die Regionalplanung die sich hier aufdrängenden raumrelevanten Konflikte zwischen Belangen der regenerativen Energieerzeugung und dem Schutz des Nationalparks „Niedersächsisches Wattenmeer“ und seiner Umgebung mit Hilfe des Regionalen Raumordnungsprogramms einer verträglichen Lösung zuführen sollte und hält dies sowohl planungsmethodisch für machbar als auch rechtlich für dringend geboten.</p>
51		51	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr		
51		51.01		Z	<p>gemäß § 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) gelten innerhalb bestimmter Entfernungen zu Bundesautobahnen und Bundesstraßen Anbauverbote und Anbaubeschränkungen.</p>

51		51.02		Z	Diese sich aufgrund straßenrechtlicher Gesetze ergebenden Abstandsmaße werden jedoch den tatsächlichen Gefährdungsverhältnissen von Windenergieanlagen nicht gerecht. Unter bestimmten klimatischen Bedingungen kann eine Rotorblattvereisung erfolgen, von sich ablösenden Eisstücken kann eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit ausgehen.
51		51.03		Z	Bei der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergienutzung fordert die Straßenbauverwaltung als Mindestabstand neuer Windenergieanlagen zu Straßen 1,5 x (Nabenhöhe + Rotordurchmesser). Dieses Maß ist das einzige, das von der Straßenbauverwaltung beurteilt und überprüft werden kann.
51		51.04		Z	Die Straßenbauverwaltung bezieht sich bei ihrer Forderung auf den Runderlass des Niedersächsischen Sozialministeriums vom 28.09.2012 (Nds. Ministerialblatt 2012, Liste der technischen Baubestimmungen, Fassung September 2012). Dort heißt es: Abstände wegen der Gefahr des Eisabwurfs sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen zu Verkehrswegen und Gebäuden einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Abstände größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen gemäß DIN 1055-5:1975-6 als ausreichend.
52		52	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Fachbereich Luftverkehr		
52		52.01		A	Nach der Reform der Bundeswehrverwaltung werden die militärischen Belange der Luftfahrt nunmehr vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, wahrgenommen.
52		52.02		Z	Daneben ist allerdings auch § 18a LuftVG zu beachten, wonach Bauwerke nicht errichtet werden dürfen, wenn dadurch Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Hier entscheidet das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung auf der Grundlage einer gutachtlichen Stellungnahme der Flugsicherungsorganisation, ob durch die Errichtung der Bauwerke Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können. Es teilt seine Entscheidung der zuständigen Landesluftfahrtbehörde mit.
52		52.03		Z	Die Flächen um die Gelände aller Landeplätze und Segelfluggelände müssen von Luftfahrthindernissen freigehalten werden.
52		52.04		Z	Im Landkreis Cuxhaven gibt es folgende zivil genutzte Flugplätze: - Seeflughafen Cuxhaven/Nordholz (zivile Mitbenutzung des Marinefliegerhorstes Nordholz) - Sonderlandeplatz Nordholz-Spieka - Sonderlandeplatz Kührstedt-Bederkesa
52		53.05		Z	Eine detaillierte Stellungnahme zu Windenergieanlagen kann erst dann erfolgen, wenn konkrete Koordinaten und Bauhöhen bekannt sind.

52		53.06		Z	Die Erteilung einer Genehmigung für ein Vorhaben erfordert meine Zustimmung nach § 14 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG), wenn die dort genannten Tatbestandsmerkmale - Höhe von mehr als 100 m über der Erdoberfläche oder - Höhe von mehr als 30 Meter auf natürlichen oder künstlichen Bodenerhebungen, sofern die Spitze dieser Anlage um mehr als 100 Meter die Höhe der höchsten Bodenerhebung im Umkreis von 1,6 Kilometer Halbmesser um die für die Anlage vorgesehene Bodenerhebung überragt, vorliegen.
52		53.07		Z	In diesen Fällen ist regelmäßig eine Kennzeichnung als Luftfahrthindernis erforderlich, die aus einer Tages- und Nachtkennzeichnung besteht. Meine Entscheidung über die Zustimmung nach § 14 LuftVG erfolgt auf Grund einer gutachtlichen Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung GmbH. Details der Tages- und Nachtkennzeichnung werden im Rahmen meiner Entscheidung über die Zustimmung festgelegt. Diese Festlegungen werden als Auflagen in die bau- oder immissionsschutzrechtliche Genehmigung übernommen.
55		55	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Verden		
55		55.01		SO 06	Es wird die Zuständigkeit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr — Geschäftsbereich Verden hinsichtlich der BAB 27 — Bremen-Cuxhaven - berührt. In Bezug auf die Darstellung innerhalb der Planzeichnung zum o.g. RROP entlang der Bundesautobahn A 27 bitte ich den folgenden, grundlegenden Punkt zu beachten: • Der Mindestabstand von geplanten Windenergieanlagen ist gem. der „Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung März 2004“ einzuhalten. Die geplanten Windenergieanlagen dürfen den Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der A 27 nicht unterschreiten. • Im Weiteren sind entlang der Bundesautobahn A 27 die anbaurechtlichen Bestimmungen gemäß § 9 Femstraßengesetz zu beachten. Die Bauverbotszone gemäß §9(1) FStrG mit einem Abstand von 40 m und die Baubeschränkungszone gemäß § 9(2) FStrG mit einem Abstand von 100 m bis zum äußeren Standspurrand der BAB sind einzuhalten.

55		55.02		SO 13	<p>Es wird die Zuständigkeit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr — Geschäftsbereich Verden hinsichtlich der BAB 27 — Bremen-Cuxhaven - berührt. In Bezug auf die Darstellung innerhalb der Planzeichnung zum o.g. RROP entlang der Bundesautobahn A 27 bitte ich den folgenden, grundlegenden Punkt zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Mindestabstand von geplanten Windenergieanlagen ist gem. der „Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung März 2004“ einzuhalten. Die geplanten Windenergieanlagen dürfen den Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der A 27 nicht unterschreiten. • Im Weiteren sind entlang der Bundesautobahn A 27 die anbaurechtlichen Bestimmungen gemäß § 9 Femstraßengesetz zu beachten. <p>Die Bauverbotszone gemäß §9(1) FStrG mit einem Abstand von 40 m und die Baubeschränkungszone gemäß § 9(2) FStrG mit einem Abstand von 100 m bis zum äußeren Standspurrand der BAB sind einzuhalten.</p>
55		55.03		SO 18	<p>Es wird die Zuständigkeit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr — Geschäftsbereich Verden hinsichtlich der BAB 27 — Bremen-Cuxhaven - berührt. In Bezug auf die Darstellung innerhalb der Planzeichnung zum o.g. RROP entlang der Bundesautobahn A 27 bitte ich den folgenden, grundlegenden Punkt zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Mindestabstand von geplanten Windenergieanlagen ist gem. der „Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung März 2004“ einzuhalten. Die geplanten Windenergieanlagen dürfen den Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der A 27 nicht unterschreiten. • Im Weiteren sind entlang der Bundesautobahn A 27 die anbaurechtlichen Bestimmungen gemäß § 9 Femstraßengesetz zu beachten. <p>Die Bauverbotszone gemäß §9(1) FStrG mit einem Abstand von 40 m und die Baubeschränkungszone gemäß § 9(2) FStrG mit einem Abstand von 100 m bis zum äußeren Standspurrand der BAB sind einzuhalten.</p>

55		55.04		SO 19	<p>Es wird die Zuständigkeit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr — Geschäftsbereich Verden hinsichtlich der BAB 27 — Bremen-Cuxhaven - berührt. In Bezug auf die Darstellung innerhalb der Planzeichnung zum o.g. RROP entlang der Bundesautobahn A 27 bitte ich den folgenden, grundlegenden Punkt zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Mindestabstand von geplanten Windenergieanlagen ist gem. der „Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung März 2004“ einzuhalten. Die geplanten Windenergieanlagen dürfen den Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der A 27 nicht unterschreiten. • Im Weiteren sind entlang der Bundesautobahn A 27 die anbaurechtlichen Bestimmungen gemäß § 9 Femstraßengesetz zu beachten. <p>Die Bauverbotszone gemäß §9(1) FStrG mit einem Abstand von 40 m und die Baubeschränkungszone gemäß § 9(2) FStrG mit einem Abstand von 100 m bis zum äußeren Standspurrand der BAB sind einzuhalten.</p>
55		55.05		SO 23	<p>Es wird die Zuständigkeit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr — Geschäftsbereich Verden hinsichtlich der BAB 27 — Bremen-Cuxhaven - berührt. In Bezug auf die Darstellung innerhalb der Planzeichnung zum o.g. RROP entlang der Bundesautobahn A 27 bitte ich den folgenden, grundlegenden Punkt zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Mindestabstand von geplanten Windenergieanlagen ist gem. der „Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung März 2004“ einzuhalten. Die geplanten Windenergieanlagen dürfen den Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der A 27 nicht unterschreiten. • Im Weiteren sind entlang der Bundesautobahn A 27 die anbaurechtlichen Bestimmungen gemäß § 9 Femstraßengesetz zu beachten. <p>Die Bauverbotszone gemäß §9(1) FStrG mit einem Abstand von 40 m und die Baubeschränkungszone gemäß § 9(2) FStrG mit einem Abstand von 100 m bis zum äußeren Standspurrand der BAB sind einzuhalten.</p>

55		55.06		SO 24	<p>Es wird die Zuständigkeit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr — Geschäftsbereich Verden hinsichtlich der BAB 27 — Bremen-Cuxhaven - berührt. In Bezug auf die Darstellung innerhalb der Planzeichnung zum o.g. RROP entlang der Bundesautobahn A 27 bitte ich den folgenden, grundlegenden Punkt zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Mindestabstand von geplanten Windenergieanlagen ist gem. der „Richtlinie für Windenergieanlagen, Fassung März 2004“ einzuhalten. Die geplanten Windenergieanlagen dürfen den Mindestabstand von 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum äußeren befestigten Fahrbahnrand der A 27 nicht unterschreiten. • Im Weiteren sind entlang der Bundesautobahn A 27 die anbaurechtlichen Bestimmungen gemäß § 9 Femstraßengesetz zu beachten. <p>Die Bauverbotszone gemäß §9(1) FStrG mit einem Abstand von 40 m und die Baubeschränkungszone gemäß § 9(2) FStrG mit einem Abstand von 100 m bis zum äußeren Standspurrand der BAB sind einzuhalten.</p>
55		55.7		Z	<p>An dem Streckenabschnitt der A 27 Bremen — Cuxhaven ist die Erweiterung der Parkplatzanlagen „Midlum“ bei km 147,9 in Fahrtrichtung Cuxhaven und „Krempel“ bei km 146,1 in Fahrtrichtung Bremen zu PWC-Anlagen vorgesehen.</p> <p>Der Planungsbeginn ist für 2016 vorgesehen. Für die Ausweisung von Windenergiestandorten ist daher zwingend eine Abstimmung mit meinem Hause erforderlich, um die o.g. notwendigen Mindestabstände von Windenergieanlagen auch für die in Planung befindlichen PWC-Anlagen einhalten zu können.</p>
57		57	Nieders. Landesbehörde für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Betriebsstelle Lüneburg		
57		57.01		Z	Die Standorte Heerstedt-Lohe, Langen-Debstedt begegnen von hier aus keinen Bedenken.
57		57.02		Z	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.03		SO 03	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten Belum...) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.04		SO 09	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten Geversdorf...) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.

57		57.05		SO 25	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten Misselwarden...) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.06		SO 27	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten Nordholz/Cappel-Neufeld...) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.07		SO 28	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten Nordholz/Spieka-Neufeld...) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.08		SO 33	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten Padingbütel...) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.09		SO 39	Bei den übrigen Standorten sind auf Grund ihrer Lage in oder ihrer Nähe zu avifaunistischen Bereichen überwiegend mit landesweiter Bedeutung (Brutvogelbewertung 2010) oder ihrer Nähe zu Vogelschutzgebieten (insbesondere bei den Standorten...Wremen-Schottwarden) erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten.
57		57.10		U	Darüber hinaus ist festzustellen, dass vielfach mehrere geplante Windparke auf die gleichen avifaunistischen Bereiche mit landesweiter Bedeutung einwirken oder z.T. in diesen Bereichen Windenergieanlagen schon vorhanden sind. Dies führt zu kumulativen Wirkungen, die bislang im Umweltbedacht nicht berücksichtigt wurden.
57		57.11		U	Bei allen Standorten, bei den lt. Umweltbericht mit erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen ist, sollen die konkreten Auswirkungen im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen ermittelt werden. Aus hiesiger Sicht stellt dies lediglich eine Konfliktverlagerung dar.
57		57.12	V	U	Die im Umweltbericht vorgenommenen Bewertungen seitens des Gutachters werden geteilt.
57		57.13	V	U	Es steht aber aus, in welchem Umfang Beeinträchtigungen zu erwarten sind und in welchem Umfang Kompensations- bzw. Kohärenzmaßnahmen erforderlich werden.

57		57.14	V	U	Werden lediglich die vom Gutachter beschriebenen zu erwartenden Beeinträchtigungen zu Grunde gelegt, kann ein Kompensationsbedarf abgeschätzt werden, der vom Flächenumfang unter Berücksichtigung kumulativer Wirkungen zu bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und zu benachbarten Windparkflächen raumbedeutsame Größenordnungen erreichen wird und damit Gegenstand des aktuellen Änderungsverfahrens sein sollte.
57		57.15	V	U	Eine wichtige Bewertungsgrundlage zur Ermittlung der Beeinträchtigungsumfangs stellen die Abstandsregelungen für Windenergieanlagen der LAG-VSV1 (2007) i.V.m. mit dem aktuellen Entwurf der NLT-Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie (Stand 1.7.2014) dar. In Verbindung auch vom Gutachter des Umweltberichts zu Grunde gelegten NLT- Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie (2013) ist festzustellen, dass die in den Arbeitshilfen genannten Mindestabstände und Prüfbereiche z.T. erheblich unterschritten werden und nicht zu erkennen ist, dass die Hinweise bzw. Arbeitsschritte im Hinblick auf die Ermittlung einer gebietsspezifischen Empfindlichkeit und des Schutzzwecks bei der Ermittlung der Auswirkungen und ihrer Bewertung Berücksichtigung gefunden haben.
57		57.16	V	U	Aussagen zu Feuchtgebieten internationaler Bedeutung, zu regelmäßig genutzten Schlafplätzen relevanter Arten, zu Hauptflugkorridoren zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen (mit Ausnahme der in Anhang 2 des Umweltberichts vorgenommenen FFH-Vorprüfung für die Vogelschutzgebiete), überregionalen Hauptflugkorridoren sowie von Gebieten mit Bedeutung für den Fledermausschutz fehlen ebenfalls.
57		57.17		U	Auf Grund der genannten Defizite und der Problemverlagerung auf die nachfolgende Zulassungsebene kann aus hiesiger Sicht keine Planungssicherheit erkannt werden.
57		57.18		U	In diesem Zusammenhang ist nicht erkennbar, auf welcher Grundlage die artenschutzrechtlichen Maßgaben des § 44 Abs. 5 S. 2 und 3 BNatSchG erfüllt werden können. Es wäre daher aus naturschutzfachlicher Sicht dringend geboten, die genannten Defizite zu beheben, damit die entsprechende Planungssicherheit hergestellt werden kann.
58		58	Nieders. Landesbehörde für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Betriebsstelle Stade		
58		58.01		A	als Träger Öffentlicher Belange nimmt der NLWKN grundsätzlich nur zu den von Ihm unter haltenen Anlagen, Gebäuden, Grundeigentum, landeseigenen Gewässern und Meßstellen Stellung. In diesem Fall ist der NLWKN durch die geplante Maßnahme nicht betroffen.
59		59	Nieders. Landesforsten, Forstamt Harsefeld		

59		59.01		Z	Nach der nunmehr vorliegenden aktuellen Fassung sollen Waldflächen im Sinne des § 2 NWaldLG ab einer Größe von 1 ha einschließlich eines Abstandspuffers von 100 m von Windenergieanlagen freigehalten werden. Diese Vorgabe wurde bei der Überarbeitung der neu ausgewiesenen Vorrangstandorte weitgehend berücksichtigt, während in einigen inzwischen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen Waldflächen überplant sind.
59		59.02		Z	Es sollten bei einem Waldanteil von lediglich etwa 8,6 Prozent die kleineren Waldflächen jedoch nicht grundsätzlich unberücksichtigt bleiben, da sie u.a. eine wichtige Vernetzungsfunktion erfüllen.
59		59.03		Z	Die o.g. Regelung sollte deswegen künftig grundsätzlich für alle Waldflächen im Sinne des Landeswaldgesetzes gelten und in bereits bauleitplanerisch gesicherten Vorranggebieten mit Wald bei den geplanten Standorten der Windenergieanlagen berücksichtigt werden.
60	a	60a	Niedersächsisches Innenministerium Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen		
60	b	60b	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK)		
60		60	Nieders. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		
60		60.01		A	Das Landesraumordnungsprogramm befindet sich zurzeit im Änderungsverfahren; die allgemeinen Planungsabsichten hierzu wurden am 24.07.2013 im Niedersächsischen Ministerialblatt veröffentlicht, das Beteiligungsverfahren wurde in der 30. KW eingeleitet. Die insoweit in Aufstellung befindlichen Ziele sind bei der Änderung des RROP Cuxhaven gem. § 4 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG) zu berücksichtigen.
60		60.01		A	Stellungnahme über ArL eingegangen
60		60.02		SO 04	In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass sich das Vorranggebiet Windenergienutzung gemäß RROP-Entwurf 2014 bei Bramstedt (Detailkarte 4) mit den im LROP-Änderungsentwurf enthaltenen Vorranggebieten Torferhaltung und Moorentwicklung (zumindest teilweise) überlagern. Hier wäre zu prüfen, inwieweit eine Überlagerung der beiden Vorrangdarstellungen – Windenergienutzung und Torferhaltung/Moorentwicklung – im jeweiligen Einzelfall nach Inkrafttreten des LROP zu einem Zielkonflikt führen könnte. Sollte dies der Fall sein, sind die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung des LROP-Entwurfs in die Abwägung über die Vorranggebiete für Windenergienutzung einzustellen

60		60.03		SO 11	In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass sich das Vorranggebiet Windenergienutzung gemäß RROP-Entwurf 2014 bei Heerstedt-Lunestedt (Detailkarte 11) mit den im LROP-Änderungsentwurf enthaltenen Vorranggebieten Torferhaltung und Moorentwicklung (zumindest teilweise) überlagern. Hier wäre zu prüfen, inwieweit eine Überlagerung der beiden Vorrangdarstellungen – Windenergienutzung und Torferhaltung/Moorentwicklung – im jeweiligen Einzelfall nach Inkrafttreten des LROP zu einem Zielkonflikt führen könnte. Sollte dies der Fall sein, sind die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung des LROP-Entwurfs in die Abwägung über die Vorranggebiete für Windenergienutzung einzustellen
60		60.04		SO 14	In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass sich das Vorranggebiet Windenergienutzung gemäß RROP-Entwurf 2014 bei Kirchwistedt-Ahe (Detailkarte 14) mit den im LROP-Änderungsentwurf enthaltenen Vorranggebieten Torferhaltung und Moorentwicklung (zumindest teilweise) überlagern. Hier wäre zu prüfen, inwieweit eine Überlagerung der beiden Vorrangdarstellungen – Windenergienutzung und Torferhaltung/Moorentwicklung – im jeweiligen Einzelfall nach Inkrafttreten des LROP zu einem Zielkonflikt führen könnte. Sollte dies der Fall sein, sind die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung des LROP-Entwurfs in die Abwägung über die Vorranggebiete für Windenergienutzung einzustellen
60		60.05		SO 30	In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass sich das Vorranggebiet Windenergienutzung gemäß RROP-Entwurf 2014 bei Odisheim-Stinstedt (Detailkarte 30) mit den im LROP-Änderungsentwurf enthaltenen Vorranggebieten Torferhaltung und Moorentwicklung (zumindest teilweise) überlagern. Hier wäre zu prüfen, inwieweit eine Überlagerung der beiden Vorrangdarstellungen – Windenergienutzung und Torferhaltung/Moorentwicklung – im jeweiligen Einzelfall nach Inkrafttreten des LROP zu einem Zielkonflikt führen könnte. Sollte dies der Fall sein, sind die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung des LROP-Entwurfs in die Abwägung über die Vorranggebiete für Windenergienutzung einzustellen
60		60.06		SO 36	In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass sich das Vorranggebiet Windenergienutzung gemäß RROP-Entwurf 2014 bei Uthlede (Detailkarte 36) mit den im LROP-Änderungsentwurf enthaltenen Vorranggebieten Torferhaltung und Moorentwicklung (zumindest teilweise) überlagern. Hier wäre zu prüfen, inwieweit eine Überlagerung der beiden Vorrangdarstellungen – Windenergienutzung und Torferhaltung/Moorentwicklung – im jeweiligen Einzelfall nach Inkrafttreten des LROP zu einem Zielkonflikt führen könnte. Sollte dies der Fall sein, sind die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete Torferhaltung und Moorentwicklung des LROP-Entwurfs in die Abwägung über die Vorranggebiete für Windenergienutzung einzustellen

60		60.07		Z	Gleiches gilt für die in Aufstellung befindlichen Vorranggebiete Biotopverbund des LROP-Änderungsentwurfs: Auch hier ist bei – vorliegend des Öfteren auftretenden – Überlagerungen zu prüfen, inwieweit ein späterer Zielkonflikt zwischen den Festlegungen bestehen könnte. In diesem Fall sind die geplanten Vorranggebiete Biotopverbund des LROP-Entwurfs ebenfalls bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergienutzung zu berücksichtigen.
60	a	60a.01		Z	RRÖP 2014 LK Cuxhaven WEA Potenzialflächen und der BOS-Richtfunkstrecken im angezeigten Bereich: Solange ein Mindestabstand von 30m zum max. Rand der Rotorblätter eingehalten wird, bestehen unsererseits in der Regel keine Bedenken.
60	b	60b.01		A	Insgesamt wäre es wünschenswert, fänden sich die Belange von Kulturdenkmälern stärker wieder
60	b	60b.02		A	Grundsätzlich erscheint es aus hiesiger Sicht sinnvoll, im Rahmen der Bauleitplanungen eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchführen zu lassen, damit die in der Fortschreibung nicht erkennbare Berücksichtigung des Belangs von Bau- und Bodendenkmalen angemessen erfolgt.
60	b	60b.03		SO 31	Dies gilt insbesondere für den Standort Osten-Isensee (Detailkarte 31). Dabei sind die besonderen Anforderungen des Umgebungsschutzes (Pufferzone) im Umfeld der Schwebefähre Osten zu Grunde zu legen. Diese wird als potentielle Welterbestätte betrachtet, da sie im Rahmen eines von Argentinien zu stellenden transnationalen, seriellen Erweiterungsantrags Berücksichtigung finden soll. Es liegen hier keine gegenteiligen Informationen vor. Deshalb sollte auf Grundlage der UNESCO-Richtlinie sowie der dazugehörigen operational Guideline und weiterer Veröffentlichungen des Welterbekomitees sowie vor den bekannten Informationen zu den bisherigen Auseinandersetzungen im Kontext der Pufferzonen deutscher Welterbestätten, wie z.B. der Kölner Dom und Dresden, geprüft werden, wie dieser zukünftige Belang angemessen in die Planung einfließt.
60	b	60b.04		A	Allgemein sollte ein Hinweis auf die Belange des Denkmalschutzes erfolgen, da dieser für die Bauleitplanung von Bedeutung ist, auch um eine frühzeitige, gesetzeskonforme Einbeziehung der Bodendenkmalpflege zu gewährleisten.
66		66	Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg		
66		66.01		A	Ich weise darauf hin, dass das Niedersächsische Kultusministerium (MK), das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (MS) keine Anregungen und Hinweise zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie Ihres RRÖP gegeben haben.

66		66.02		Z	Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) hat folgende Hinweise und Anregungen gegeben: siehe Ausführungen unter 60a
66		66.03		A	Wehrtechnische Belange habe ich nicht berücksichtigt. Ich bitte, sich hierzu an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, zu wenden.
66		66.04		A	Vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) werden folgende Hinweise und Anregungen gegeben: siehe Ausführungen unter 60b
66		66.05		A	Vom Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz werden folgende Hinweise und Anregungen gegeben: siehe Ausführungen unter 60
66		66.06		B 07	Genehmigungsrelevante Hinweise: Ziffer 07 ist in der bisher gewählten Formulierung lediglich als Hinweis auf eine bestehende Genehmigungslage zu verstehen, weil er weder ein Gebot/Verbot (Ziel) noch einen zu berücksichtigenden Umstand (Grundsatz) enthält. Der Fettdruck als Ziel ist daher zu entfernen. Soll der Inhalt von Ziffer 07 als Ziel der Raumordnung beibehalten werden, müsste ein Sicherungs- oder Entwicklungsauftrag ergänzt werden. Da bei jeder Rechtsetzung das Gebot einheitlicher Formulierungen zu beachten ist, könnte, in Anlehnung an die Formulierung in Ziffer 08, klarstellend z.B. so formuliert werden: „Es ist sicherzustellen, dass der Abbau von Schwermineralagerstätten durch den hinsichtlich seiner Nutzungsdauer beschränkten Windpark Midlum auf lange Sicht nicht erschwert oder verhindert wird.“
66		66.07		E 01	In der Begründung ist für jede Potenzialfläche darzulegen, welche Belange für oder gegen eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung sprechen und wie die Abwägung hierzu ausfällt. Dabei sind sowohl die im Umweltbericht dokumentierten Belange als auch weitere im Einzelfall relevanten Belange in die Abwägung einzustellen und in der Begründung zu benennen. Die Begründung ist entsprechend zu ergänzen.
66		66.08		E 01	In Arbeitsschritt 3 der Flächenauswahl werden aufgrund des für erforderlich erachteten Mindestabstands zwischen Windparks benachbarte Potenzialflächen verglichen und fallsweise entschieden, welche Fläche als Vorranggebiet übernommen wird. Der Fläche 62 wird dabei ggü. der Fläche 30 der Vorzug gegeben, weil „schwerwiegendere naturschutzfachliche und avifaunistische Probleme zu erwarten“ sind (S. 17). Eine Benennung und vergleichende Konkretisierung der genannten Probleme erscheint hier als Grundlage der Abwägung erforderlich.

66		66.09		E 01	Zu Ziffer 1 wird in der Begründung ferner ausgeführt, dass „Windenergieanlagen inklusive ihrer Fundamente und den von den Rotoren überstrichenen Flächen vollständig innerhalb der festgelegten Vorranggebiete [...] liegen“ müssen (S. 20). Hierbei handelt es sich um eine Konkretisierung der Ausschlusswirkung, die für die Anwendung dieses Raumordnungsziel wesentlich ist. Der entsprechende Satz ist daher in der Begründung zu streichen und stattdessen in die beschreibende Darstellung zu übernehmen.
66		66.10		E 01	Zum Standort Geversorf/Oberndorf wird in der Begründung ausgeführt, dass diesem aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft zu einem Windpark im Landkreis Stade der Vorzug gegenüber alternativen Potenzialflächen in dessen Umfeld gegeben wird (vgl. S. 17 der Begründung). Im Umweltbericht wie in der Begründung ist zu diesem Standort auf die kumulierten Auswirkungen und Abwägungsbelange beider benachbarter Windparks einzugehen.
66		66.11		E 05	In der Begründung zu o.g. Ziffer ist dahingehend zu ergänzen, dass das Erfordernis einer raumordnerische Beurteilung auf Zulassungsebene sich aus der Maßstäblichkeit des RROP ergibt. Es muss zudem deutlich werden, dass der Landkreis bereits bei der RROP-Erstellung den Aspekt der Höhenbegrenzung mit betrachtet hat.
66		66.12		E 10	Im RROP-Entwurf werden Vorranggebiete Windenergienutzung mit Ausschlusswirkung festgelegt. Der Landkreis möchte darüber hinaus bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordene Sonderbauflächen und Sondergebiete Windenergienutzung, die außerhalb der neu abgegrenzten Vorranggebiets-Kulisse liegen, für eine weitergehende Nutzung sichern. Hierfür eine Zielausnahmeregelung nach ROG, § 6, Abs. 1 zu treffen, ist grundsätzlich zulässig.
66		66.13		E 10	Sie bedarf jedoch einer entsprechenden Begründung. Es ist für jede Fläche darzulegen, warum dieser, abweichend vom Windkonzept, über eine Zielausnahmeregelung eine weitere Entwicklungsperspektive eröffnet werden soll. Eine ordnungsgemäße Abwägung erfordert dabei flächenbezogen eine Auseinandersetzung mit allen widerstreitenden Belangen.
66		66.14		E 10	Die auf anderen Flächen gegen eine raumbedeutsame Windenergienutzung sprechenden Belange - u.a. die „weichen Tabuzonen“ – haben auch auf bauleitplanerisch gesicherten Bestandsflächen eine hohe Relevanz. Die Begründung muss daher deutlich machen, aus welchen – noch höher einzustufenden – Belangen und Erwägungen heraus hier dennoch, anders als im übrigen Planungsraum, eine Zurückstellung erfolgt. Die Abwägung/Begründung muss insofern die höherrangigen Belange (z.B. den Schutz der Investoren) konkret benennen.

66		66.15		E 10	Da zudem sämtliche bestehenden, bauleitplanerisch gesicherten Windparks der Ausnahmeregelung unterfallen sollen, muss die Abwägung verdeutlichen, warum die Investoreninteressen auf allen Flächen gleichermaßen als höherwertig anzusehen sind, obwohl sich die konkreten Belangkonstellationen von Fläche zu Fläche unterschiedlich darstellen dürften. So ist etwa davon auszugehen, dass der Belang, das Investoreninteresse zu schützen, um so geringer ausfallen dürfte, je älter und „abgeschriebener“ ein Windpark ist.
66		66.16		E 10	Eine zu pauschale, undifferenzierte Abwägung, bei der ungleiche Sachverhalte (mit unterschiedlich stark berührten Belangen) gleich behandelt werden, wäre als Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz abwägungsfehlerhaft
66		66.17		E 10	Entsprechend der Zielausnahme-Regelung in der beschreibenden Darstellung ist die Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen auf bauleitplanerisch gesicherte Bereiche begrenzt. Die Wörter „genehmigten oder“ in Satz 3 sind daher zu streichen (S. 22).
66		66.18		E 10	Für Ziffer 10, Satz 4 fehlt eine gesonderte Begründung; diese ist zu ergänzen, ggf. unter Bezugnahme auf die Begründung zu Ziffer 1 und die dort dokumentierten Mindestabstände.
66		66.19		U	Der Umweltbericht gelangt in den Bewertungen der Umweltauswirkungen zu dem Ergebnis, dass bei 16 der 22 geplanten Vorranggebiete Windenergienutzung voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind, - weil innerhalb des Plangebietes windenergieempfindliche Vogelarten vorkommen (8 Gebiete) - dabei gibt es Gebiete mit und ohne Vorbelastung durch vorhandene WEA - oder - weil innerhalb des Mindestabstandes (je nach Vogelart verschieden) windenergieempfindliche Vogelarten vorkommen (8 Gebiete). Dabei gibt es auch hier Gebiete mit und ohne Vorbelastung durch vorhandene WEA.
66		66.20		U	In den vorgenannten Fällen werden daher für die entsprechenden Vogelarten weitere Einzelfallprüfungen in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren eingefordert. Dem Umweltbericht fehlt es hier an differenzierten und einzelfallbezogenen Aussagen zur Vermeidung, Minimierung und zum Aus-gleich negativer Umweltauswirkungen als auch an einer Darstellung möglicher Planungsalternativen und Überwachungsmaßnahmen. Die ist gerade in den Fällen erforderlich, bei denen im Ergebnis der Bewertung von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen wird

66		66.21		U	Die jeweils unter Punkt 3.3 der Bewertung der Umweltauswirkungen formulierten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen verweisen durchgängig auf die Prüfungen in den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren. Auch die weiteren Ausführungen in Kapitel 2 und 3 des Umweltberichts zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich von Umweltauswirkungen und die in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten für Windenergiebereiche sind nicht geeignet, die fehlende Einzelfallbetrachtung zu diesen Punkten zu ersetzen, da sie sich nur pauschaliert mit diesen Themenbereichen auseinandersetzen.
66		66.22		U	Die Prüfung der Umweltauswirkungen im Umweltbericht muss im Ergebnis für jedes Vorranggebiet eine zusammenfassende Aussage zur Eignung für die Windenergienutzung treffen. Der Landkreis muss aufgrund der sich aus § 35 BauGB ergebenden hohen Anforderungen an die Ausschlusswirkung und aus Gründen der Rechtssicherheit bereits im Aufstellungsverfahren die Eignung eines Vorranggebietes hinreichend geprüft haben, so dass sicher gestellt ist, dass die ergänzenden Untersuchungen ein Vorranggebiet Windenergienutzung nicht in Frage stellen.
66		66.23		U	Vorranggebiete Windenergienutzung sind als raumordnerische Zielfestlegungen landesplanerische Letztentscheidungen, die einer weiteren Abwägung nicht mehr zugänglich sind. Bei der Übernahme der Vorranggebiete in die Flächennutzungspläne ist lediglich eine räumliche Konkretisierung der Gebietsabgrenzung anhand der örtlichen Gegebenheiten möglich.
66		66.24		B 05	Sonstige Hinweise und Anregungen: zu Ziffer 06: Bei dieser Zielfestlegung handelt es sich inhaltlich um eine Wiederholung der in Ziffer 01 normierten Ausschlusswirkung. Sie erscheint insofern entbehrlich.
66		66.25		B 09	zu Ziffer 09: Satz 1 ist als Hinweis formuliert, Satz 2 als Grundsatz der Raumordnung. Für Satz 2 sollte daher eine vergleichbare Formulierung gewählt werden wie für Satz 1.
66		66.26		E 01	zu Ziffer 01: Im 2. Abs. der S. 11 wird von Ausnahmen für die Nutzung von Vorranggebieten Rohstoffgewinnung gesprochen, benannt wird jedoch nur eine konkrete Ausnahme (Midlum). Der Begründungstext ist entsprechend anzupassen
66		66.27		E 01	In der Begründung zu Ziffer 1 wird weiter ausgeführt, dass „der Windpark Midlum als bauleitplanerisch gesicherte Bereiche festgelegt“ wird. Auf Ebene der Regionalplanung erfolgt jedoch lediglich eine Festlegung von Vorrang- und Eignungsgebieten, daher ist die Formulierung redaktionell zu überarbeiten (S. 18).
66		66.28		E 01	Im 1. Abs. Mitte, S. 16 des Textes muss es lauten: „... von 5 Kilometer eingehalten; ...“. Im weiteren wird ein Puffer von 750 m rechts und links der Oste festgelegt. Eine Begründung des Abstands fehlt und ist zu ergänzen (s. Hinweis zur Begründung S. 10).

66		66.29		E 01	Im 1. Abs. auf S. 16 wird festgelegt, dass im Landkreis der Mindestabstand zwischen den Windparks grundsätzlich 4 km betragen soll. In Abs. 2 wird abweichend hiervon festgelegt, dass der Mindestabstand von Windparkstandorten zu Standorten in Nachbarlandkreisen nur 2 km betragen soll. Die Begründung für das Abweichen von der Konzeption zur Ermittlung der VG ist nicht ausreichend dargelegt. Die betroffenen VG sind zu benennen und es ist zu erläutern, warum hier die Aufgabe des gesetzten 4 km Abstands zwischen den Windparks aus raumordnerischer Sicht für vertretbar gehalten wird.
66		66.30		E 01	Im Weiteren wird für Gebiete mit einem Waldanteil über zehn Prozent der Mindestabstand mit der Begründung, dass in diesen Fällen die Sicht weniger frei ist und Anlagen dadurch als weniger störend empfunden werden, auf drei Kilometer reduziert. Dies ist eine sehr pauschale Annahme, die vom Standort des Betrachters abhängig ist und ggf. durch eine zusätzliche Sichtfeldanalyse zu untermauern wäre.
66		66.31		E 02	zu Ziffer 02, Satz 2: Es fehlen Aussagen zu konkreten Planungsraum, z.B. Ausführungen zur Raumstruktur oder zum Geländere Relief des Landkreises Cuxhaven. Erst solche Aussagen können zum Ausdruck bringen, weshalb hier eine Höhe von 75 m die Schwelle der Raumbedeutsamkeit begründet.
66		66.32		E 03	zu Ziffer 03: Die Absicht, hier eine Regelung zu formulieren, die die Anbindung der Windenergieanlagen an den nächsten Einspeisepunkt regelt, geht aus dem Text der beschreibenden Darstellung und der Begründung nicht eindeutig hervor. Eine entsprechende Präzisierung sollte zumindest in der Begründung erfolgen und dabei zugleich klargestellt werden, dass es sich bei den betreffenden Anschluss-leitungen für Windparks nicht um Hoch- oder Höchstspannungsleitungen handelt, da für diese bereits fachrechtlich abschließend geregelt ist, inwieweit eine (Teil-)Erdverkabelung zulässig ist.
66		66.33		E 04	Nach BauGB ist der Standort einer Windenergieanlage nach Ablauf der Baugenehmigung in seinen ursprünglichen Zustand zurückzuführen; nach § 1 Bundes-Bodenschutzgesetz sind die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Der Rückbau der Anlagen wird in der Baugenehmigung geregelt. Die vorgesehene Festlegung geht über die Regelung des BauGB hinaus. Eine weitergehende Festlegung auf Ebene der Raumordnung wird für grundsätzlich vertretbar gehalten. Zu beachten ist dabei, dass raumordnerische Ziele und Grundsätze aus kompetenzrechtlichen Gründen nur den Umgang mit der Ressource „Raum“ betreffen dürfen. Regelungen zur Bodennutzung/Bodenrecht sind Angelegenheit des Baurechts. Die Begründung zu Ziffer 4 muss deutlicher machen, dass um den Schutz der Ressource „Raum“ mit seiner Komponente Boden geht und nicht um bodenrechtliche Regelungen im Sinne des Baurechts. Die Begründung ist entsprechend zu ergänzen.

66		66.34		E 04	Wegen des Zielcharakters der Regelung sind unbestimmte Begrifflichkeiten („bis zu einer gewissen Tiefe“, „In gewissem Umfang“) zu vermeiden.
66		66.35		E 04	Außerdem muss es unter Bezugnahme auf das BauGB im 2. Satz heißen: „Außenbereichsvorhaben sollen gemäß § 35 ...“
66		66.36		E 05	zu Ziffer 05: Die Reihenfolge der Begründungen zu den Festlegungen der Ziffer 05 entspricht nicht der Reihenfolge der Festlegungen in der beschreibenden Darstellung. Sie sollte sich der besseren Lesbarkeit halber an der Abfolge im Satzungstext ausrichten (S. 20/21).
66		66.37		E 10	zu Ziffer 10: Auf S. 23 sind die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche, für die im RROP eine Zielausnahmeregelung gelten soll, tabellarisch aufgelistet. Wünschenswert wäre eine Ergänzung um zwei Informationen je Standort: 1) Benennung der jeweiligen FNP-Änderung bzw. des relevanten Bebauungsplans; 2) Benennung des jeweiligen Genehmigungszeitpunkts der FNP-Änderung bzw. des Bebauungsplans.
66		66.38		A	Sonstige Hinweise: Mit OVG-Urteil vom 14. Mai 2014 wurde das RROP des Landkreises Cuxhaven in der Fassung vom 28.6.2012 für unwirksam erklärt, soweit mit den Festlegungen zur Windenergie die Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3, Satz 3 BauGB herbeigeführt werden sollen (Az. 12 KN 244/12). Ich gehe davon aus, dass Sie den jetzt vorliegenden RROP-Entwurf auf die seitens des OVG festgestellten Mängel überprüfen und diese im Rahmen der in Folge des Beteiligungsverfahrens anstehenden Überarbeitung des RROP-Entwurfs ggf. beseitigen.
66		66.39		A	Ich weise darauf hin, dass nach Abschluss des laufenden Änderungsverfahrens für den sachlichen Teilabschnitt Windenergie eine unverzügliche Anpassung Ihres RROP an das LROP, zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. September 2012 (Nds. GVBl. S. 350), zu erfolgen hat. Ich verweise diesbezüglich auf den Beschluss Ihres Kreisausschusses vom 27.11.2013 zu Sitzungsvorlage 254/2013, Satz 4 des Beschlussvorschlags. Darüber hinaus hat eine unverzügliche Anpassung Ihres RROP an die im derzeitigen LROP-Änderungsverfahren neu normierten Ziele und Grundsätze der Raumordnung zu erfolgen, sobald die laufende LROP-Änderung Rechtskraft erlangt hat.
66		66.40		A	Eine umfassende Prüfung des RROP muss dem späteren Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben, da erst dann anhand der entsprechenden Unterlagen eine abschließende Beurteilung möglich ist.
70	a	70a	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Kreisgruppe Cuxhaven		
70		70	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland		

70		70.01		A	Vorausschicken müssen wir, dass wir das Verfahren mit dem heutigen Stand für mit sehr schweren Verfahrensmängeln behaftet sehen, die sich nachträglich nicht heilen lassen. Alle Anregungen, welche aufgrund der Bekanntmachung 12.12.2013 beim Landkreis eingegangen sind, hätten in den Entwurf eingearbeitet werden müssen. Dies betrifft insbesondere eine verbindliche Festlegung der Abstandsregelungen nach harten und weichen Tabuzonen, ohne die keinerlei Aussage zu Flächenzuschnitten möglich ist.
70		70.02		A	Weiterhin ist nicht vorhanden eine Aufstellung, die angibt, welchen Status die im LK Cuxhaven bestehenden Windparks haben, nach a) Windparks ohne Genehmigungsgrundlage, b) Windparks auf der Grundlage von Flächennutzungsplänen oder Bebauungsplänen c) Windparks nach RROP 2012 d) Windparks in Genehmigungsverfahren mit den jeweils zugehörigen Grössenangaben der Flächen.
70		70.03		A	Ferner haben wir den Eindruck, dass im Landkreis Windparks / Windkraftanlagen vorhanden sind, die in keinen Plänen verzeichnet sind.
70		70.04		A	vor der Diskussion eines Entwurfs sind daher verbindliche Regelungen zu treffen, wie mit nicht genehmigten oder nicht mehr genehmigungsfähigen Windparks umgegangen wird.
70		70.05		U	Die Aufstellung von Bosch + Partner im Umweltbericht Teil C ist unvollständig, mit schweren Fehlern behaftet und missverständlich. So findet z.B. das UNESCO-Weltnaturerbe Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer keinerlei Erwähnung.
70		70.06		U	Aussagen über Fledermausvorkommen und Fledermausschutz fehlen ebenso.
70		70.07		U	Für eine Beurteilung ist der Teil C nicht geeignet und muss neu erstellt werden.
70		70.08		A	Wir fordern deshalb, das laufende Verfahren abubrechen, den Entwurf mit den Anregungen per 12.12.2013 zu überarbeiten und danach erneut auszulegen.
70		70.09		A	Für alle laufenden Verfahren und bestehende Anlagen ist bis zur Verabschiedung des überarbeiteten RROP ein Moratorium auszusprechen. Ein Bestandsschutz für alle Änderungen ab 12.12.2013 kann nicht gewährt werden.
70		70.10		A	Trotz vorstehender Forderung erhalten sie nachstehend unsere Einwendung zur Änderung des Teilabschnittes Windkraft des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven nach Bekanntgabe der Änderungsabsicht am 12.12.2013. Wir übernehmen vollinhaltlich alle in diesem Verfahren von anderen Beteiligten vorgebrachten Einwendungen, sofern sie sich auf den Schutz von Natur und Umwelt beziehen.

70		70.11		A	Der gegenwärtige Zustand ist gekennzeichnet von - nach wie vor großer rechtlicher Unsicherheit - einem chaotischen Gesamtbild ohne erkennbare strategische Ausrichtung - weiterhin den Versuchen, eigentlich nicht legale Zustände im Nachhinein zu legalisieren.
70		70.12		A	An einer derartigen Vorgehensweise wird sich der BUND nicht beteiligen. Wir signalisieren jedoch bereits jetzt unsere Gesprächsbereitschaft für den Fall, dass eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft und Gesprächskultur für und über das gesamte RROP besteht oder geschaffen wird.
70		70.13		A	Ausführungen zu dem Thema: Der Windkraft „substantiell“ Raum geben. Die heute installierte Gesamtleistung erneuerbarer Energien von fast 650 MW legt den Schluss nahe, dass der Windkraft im LK Cux bereits seit sehr langer Zeit der substantielle Raum gewährt worden ist. Auch wenn man andere Kriterien (s.o.) als Grundlage des substantiellen Raumes anlegt, erfüllt oder übererfüllt der LK Cux diese. Auch die Forderung des kommenden Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen, die wahrscheinlich 1,43% Windfläche verlangen wird, übererfüllt der Landkreis bereits (1,87% lt. Erläuterungsbericht). Das Augenmerk im LK Cux muss daher nicht auf dem weiteren Zubau an Kapazitäten sondern auf rechtlich einwandfreien Möglichkeiten des „Repowerings“, des Ersatzes von alten, wenig leistungsfähigen Anlagen durch neue, leistungsfähigere (und damit auch höhere) Anlagen, bestehen.
70		70.14		A	Altanlagen wurden in der Vergangenheit oft (weil sie nun einmal bereits da waren) ohne Überprüfung von Kriterien und ohne Abwägungsprozesse in das RROP eingestellt. Damit genießen sie heute Bestandsschutz — allerdings nur in der vorhandenen Konstellation. Größere, höhere Anlagen sind durch den Bestandsschutz nicht gedeckt. Es zeichnen sich aber juristische Winkelzüge ab, die ein Repowering im Einzelfall ermöglichen könnten. Hier sind in jedem Fall lange Rechtsstreitigkeiten bereits vorgezeichnet. Ein Ausweg wäre der Abschluss städtebaulicher Verträge von Gemeinden untereinander oder des LK Cuxhaven mit allen Gemeinden bei denen Repoweringflächen zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn Altflächen nicht mehr genehmigungsfähig sind. Der BUND unterstützt Repowering auf rechtlich einwandfreier Basis.
70		70.15		E 01	

70		70.16		E 01	<p>Über einzuhaltende Abstände gibt es eine lange und kontroverse Diskussion. Hier ist es in keiner Weise zielführend, willkürlich eigene Abstände festschreiben zu wollen. Nach einem langen Aufstellungsprozess hat der Niedersächsische Landkreistag verschiedene Arbeitshilfen herausgegeben (NLT Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie, Stand Oktober 2011 ((Die Arbeitshilfe befindet sich z.Zt. in der Überarbeitung. Für weitere Planungen sollte der Entwurf Stand 21.1.2014 herangezogen werden))),</p> <p>NLT Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie Stand November 2013 und NLT Regionalplanung und Windenergie, Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen Stand Februar 2014). Diese Arbeitshilfen besitzen keine Rechtsverbindlichkeit Sie stellen aber einen allgemein akzeptierten und abgestimmten Handlungsrahmen zur Verfügung, der strikt befolgt werden sollte. Dies muss auch über die Landkreisgrenzen hinweg umgesetzt werden.</p>
70		70.17		E 01	<p>Kriterien sollen einen Rahmen vorgeben, welcher die spätere Abwägung der Interessen ermöglicht. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Kriterien nicht nur aus „Windkraft“ und "Keine Windkraft“ bestehen, sondern gleichberechtigt auch Belange zu betrachten sind wie „Tourismusentwicklung“ oder „Schaffung von FFH- und Biotopverbundsystemen“, „Landschaftsbild“ und viele weitere.</p>
70		70.18		E 01	<p>Da es laufend Auseinandersetzungen über Abstände gibt, schlagen wir vor, einen verbindlichen Definitionskatalog anzuwenden, der auf dem Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS) basiert. Für die Definition der Abstände muss der Objektartenkatalog (ATKIS-OK) in der jeweils neuesten gültigen Fassung herangezogen werden</p>
70		70.19		E 01	<p>Ein weiteres Kriterium, das generell infrage gestellt werden muss, ist, dass den Windkraftanlagen generell eine Emissionsfreiheit unterstellt wird. Dies ist nicht der Fall. Abgesehen von Schattenwurf und Betriebsgeräusch wird für Bau und Betrieb in aller Regel ein umfangreiches Wegenetz errichtet. Das Baumaterial umfasst oft mehrere zehntausend Tonnen. Spezielle Bodenmischanlagen sorgen heute oft dafür, dass unbelastetes Material soweit mit schadstoffhaltigem Material gemischt wird, bis Grenzwerte knapp unterschritten werden. Für Windparks ist diese Vorgehensweise strikt zu unterbinden. Betriebs- und Schmierstoffe stellen ein weiteres erhebliches Umweltproblem dar. Ein Windrad der aktuellen Generation enthält mehrere Tonnen Öle und Schmierstoffe. Bei den regelmäßigen Wartungen müssen meist erhebliche Mengen nachgefüllt werden. Der „Schwund“ hat sich in der Zwischenzeit als giftiger Niederschlag auf die Umgebung des Windrads gelegt. Bei einem mittleren Windpark können dies einige Tonnen Ölnebel im Jahr sein.</p>

70		70.20		A	Im August 2014 wurden zudem Untersuchungen der Bundeswehr veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass beim Brand von carbonfaserverstärkten Kunststoffteilen (CFK) Lungenkrebs erregende Fasern freigesetzt werden. Windräder bestehen u.a. gegebenenfalls auch aus CFK-Teilen. In der Genehmigungsphase von Windparks sind deshalb verpflichtend Katastrophenschutzpläne zu erstellen und der Nachweis ist zu erbringen, dass die lokalen Feuerwehren in der Lage sind, Brände an Windkraftanlagen zu beherrschen. Für die Beseitigung von Brandschäden sind von den Windparkbetreibern Sicherheitsleistungen / Bürgschaften vor Genehmigungserteilung zu hinterlegen.
70		70.21		A	Der Vollständigkeit des Abwägungsmaterials kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Diese sieht der BUND bislang nicht als gegeben an. So stammt der letzte Landschaftsrahmenplan (LRP) des LK Cux aus dem Jahre 2000. Der LRP sollte jedoch spätestens alle 10 Jahre oder bei wesentlichen Änderungen überarbeitet werden. Der LK Cux hat dies bewusst unterlassen.
70		70.22		A	Der LRP enthält eine Fülle von Kartierungen und Darstellungen, welche für die Abwägung von Eignungsflächen für Windparks unerlässlich sind, wie z.B. Brut- und Rastgebiete von Vögeln, Vorkommen von Vögeln und Fledermäusen. Der Versuch, diese Darstellung auf nachgelagerte Planungsebenen zu verlagern ist nach unserer Auffassung nicht statthaft und führt zu erheblicher Mehrarbeit und damit zu Mehrkosten bei Antragstellern, Genehmigungsbehörde und auch bei den Trägern öffentlicher Belange.
70		70.23		A	Es wurden offensichtlich Teilkarten aus dem Aufstellungsprozess des noch nicht veröffentlichten LRP des LK Cux bereits von kreisangehörigen Gemeinden verwendet. Diese Teilkarten sind im ausgelegten Entwurf des RROP nicht enthalten und wurden der Allgemeinheit auch nicht zugänglich gemacht, sodaß sie nicht für Einwendungen herangezogen werden können. Wir sehen dies als schweren Fehler des Entwurfs 2014 an.
70		70.24		A	Exkurs: Geld für die Gemeinden
70		70.25		A	Bei dem LK Cuxhaven handelt es sich deutschlandweit um einen der grössten unzerschnittenen, verkehrsarmen Landschaftsräume. Wir möchten die Forderung vorbringen, bei allen Planungen im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogrammes für den Landkreis Cuxhaven die Gegebenheiten und Anforderungen an unzerschnittene, verkehrsarme Landschaftsräume zu beachten und zu diskutieren.

70		70.26		E 01	Einer genaueren und an die speziellen Verhältnisse im Küstengebiet (Zug- und Rastvögel, Nahrungs- und Rasthabitate) angepassten Betrachtung bedarf es bei den Abständen und/oder der Freihaltung zu FFH- und weiteren Naturschutzgebieten, dem Schutz von Zug- und Flugkorridoren bei Vogelzug und Nahrungssuche. Ebenfalls überarbeitet werden müssen die Abstände von Windkraftanlagen zu einzelnen Wohngebäuden, zu Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstrassen sowie Bundesautobahnen und zu Eisenbahnstrecken. Die Abstände müssen wegen des zu erwartenden Herabfallens beweglicher Teile (Blitzschlag, Sturm, Ermüdung, Brand etc.) mindestens das Doppelte der Anlagenhöhe betragen.
70		70.27		B 03	Leitungsverlegungen innerhalb von Windparks und von Windparks zu den Anschlusspunkten an das Hochspannungsübertragungsnetz sind generell als Erdkabel (vorzugsweise mit umweltschonender und mit nur minimalen Bodeneingriffen verbundener HDD = Horizontal Directional Drilling Methode) vorzuschreiben.
70		70.28		A	Ausgleichsmassnahmen müssen massnahmenah in Form einer Aufwertung des Landschaftsbildes, der Verbesserung von Waldrändern, Feldgehölzen, Hecken und Fliessgewässern erfolgen. Die Erdverlegung von Hochspannungsleitungen könnte auch ortsfern als Ausgleichsmassnahme akzeptiert werden. Ebenso wäre möglicherweise als Kompensation anzuerkennen, wenn Massnahmen der Senkung des Havarierisikos und des vorbeugenden Brandschutzes zur Absenkung der Brandlasten, wie Trennung der Schalteinrichtungen und des Transformators von der Gondel oder effektive Vorrichtungen zum Ablassen der Schmier- und Hilfsstoffe im Brandfall, eingesetzt werden.
70		70.29		A	Die Vorkommen sowie das Zug-, Flug- und Nahrungssuchverhalten der unterschiedlichen Fledermausarten ist mittlerweile so gut untersucht, dass es zu Ausschlussgebieten bei nachgewiesenen bedeutenden Vorkommen führen muss. Im Einzelfall sind anlagenbezogen Beschränkungen nach dem Einsatz von Horchkisten und nach Zählungen vorzunehmen. Die Inaussichtstellung eines späteren Monitorings beim Betrieb der Anlagen wird von unserer Seite nicht akzeptiert.
70	a	70a.01		A	Der BUND steht positiv zum Ausbau der Windenergie als bedeutende Quelle regenerativer Energien.
70	a	70a.02		A	Der Ausbau sollte schrittweise erfolgen und durch ein Monitoring die Auswirkungen der Installation von Windkraftanlagen verfolgt werden.
70	a	70a.03		A	Ebenso wie der Ausbau der regenerativen Energie „Windkraft“ ist die Einsparung beim Energieverbrauch ein wichtiger Teil künftiger Energiepolitik. Hier ist die Landesregierung aufgefordert, Voraussetzungen für eine energiesparende Lebensweise zu schaffen.

70	a	70a.04		A	Der Ausbau der Windenergie bedeutet allerdings, dass die Verträglichkeit mit Natur und Umwelt berücksichtigt werden muss und hier hat der Artenschutz einen besonderen Stellenwert.
70	a	70a.05		A	Brut-, Nahrungs- und Rastgebiete sensibler Vogelarten und Fledermäuse müssen einerseits bei der Ausweisung der Standorte berücksichtigt werden, wobei es auch zu Ausschlussflächen kommt, andererseits bietet die Kompensation eine Chance der Aufwertung von Flächen außerhalb der Windkraftstandorte. Hier sollten über Extensivierung, Gestaltung von Landschaftsteilen und Aufforstungen hinaus Maßnahmen zur Verbesserung von Gewässern einbezogen werden. Das Öffnen und Wiederherstellen von offenen Grabensystemen, im Gezeitenbereich das Zulassen der Tide in eingedeichten Flächen und Ausdeichungen, sowie strukturelle Maßnahmen an bestehenden Gewässern sind adäquate Kompensationen, die sowohl den Artenschutz betreffen als auch die Qualität der Teichlebensräume.
70	a	70a.06		A	In Moorbereichen, landwirtschaftlich genutzte, abgetorfte Flächen, können über den Eingriff „Windenergie“ auch Maßnahmen zur Moor-Restitution als Kompensation sinnvoll sein. Hierbei wird die CO ² -Einsparung durch den Windkraftkonverter ergänzt durch CO ² -Bindung der Torfmoose.
70	a	70a.07		A	Die Herausgabe des Erlasses zum Ausbau der Windenergie in Niedersachsen wird mit Sicherheit Auswirkungen auf den Entwurf des RROP's haben. Deshalb behält sich der BUND Vor, weitere Stellungnahmen einzubringen.
77	a	77a	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V.		
77	c	77c	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V. Gruppe Land Hadeln		
77	d	77d	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V, Beverstedt		
77	e	77e	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V, Kreisverband Cuxhaven - Bremerhaven		
77		77	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V., Bremervörde-Zeven		
77	a	77a.01		U SO 16	Die vom Landkreis Cuxhaven mit dem Umweltbericht beauftragte Firma Bosch & Partner GmbH hat als Grundlage für ihre Ergebnisse u. a. die Schriftstücke des Niedersächsischen Landkreistages (NLT): "Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie (Stand 15.01.2013)" sowie "Naturschutz und Windenergie (Entwurf, Stand 21.01.2014)" verwendet. Da die Methodik für den Umweltbericht mit dem Landkreis Cuxhaven abgestimmt wurde, sollte der Landkreis Cuxhaven als Genehmigungsbehörde zur Errichtung des Windpark Köhlen-Brockoh sämtliche Abstandsvorgaben des NLT im Genehmigungsverfahren verbindlich übernehmen. Wir verweisen dabei insbesondere auf die Abstandregelungen für Brutvogellebensräume.

77	a	77a.02		U SO 16	In Abweichung vom bisherigen avifaunistischen Gutachten zur Planung des Windparks Köhlen Brockoh geht der NLT bei der, auch im Umweltbericht dokumentierten, Waldohreule von einer kollisionsgefährdeten Art aus. Es sind Mindest- und Prüfabstände zu beachten.
77	a	77a.03		U SO 16	Im Umweltbericht wird angegeben, dass es durch den Windpark zu einer Flächeninanspruchnahme eines Vogelbrutgebiets mit nationaler Bedeutung (B241.9-007) kommt. In den bisherigen Unterlagen zum Genehmigungsverfahren ist lediglich von Vogelbrutgebieten mit maximal landesweiter Bedeutung ausgegangen worden. Dies führt zu einer Neubewertung des gesamten Vorhabens inklusive der Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen.
77	a	77a.04		U SO 16	Grundlage für das Genehmigungsverfahren zum Genehmigungsverfahren Windpark Köhlen Brockoh war das RROP 2012 des Landkreises Cuxhaven. Im Teilabschnitt Windenergie wurden auch in diesem RROP bereits Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung als Ausschlussgebiet mit 200 m Puffer angegeben. Demnach dürften im Vogelbrutgebiet 8 2419-007 keine Windenergieanlagen genehmigt werden. Dass die Bedeutung des Vogelbrutgebietes in den bisherigen Planungsschritten nicht berücksichtigt wurde, ist auf fehlerhafte avifaunistische Gutachten der Antragsteller zurückzuführen.
77	a	77a.05		U SO 16	Auch der Umweltbericht der Firma Bosch & Partner GmbH geht von einer zu geringen Anzahl windenergieempfindlicher Vogelarten aus. Dem Landkreis Cuxhaven liegen bereits Unterlagen vor, in denen eine höhere Anzahl von Brutpaaren des Großen Brachvogels und des Kiebitzes dokumentiert wurde. Dies wurde durch Beobachtungen von Mitarbeitern des Landkreises Cuxhaven bestätigt. Es ist also davon auszugehen, dass die negativen Umweltauswirkungen des geplanten Windparks deutlich höher sind als im Umweltbericht beschrieben.
77	b	77b.01		A	Der Naturschutzbund, Kreisverband Bremervörde-Zeven führt seit Jahren im Grenzbereich der Samtgemeinde Bederkesa und dem Landkreis Rotenburg (Wümme) ein Programm zum Gelegeschutz für Wiesenbrutvögel durch, das vom Landkreis Cuxhaven unterstützt wurde.
77	b	77b.02		A	Leider sind unsere Anregungen nach Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten vom 12.12.2013, die wir dem Landkreis mit Schreiben vom 05.01.2014 zugesandt haben, kaum berücksichtigt worden. Diese Anregungen behalten auch für das laufende Verfahren ihre unveränderte Gültigkeit.

77	b	77b.03		B 10	Das niedersächsische Oberverwaltungsgericht hat mit zwei Urteilen vom 14. Mai 2014 die Festlegung zur Windkraftnutzung im RROP des Landkreises Cuxhaven für unwirksam erklärt. Das OVG Lüneburg hat entschieden, dass die in dem Teilbereich Windenergie angeordnete Ausschlusswirkung nicht den Anforderungen genügt, die an ein schlüssiges gesamträumliches und abwägungsfehlerfreies Planungskonzept und dessen Dokumentation zu stellen sind. Trotzdem übernimmt der Landkreis Cuxhaven unter Ziffer 10 "bauleitplanerisch gesicherte Bereiche", deren Begründung in den jeweiligen Flächennutzungsplänen (FNP) liegt. Grundlage für diese FNP waren allerdings das für unwirksam erklärte RROP, Stand 2012. Also wird auf diesem Umweg eine rechtlich unwirksame Planung erneut legitimiert. Wir fordern den Landkreis Cuxhaven auf, bei der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP für alle Gebiete einheitliche Kriterien zu beachten und keine Altfallregelung zu erlauben. Ohne ein abwägungsfehlerfreies Planungskonzept ist auch das neue RROP rechtlich angreifbar. Dadurch entstehen eventuell Regressansprüche von Investoren, die auf Grundlage dieses RROP tätig geworden sind.
77	b	77b.04		SO 16 U	Die Begründung der Ausnahmen unter Ziffer 10 lautet gemäß Umweltbericht (BOSCH & PARTNER GMBH, 23.06.2014) die „aufgrund des bereits langjährig erfolgten Betriebs der zu ersetzenden Altanlagen erhebliche Vorbelastung der Umwelt“. Dies kann nicht für den Standort Köhlen Brockoh gelten, da dort bisher kein Windpark genehmigt bzw. betrieben wurde. „Eine Inanspruchnahme eines unvorbelasteten Standortes für eine WEA soll vermieden werden“ (Umweltbericht BOSCH & PARTNER GMBH, Seite 4). Daher erwarten wir vom Landkreis Cuxhaven, dass für diesen Standort die allgemeinen Ausschlusskriterien beachtet werden.
77	b	77b.05		SO 16 U	Im Teilabschnitt Windenergie wurden auch im RROP 2012 bereits Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung als Ausschlussgebiet mit 200 m Puffer angegeben. Dieses Kriterium soll unverändert in die Änderung des RROP übernommen werden. Im Umweltbericht zur Änderung des RROP wird angeführt, dass es durch den geplanten Windpark Köhlen-Brockoh zu einer Flächeninanspruchnahme eines Vogelbrutgebietes mit nationaler Bedeutung (B2419-007) kommt. Demnach dürften im Bereich des Vogelbrutgebietes B 2419-007 keine Windenergieanlagen genehmigt werden. Dass die Bedeutung des Vogelbrutgebietes in den bisherigen Planungsschritten nicht berücksichtigt wurde, ist auf fehler- bzw. mangelhafte avifaunistische Gutachten zurückzuführen. Wir fordern den Landkreis Cuxhaven daher auf, für den Bereich des Vogelbrutgebietes B 2419-007 kein Vorranggebiet für Windenergienutzung auszuweisen. Bestandsschutz für einen bestehenden Windpark besteht nicht, da bisher keine Genehmigung für einen Windpark vorliegt.

77	b	77b.06		SO 16 U	Der Umweltbericht zur Änderung des RROP (BOSCH & PARTNER GMBH, 23.06.2014) geht von einer zu geringen Anzahl windenergieempfindlicher Vogelarten aus. Dem Landkreis Cuxhaven liegen bereits Unterlagen vor, in denen eine höhere Anzahl von Brutpaaren des Großen Brachvogels und des Kiebitzes dokumentiert wurde. Dies wurde durch Beobachtungen von Mitarbeitern des Landkreises Cuxhaven bestätigt. Es ist also davon auszugehen, dass die negativen Umweltauswirkungen des geplanten Windparks Köhlen-Brockoh deutlich höher sind als im Umweltbericht beschrieben.
77	c	77c.01		Z	Bei der Ausweisung der Vorrangstandorte (Potenzialflächen) wurden dort Vorkommen von Großvögeln, u.a. von Windkraftanlagen gefährdete Arten, nicht berücksichtigt.
77	c	77c.02		Z	Daher muß, um das Kollisionsrisiko mit den geplanten Windkraftanlagen zu minimieren, jeder Standort auf die Habitatsansprüche und Flugkorridore der gefährdeten Arten von unabhängigen Gutachtern geprüft und gegebenenfalls ausgeschlossen werden.
77	c	77c.03		A	Mit über 400 bereits bestehenden Windkraftanlagen hat der Landkreis Cuxhaven seinen Teil zur Energiewende geleistet. Jede zusätzliche Anlage wird zu einer Belastung von Mensch und Natur.
77	d	77d.01		SO 04	Bei der Durchsicht fiel mir auf, dass im Abschnitt 053 (Bramstedt- Gackau) weder das Vorkommen eines seit mindestens 2 Jahren erfolgreich brütenden Uhu- Pärchens erwähnt ist, noch dass die Wiesen dort seit Jahren beliebte Kranich- Fressplätze sind.
77	e	77e.01		A	Der NABU unterstützt grundsätzlich den Ausbau der regenerativen Energien, wobei der Windenergienutzung im küstennahen Bereich aus sachlichen Gründen eine besondere Bedeutung zukommt. Dem hat das Land Niedersachsen in seinem derzeit gültigen LROP dadurch Rechnung getragen, dass im Landkreis Cuxhaven Vorranggebiete für Windenergienutzung mit mindestens 300 MW installierter Leistung vorzuhalten sind. Im LK Cuxhaven ist diese Vorgabe mit 500 MW installierter Leistung bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt um 66 % übertroffen worden. Bei einem massiven darüber hinausgehenden Ausbau der Windenergienutzung kommt aus unserer Sicht deshalb den Schutzansprüchen von Mensch und Natur eine besondere Bedeutung zu.

77	e	77e.02		E 01	Diesem Aspekt trägt der vorliegende Entwurf zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie bei weitem nicht Rechnung. So werden die Empfehlungen der deutschen Vogelschutzwarten sowie die des NLT zu den weichen Tabuzonen (Stand 06.02.2014), die auf einschlägigen Erfahrungen der niedersächsischen Regionalplanung basieren, ohne stichhaltige Begründung drastisch unterschritten, obwohl gerade in diesen Fällen ein erhebliches Konfliktpotenzial bezüglich der Belange des Naturschutzes besteht. So empfiehlt der NLT einen Mindestabstand von 1.200 m zu Brutvogellebensräumen von nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung, der RROP-Entwurf sieht dagegen nur einen Puffer von 200 m zu Vogelbrutgebieten von nationaler Bedeutung vor.
77	e	77e.03		E 01	Brutgebiete von landesweiter oder regionaler Bedeutung scheinen offensichtlich im Landkreis Cuxhaven keines besonderen Schutzes zu bedürfen.
77	e	77e.04		E 01	Das gleiche gilt für Brutvogellebensräume lokaler Bedeutung, für die der NLT einen fachlichen Vorsorgeabstand von 500 m empfiehlt.
77	e	77e.05		E 01	Ähnlich verhält es sich mit dem Schutz von Vogelrastgebieten. Auch hier empfiehlt der NLT für Gastvogellebensräume internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung eine weiche Tabuzone von 1. 200 m und für solche von regionaler Bedeutung von 500 m, während der RROP-Entwurf lediglich für Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung einen Puffer von 500 m vorsieht.
77	e	77e.06		E 01	Auf einen Puffer zu Feuchtgebieten internationaler Bedeutung (NLT-Abstandsempfehlung 1. 200 m) wird gänzlich verzichtet.
77	e	77e.07		E 01	Diese Vorgehensweise widerspricht massiv der auf S. 5 formulierten Zielsetzung, den Ausbau der Windenergie in einem Rahmen zu halten, der „allen anderen Belangen, allen voran den Schutzansprüchen von Mensch und Natur“ gerecht werden soll. Man setzt sich vielmehr massiv, aber ohne inhaltliche Begründung über die vom NLT empfohlenen fachlichen Vorsorgeabstände hinweg.
77	e	77e.08		E 01	Das Schutzgut „Landschaftsbild“ wird im RROP-Entwurf vollständig ignoriert und bleibt so bei der Kriterienfestlegung für (weiche) Tabuzonen völlig außer acht; der NABU betrachtet dies als ein erhebliches Defizit.

77	e	77e.09		E 01	Ebenso hält es der NABU angesichts des im Vergleich zu anderen küstennahen Landkreisen bereits weit fortgeschrittenen Ausbaus der Windenergie für nicht akzeptabel, den vom Land Niedersachsen als Oberster Raumordnungsbehörde empfohlenen 5 km-Mindestabstand von Windparks untereinander — von wenigen Ausnahmen abgesehen — grundsätzlich auf 4 km zu reduzieren und teilweise massiv zu unterschreiten, so z.B. 0—2 km zu Standorten in Nachbarlandkreisen. Wenn es sachliche Gründe für einen bestimmten Mindestabstand innerhalb des Landkreises gibt, können diese nicht durch eine imaginäre Kreisgrenze ihre Gültigkeit verlieren.
77	e	77e.10		E 01	Demgegenüber begrüßt der NABU die in der Begründung zu Ziffer 1, Satz 2 (5. 19/20) getätigte Aussage, dass Windenergieanlagen inklusive ihrer Fundamente und den von den Rotoren überstrichenen Flächen vollständig innerhalb der festgelegten Vorranggebiete liegen müssen. Die höchstrichterliche Rechtsprechung zu diesem Sachverhalt wurde vom LK Cuxhaven seit Jahren ignoriert; der NABU fordert jetzt aber auch eine konsequente Umsetzung, da bei einer Reihe von Verfahren auf F-Planebene nach wie vor gegen diesen Grundsatz verstoßen wird (u.a. beim WP Padingbüttel).
77	e	77e.11		B 10	Wie im RROP-Entwurf (5. 20, zu Ziffer 10) zutreffend festgestellt, erfüllen einige der alten Vorranggebiete für Windenergie nicht mehr die Anforderungen der eigenen, aktuellen Ausschlusskriterien und können daher im Zuge der Teilfortschreibung nicht übernommen werden. Diesen Windparks kann nach Auffassung des NABU lediglich Bestandsschutz für die derzeit bestehenden Anlagen mit anschließendem Rückbau gewährt werden. Die im RROP-Entwurf vorgesehene Ermöglichung einer darüber hinaus gehenden Entwicklung ist nicht rechtskonform und könnte Anlass für eine erneute Normenkontrollklage sein. Eine neue F/Planänderung oder —Neuaufstellung mit größeren Höhen ist fachlich eindeutig falsch, da demzufolge dem Bau vergleichbarer Anlagen unterschiedliche Ausgangskriterien zu Grunde liegen wurden. Das hat die Regierungsvertretung bereits beim RROP 2012 klar gerügt! Dies bezüglich muss Ziffer 10 zum RROP unbedingt geändert werden und es dürfen auch keine neuen Anlagen (raumordnungsrelevanter Art) außerhalb der nach eigener Kriterienfestsetzung ausgewiesenen Vorrangflächen erfolgen (auch bisher nicht konkret überbaute — auch wenn F-Plan bezogen ausgewiesen — dürfen nicht neu bebaut werden).

77	e	77e.12		SO 12	Diese Einwände gelten insbesondere für die Standorte Padingbüttel und Schottwarden, die in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer liegen, der aufgrund seiner internationalen bzw. nationalen Bedeutung für Rast- und Brutvögel auch den Status eines EU-Vogelschutzgebietes besitzt und für den die Nationalparkverwaltung aus Vorsorgegründen sogar einen Abstand von 2 000 m (gegenüber den 1.200 m nach NLT-Empfehlung) für erforderlich hält. Für derartige Windparks empfiehlt der NLT sogar, bei einem Repowering bzw. nach Erlöschen des Bestandschutzes zu prüfen, ob diese verlagert oder abgebaut werden können, um so die Bedeutung dieser Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege zurück zu gewinnen.
77	e	77e.13		SO 13	Diese Einwände gelten insbesondere für die Standorte Padingbüttel und Schottwarden, die in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer liegen, der aufgrund einer internationalen bzw. nationalen Bedeutung für Rast- und Brutvögel auch den Status eines EU-Vogelschutzgebietes besitzt und für den die Nationalparkverwaltung aus Vorsorgegründen sogar einen Abstand von 2.000 m (gegenüber den 1.200 m nach NLT-Empfehlung) für erforderlich hält. Für derartige Windparks empfiehlt der NLT sogar, bei einem Repowering bzw. nach Erlöschen des Bestandschutzes zu prüfen, ob diese verlagert oder abgebaut werden können, um so die Bedeutung dieser Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege zurück zu gewinnen.
77	e	77e.14		U	Von den 38 im RROP-Entwurf dargestellten Standorten können laut Umweltbericht im Ergebnis der vertiefenden Prüfung für 35 Planfestlegungen erhebliche Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden; dies betrifft in wesentlichen Teilen windenergieempfindliche Vogelarten.
77	e	77e.15		A	In seinem Urteil im Normenkontrollverfahren zum RROP 2012 gegen den LK Cuxhaven vom 14.05.2014 stellt das Niedersächsische OVG inhaltlich u.a. fest, dass ein Verzicht auf die Ausweisung eines Vorrangstandortes möglich ist, wenn Indizien dafür gegeben sind, dass entsprechende Wertigkeiten vorhanden sein könnten und eine Aufnahme von Vorrangstandorten auf RROP-Ebene bedenklich wäre, wenn eine grundsätzliche Genehmigungsfähigkeit bezüglich artenschutzrechtlicher Belange nicht eindeutig geklärt ist.

77	e	77e.16		A	Der LK Cuxhaven provoziert damit geradezu ein erneutes Normenkontrollverfahren. Eine Verlagerung der Prüfung der grundsätzlichen Eignungsfähigkeit der ausgewiesenen Gebiete sowie von Auswirkungen und möglichen Maßnahmen zur Vermeidung bzw. zum Ausgleich auf die nachgeordnete Planungs- bzw. Zulassungsebene ist unzulässig. In den nachgeordneten Verfahrensebenen kann allenfalls geprüft werden, ob einzelne Anlagen oder Teilbereiche der ausgewiesenen Windparke nicht genehmigungsfähig sind. Eine Verlagerung der grundsätzlichen Eignungsbeurteilung ist nicht zulässig; da sonst die RROP-Planung ins Leere laufen würde, wenn sich später herausstellt, dass ein Vorranggebiet insgesamt oder in großen Teilen nicht genehmigungsfähig ist.
77	e	77e.17		A	Abgesehen davon führt sie in der Praxis anscheinend nicht selten zu einem „Wegbegutachten“ lästiger Artenschutzprobleme durch die von den Investoren beauftragten Gutachter. So kam beispielsweise ein Gutachten im Auftrage des LK Cuxhaven zu den Antragsunterlagen für den Windpark Geversdorf/Obemdorf zu dem Ergebnis, dass das darin enthaltene avifaunistische Gutachten in Teilen nicht fachgerecht erstellt wurde und erhebliche, möglicherweise verfahrenskritische Mängel aufweist
77	e	77e.18		U	Des weiteren bemängelt der NABU erhebliche Fehler in der Verträglichkeitsprüfung für Natura 2000-Gebiete sowie im Umweltbericht (insbesondere Kap. 1.2.2).
77	e	77e.19		U SO 25	Für die Voreinschätzungen werden unzureichende, z.T. veraltete Daten eingestellt, obwohl aktuellere Informationen beim LK Cuxhaven vorliegen, so z.B. im Falle des WP Misselwarden stetige Wiesenweihenbrutvorkommen im Abstandsbereich (LAG der Vogelschutzwarten).
77	e	77e.20		U	Eigene — vom NABU ohnehin schon als unzureichend eingeschätzte — Abstandskriterien werden nicht eingehalten, so z.B. bei den WP Padingbüttel und Schottwarden.
77	e	77e.21		SO 27	Die seinerzeit für den WP Cappel-Neufeld von der damaligen Bezirksregierung Lüneburg durchgeführte Verträglichkeitsprüfung — mit dem eindeutigen Ergebnis, dass eine Umweltverträglichkeit nur mit der gegenwärtig vorhandenen Anlagenhöhe gegeben ist - bleibt völlig unberücksichtigt.
77	e	77e.22		Z	Bisher wurde auch nicht berücksichtigt, dass die Nationalparkverwaltung Wilhelmshaven bereits zu mehreren Verfahren kein Einvernehmen bezüglich geschützter Belange des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer erteilt hat.
77	e	77e.23		Z	Im übrigen hält der NABU seine Einwände in den laufenden Verfahren zu den Windparks Geversdorf/Oberndorf (hier ist eine Ausweisung als Vorranggebiet auch aufgrund der Bedenken der UNB im F-Planverfahren auszuschließen), Köhlen-Brockoh und Padingbüttel bezüglich des vorliegenden RROP-Entwurfs in vollem Umfang aufrecht.

83		83	Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände im Altkreis Wesermünde		
83		83.01		Z	Die Betroffenheit ergibt sich bei konkreter Errichtungsplanung für WEAs bezüglich der Einhaltung von relevanten Abstandsflächen zu Gewässern und Verbandsanlagen. Zum jetzigen Verfahrensstand werden keine Einwendungen geltend gemacht.
83		83.02		Z	Seit einigen Jahren ist der UHV Nr. 80 Lune bestrebt, eine geeignete Energieversorgung für das Siel- und Schöpfwerk an der Lune bei Büttel/Indiek zu finden. Angedacht war und ist das Aufstellen einer WEA mit mind. 3,2 MW Leistung. Somit die "harten" Tabuzonen diesbezüglich eine Ausnahmemöglichkeit vorsehen, wären wir für eine Aufnahme unserer Anregung in die Planung dankbar.
85		85	Wasser- und Bodenverbände Hemmoor, Unterhaltungsverbände		
85		85.01		A	Es werden keine Anregungen und Bedenken vorgetragen.
88		88	Wasserversorgungsverband Wesermünde-Nord		
88		88.01		SO 13	In der zeichnerischen Darstellung liegt der bauleitplanerisch gesicherte Bereich für die Windenergiegewinnung direkt im Wasserschutzgebiet des Wasser- und Abwasserverbandes Wesermünde-Nord in Holßel.
88		88.02		SO 13	Im Zuge des Repowerings wurden alte überirdische Fundamente des Windparks rückgebaut und durch Fundamente mit Pfahlgründung ersetzt. Die vom LK Cuxhaven vorgegebene Schutzverordnung, vom 11. März 2009 in diesem Gebiet sieht vor, das Bohrungen, tiefer als 5m, genehmigungspflichtig sind.
88		88.03		Z	Berechnungen eines Nitratströmungsmodelles, für die Beantragung des WSG für diesen Bereich haben ergeben, dass Oberflächenwasser bereits nach 50 Jahren über die Ost- und Westflanke des Wasserschutzgebietes, an den Schufschichten des Grundwasserspeichers vorbei in den Grundwasserspeicher fließen. Beschleunigt wird dies durch das Anbohren der oberen Deckschichten durch die Pfahlgründung der Fundamente der Windenergieanlagen, da diese nicht versiegelt werden können. Das Gleiche gilt auch für Windparks in Wasservorranggebieten.
88		88.04		Z	Der Wasser- und Abwasserverband Wesermünde-Nord (vormals Wasserversorgungsverband Wesermünde-Nord) hat zwischen 1998 und 2001 unter erheblichen Aufwendungen die Rohwasserförderung aufgrund der Schadstoffbelastung der vorherigen Trinkwasserbrunnen bereits verlegt. Eine nochmalige Verlegung ist nicht möglich.
88		88.05		Z	Aus vorbezeichneten Gründen bitten wir Sie, unsere Bedenken zur Kenntnis zu nehmen und von weiteren Windparks und deren Erweiterung in Wasserschutzgebieten und den Wasservorranggebieten abzusehen.
89		89	Wasserversorgungsverband-Wesermünde-Mitte		

89		89.01		A	Der Wasserversorgungsverband Wesermünde-Mitte befindet sich zurzeit im Antragsverfahren auf Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Bederkesa. Voraussichtlich im Laufe des Jahres 2015 wird zudem ein Antrag auf Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Kührstedt folgen. Die vorgeschlagenen Grenzen sind der Unteren Wasserbehörde bereits bekannt.
89		89.02		SO 02	Bauvorhaben der Größenordnung von Windkraftanlagen in Wasserschutzgebieten sind grundsätzlich kritisch zu sehen. Hier verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 17.01.2014. Das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung Bederkesa-Alfstedt liegt fast komplett innerhalb der Schutzzone III der o. a. Schutzgebiete. Der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen in diesem Bereich wird mit besonderen Auflagen und Kontrollen verbunden sein. Zu den parallel laufenden Flächennutzungs- und Bebauungsplanverfahren hat sich der Verband in seinen Stellungnahmen ähnlich kritisch geäußert und auf strikte Beachtung der Schutzzonenverordnungen hingewiesen.
93		93	Bundesverband Windenergie e. V., Regionalverband Elbe-Weser-Nord		
93		93.01		A	Der Entwurf des RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven enthält überwiegend Hindernisse für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis. Diese resultieren z.B. aus Regelungen zu Themen wie Anlagenrückbau, die nunmehr erfolgte Abstimmung von Abständen auf die Rotorspitzen der WEA und vor allem den Ausschluss von aus unserer Sicht sinnvollen Repoweringstandorten.
93		93.02		B 04	Im Entwurf des RROP 2014 wird der vollständige Rückbau der WEA nach Beendigung des Betriebes als Ziel der Raumordnung formuliert (Textziffer 04 Satz 1). Im nachfolgenden Satz wird nach dem vorliegenden Entwurf wiederum als Ziel der Raumordnung festgelegt: „Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten, Kranstellflächen und für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderlichen Wegflächen mit ein“ (Entwurf Textziffer 04 Satz 2). Für eine solche Regelung fehlt eine Rechtsgrundlage, weil für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG (verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums) nicht vorliegen. Auch die erfolgte Bezugnahme auf die Festlegungen im LROP Ziff. 4.2. Textziffer 01 ist insoweit unzutreffend.

93		93.03		B 04	<p>Die Regelung ist auch weder erforderlich, noch sinnvoll. Wenn die als Ziel der Raumordnung geplanten Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich gem. § 35 BauGB errichtet werden, enthält § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB als Zulässigkeitsvoraussetzung bereits eine Verpflichtungserklärung, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Gemäß § 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB soll die Genehmigungsbehörde „durch nach Landesrecht vorgesehene Baulast oder in anderer Weise die Einhaltung der Verpflichtung nach Satz 2... sicherstellen“ (§ 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB). Das geschieht bekanntlich auch. Der Bundesgesetzgeber hat damit den (ausschließlichen) Weg gewiesen, wie im Falle der Errichtung von Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich im Sinne des BauGB die Sicherung des Anlagenrückbaus zu erfolgen hat. Dazu gehört es eben auch, Bodenversiegelungen zu beseitigen. Nicht jede Kranstellfläche und Wegefläche stellt aber zwingend auch eine Bodenversiegelung dar. Zudem gibt es reihenweise „für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderliche Wegeflächen“, die bereits vor der Windenergienutzung und auch während der Windenergienutzung die Zuwegungen zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken darstellten und von dem landwirtschaftlichen Verkehr benutzt werden. Soweit das landwirtschaftliche Wegenetz für die Erschließung von Windparks verbessert (ausgebaut und besser befestigt) worden ist, legen die Landwirte zum Teil größten Wert darauf, dass dieser Zustand auch nach der Windenergienutzung erhalten bleibt. Auch solche Wegesflächen wären allerdings von dem Wortlaut der von Ihnen beabsichtigten Festlegung erfasst.</p>
----	--	-------	--	------	---

93		93.04		B 04	<p>Der vollständige Rückbau einschließlich des vollständigen Fundamentrückbaus würde zudem über die vom Bundesgesetzgeber in § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB getroffene Regelung hinausgehen. Wenn ein Fundament einer Windenergieanlage bis 2 m unterhalb der Erdoberfläche beseitigt worden ist, was die übliche Anforderung i.S.d. § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB darstellt, liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor. Niederschlagswasser kann dann eindringen und abfließen. Fundamentteile, die tiefer als 2 m unterhalb der Erdoberfläche verbleiben, stellen keine Bodenversiegelung dar, sondern wirken wie Gesteinsbrocken in der jeweiligen Tiefe. Deshalb kann es ja wohl auch keinesfalls gewollt sein, dass die in vielen Fällen gerade in den Marschgebieten gerammten bis zu 30 m langen Betonpfähle, auf denen das eigentliche Fundament der jeweiligen Windenergieanlage ruht, mit einem entsprechenden kaum vorstellbaren technischen Aufwand und entsprechenden Kosten wieder aus dem Boden geborgen werden sollen. Das würde vermutlich auch einen deutlich größeren Eingriff in die Natur verursachen, als sich das bloße Belassen der Pfähle dauerhaft auf die Natur auswirken könnte. Soweit die Windparks im baurechtlichen Außenbereich i.S.d. § 35 BauGB entstehen, besteht also überhaupt keine Veranlassung zu der beabsichtigten Zielfestlegung. Sie wäre zudem mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig und aus den genannten Gründen auch eklatant abwägungsfehlerhaft.</p>
93		93.05		B 04	<p>Soweit in Umsetzung Ihres RROP (gem. § 1 Abs. 4 BauGB) die kreisangehörigen Städten und Gemeinden Bebauungspläne zur Steuerung der Windenergienutzung aufstellen, werden die Vorhaben bekanntlich anschließend in einem Bebauungsplangebiet gem. § 30 BauGB (und nicht im baurechtlichen Außenbereich gem. § 35 BauGB) errichtet. Solange ein solcher Bebauungsplan nicht aufgehoben wird, ist die erneute Nutzung des jeweiligen Standortes durch Windenergieanlagen gem. § 30 BauGB aber ja auch weiterhin zulässig. Auch die innergebietliche Erschließung wird in diesen Fällen bekanntlich in der Regel durch den jeweiligen Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen geregelt. Es ist nicht geboten, für ein Bebauungsplangebiet als Ziel der Raumordnung eine Festlegung zu treffen, die als Windpark zunächst dort errichteten Windenergieanlagen vollständig einschließlich Fundament und Erschließung zurückzubauen, wenn anschließend eine Folgenutzung erfolgen soll. Insoweit können die Städte und Gemeinden bekanntlich in städtebaulichen Verträgen mit den Vorhabenträgern die Beseitigung von Bodenversiegelungen nach Beendigung der Nutzung regeln, dann aber auch flexibel reagieren, wenn die Einrichtungen insgesamt oder teilweise weiter genutzt werden sollen.</p>

93		93.06		B 04	Die von Ihnen unter Textziffer 04 vorgesehene Festlegung findet sich daher auch in keinem anderen Raumordnungsplan bundesweit, also auch in keinem anderen RROP in Niedersachsen. Soweit für eine entsprechende Regelung ein Bedürfnis besteht (innerhalb des baurechtlichen Außenbereichs gem. § 35 BauGB), ist eine sinnvollere und abschließende Regelung in § 35 Abs. 5 BauGB bereits getroffen worden, soweit für die Regelung kein Bedürfnis besteht und die Regelung zu unnötigen und ungewollten Bindungen führen würde (innerhalb von Bebauungsplangebieten gem. § 30 BauGB), wäre die Festlegung abwägungsfehlerhaft. Insgesamt fehlt es auch an einer Rechtsgrundlage. Auf die Festlegung sollte daher ersatzlos verzichtet werden.
93		93.07		E 01	Wie bereits erwähnt, stellen harte Tabukriterien (o. „Tabuzonen“) ausschließlich Bereiche dar, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht mit WEA bebaut werden dürfen. Zum Einen ist nicht nachzuvollziehen, dass im Entwurf des RROP ein Puffer, der per definitionem eigentlich ein sog. „weiches“ Tabukriterium ist, zu einem „harten“ Kriterium gemacht wird, und zum Anderen, warum zur Festlegung ausgerechnet eine WEA herangezogen wird, die gar nicht mehr hergestellt wird (Hersteller „Fuhrländer“ ist seit 2013 insolvent) und die für die Windzonen im Landkreis gar keine Typenprüfung gehabt hätte. Für das Bestreben des Landkreises, den größtmöglichen Abstand zu Wohngebieten zu generieren, hätte es genügt, zusätzlich zu den für sich ausgeschlossenen Siedlungsgebieten und Einzelhäusern einen entsprechend großen „weichen“ Tabubereich zu definieren. Das im RROP Entwurf gewählte Vorgehen wirkt dagegen willkürlich und gegen den Ausbau der Windenergie gerichtet und widerspricht dem vom Landkreis gewählten Vorsatz: "...Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler wie weiche Tabuzonen zu behandeln" (s. 5. 9, Begründung / Erläuterung). Hinzukommt dass beim Bezug auf die Ortslagen der Entwurf auf die Datenbestände von ATKIS zurückgreift. Der Begriff „Ortslage“ unterscheidet hier nicht, ob es ein reines Wohngebiet, mit hohem Schutzstatus, oder ein 10 ha großes Industriegebiet mit nahezu keinem Schutzanspruch ist. Hierzu ist eine weitere Differenzierung geboten, da die Errichtung von WEA in Industriegebieten durchaus möglich ist.

93		93.08		E 01	Auch weiche Kriterien müssen sich aufgrund ihrer grundrechtsgestaltenden Wirkung sachlich recht fertigen lassen, sie müssen zudem dem Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Verhältnismäßigkeitsgebot gerecht werden. Gesetzlich geschützte Biotop sind, betrachtet man den Katalog der Biotop in § 30 BNatSchG, gegenüber den Auswirkungen von WEA weitgehend unempfindlich. Im Gegenteil - es lässt sich durchaus sagen, dass die verstärkte Nutzung der Windenergie den Biotop mindestens mittelbar förderlich ist. Daher drängt sich eine Rechtfertigung für den Puffer von 200 m, um ohnehin schon große Biotop von min. 5 ha Fläche nicht auf.
93		93.09		E 01	Die Begriffe „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ stellen unbestimmte Rechtsbegriffe dar. Dass sie von Fall zu Fall und je nach Interessenlage auch manipulativ angewendet werden können, dürfte heute allgemeiner Stand der Erkenntnis sein. Daher ist bedauerlich, dass den Unterlagen nicht explizit zu entnehmen ist, nach welchen Einzelkriterien genau die Gebiete bestimmt worden sind. Zu diesem aktuellen Stand der Erkenntnisse zählen auch die positiven Entwicklungen in Bezug auf die Populationen von Vogelarten. Die als kollisionsgefährdet angesehen Arten wie z.B. der Seeadler oder der Weißstorch vermehren sich sehr stark. Gleichzeitig ist bei den Wiesenbrütern, wie der Feldlerche oder dem Kiebitz, die durch den Klimawandel und die Landwirtschaft bedroht werden, festzustellen, dass die vermutete Störungsempfindlichkeit kaum gegeben ist und diese Vögel sich im nahen Umfeld der WEA ansiedeln.
93		93.10		E 01	Die Vorsorgeabstände, die der Landkreis mit 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich gewählt hat, liegen im Vergleich zu anderen Landkreisen angesichts des 1.000 m Abstandes zu Ortslagen im obersten Rahmen. Ungewöhnlich und aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar ist der Bezug des Abstandes auf die Rotorspitzen der WEA. Charakteristisch für ein RROP ist, dass potenziell geeignete Flächen in einem Maßstab von 1:50.000 ermittelt werden. In diesem Maßstab entspricht 1 mm auf der Karte 50 m in der Realität, so dass eine parzellenscharfe Betrachtung durch die Ausweisung im RROP weder möglich noch sinnvoll ist. Zusätzlich ist der sich mit der Windrichtung drehende Rotor kein sinnvoller Bezugspunkt für die Definition von Vorsorgeabständen (siehe Anlage). Hiermit geht ein Verlust von nutzbaren Flächen einher, dem kein Gewinn im Immissionsschutz gegenübersteht, jedoch die Frage nach der Schaffung des substantiellen Raumes für die Windenergie aufwirft.

93		93.11		E 01	Errichtung und Betrieb einer WEA bedeuten für Mensch und/oder Natur in unmittelbarer Nähe immer eine gewisse Beeinträchtigung die über die TA-Lärm, die Rechtsprechung zum maximal zulässigen Schattenschlag und zur „optisch bedrängenden Wirkung“ zum Schutz vor Belästigungen begrenzt werden. Wird eine Vorrangfläche im Außenbereich für Windenergie ausgewiesen, sollte diese auch möglichst wirtschaftlich zur Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt werden. Am Beispiel einer schematischen Darstellung kann man die Auswirkungen der Rotorspitzen-Regelung deutlich erkennen. Die Ecken bzw. Spitzen des VR wären mit modernen WEA (Rotordurchmesser 100-120m) kaum noch nutzbar. Die Rechtsprechung hat aktuell hierzu keine Stellung bezogen. Das BVerwG (21.10.2004-4 C 3.04 - NVwZ 2005, 208) bezog sich in einem Urteil von 2004 lediglich auf einen Bebauungsplan, der natürlich parzellenscharf gefasst ist. Ein Urteil des VG Hannover sieht die Möglichkeit der Übertragung des BVerfG-Urteils auf ein VR. Dieses Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. Insofern kann hier definitiv nicht von einer gefestigten Rechtsprechung die Rede sein.
93		93.12		B 10	Mit der Vorstellung des Entwurfs des RROP wird das Repowering im Landkreisgebiet effektiv ausgeschlossen, da fast sämtliche Flächen nicht mehr als Windvorranggebiet ausgewiesen werden. Das gilt insbesondere dann, wenn gemäß den vom Landkreis Cuxhaven gegebenen mündlichen Erläuterungen die im Entwurf jetzt vorliegenden Zielfestlegungen (Textziffer 01, 06 und 10) so zu verstehen sein sollten, dass den Städten und Gemeinden nach Inkrafttreten des RROP eine Bauleitplanung gemäß der Zielfestlegung in Textziffer 10 Sätze 1 - 4 untersagt sein sollte, Textziffer 10 Satz 3 also entgegen seinem Wortlaut nicht „auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe“ bezogen ist sondern „auf die in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses RROP rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe“ bezogen sein soll. So - im letztgenannten Sinne - hat der Landkreis Cuxhaven die entworfenen Zielfestlegungen erläutert.

93		93.13		B 10	<p>Aus dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen selbst unter Berücksichtigung der überflüssigen Zielfestlegung in Textziffer 06 und den Begründungen zu Ziffern 01, 06 und 10 ergibt sich ein solches Verständnis der genannten Zielfestlegungen zwar nicht. Denn sogar die Begründung zu Ziffer 06 letzter Satz verweist auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gemäß Ziffer 10. Auch die Begründung zu Ziffer 10 entspricht nicht der mündlich durch den Landkreis Cuxhaven mitgeteilten Interpretation der Zielfestlegungen. Sollten Sie so gemeint sein, würde nicht nur jegliches Repowering im Landkreis Cuxhaven entgegen den Zielen des LROP unmöglich gemacht werden. Die Zielfestlegungen wären dann auch abwägungsfehlerhaft und unwirksam. Die Städte und Gemeinden dürften nämlich ihre Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne, vgl. § 1 Abs. 2 BauGB) nicht mehr dem in Ziffer 10 Satz 1 festgelegten Ziel der Raumordnung gem. § 1 Abs. 4 BauGB anpassen, obwohl § 1 Abs. 4 BauGB dies ja gerade verlangt. Die Städte und Gemeinden wären überhaupt ab dem Inkrafttreten des RROP dann anschließend an einer städtebaulichen sinnvollen Repowering-Planung durch Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanaufstellung gehindert. Weshalb aber sollte das in Ziffer 10 Satz 1 festgelegte Ziel durch Bauleitplanung bis zum Inkrafttreten des RROP noch verfolgbar sein, anschließend aber nicht mehr? Weshalb sollte der Zufall, ob Repowering-Bauleitplanungen noch vor dem Inkrafttreten des RROP in Kraft gesetzt werden oder nicht, darüber entscheiden, wo Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des RROP-Entwurfs noch erfolgen und wo nicht? Das Inkrafttreten des RROP würde damit nicht nur sinnvolle Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des Entwurfs des RROP - offenbar doch entgegen seiner Intention - unzulässig machen, es würde auch ein willkürliches Ergebnis zementieren. Das kann nicht gewollt sein und würde auch zu einem erheblichen Abwägungsmangel führen.</p>
----	--	-------	--	------	---

93		93.14		B 10	Selbst dann aber, wenn die genannten Zielfestlegungen in Textziffer 01, die angesichts von § 1 Abs. 4 BauGB vollkommen überflüssige Zielfestlegung in Textziffer 06 und die Zielfestlegungen in Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 so gemeint sein sollten, wie es Ihrem Wortlaut und der im Entwurf vorliegenden Begründung entspricht, die Gemeinden und Städte also auch noch nach den Inkrafttreten des RROP Bauleitplanungen in den lediglich „bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung“ im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1, 3 und 4 des RROP-Entwurfs vornehmen dürfen und damit das Repowering in diesen Bereichen im Sinne der Textziffer 10 bauleitplanerisch steuern dürfen, wäre die gesamte vom Landkreis Cuxhaven vorgesehene Vorgehensweise nicht sinnvoll. Es würden sich im Verhältnis zum Potential auf dem Kreisgebiet wenige zum Teil kleine Vorranggebiete ergeben und ein großer Bereich lediglich bauleitplanerisch bereits gesicherter Gebiete für die Windenergienutzung, obwohl dort ganz überwiegend ein Repowering ebenfalls möglich ist, ausgeschlossen werden.
93		93.15		B 10	Das ist im Übrigen auch mit den übergeordneten Zielfestlegungen im LROP 2012 nicht vereinbar: Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP 2012, Abschnitt 4.2 Energie) sind insoweit folgende Festlegungen getroffen, die vom Landkreis Cuxhaven zu beachten wären, insoweit aber nicht beachtet werden: Abschnitt 4.2 Energie Textziffer 01 Satz 4 (Zielfestlegung): „Vorhandene Standorte, ..., die bereits für die Energiegewinnung und ... genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen“ (vgl. LROP a.a.O.). Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist der Entwurf des RROP überhaupt nicht vereinbar.
93		93.16		B 10	Textziffer 04 Satz 1 (Zielfestlegung): „Für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte sind zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen“. Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist, weil es sich bei zahlreichen nach dem Entwurf lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen um grundsätzlich geeignete, bereits vorhandene raumbedeutsame Standorte handelt, der Entwurf des RROP überhaupt nicht vereinbar.

93		93.17		B 10	Textziffer 04 Satz 6 (Grundsatz der Raumordnung): „Soweit in einem Teilraum raumbedeutsame Einzelanlagen für die Windenergienutzung außerhalb von Vorrang- und von Eignungsgebieten Windenergienutzung errichtet und deren Standorte für Repowering-Maßnahmen nicht raumverträglich sind, sollen im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden, Grundeigentümern und Projektbetreibern in den Regionalen Raumordnungsprogrammen geeignete, zusätzliche Vorrang- oder Eignungsgebiete Windenergienutzung ausschließlich für Repowering-Maßnahmen festgelegt werden“. Eine entsprechende Planung erfolgt überhaupt nicht.
93		93.18		B 10	Textziffer 04 Satz 7 (Zielfestlegung): „Für die zusätzlichen Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergienutzung, die nur für Repowering-Maßnahmen genutzt werden sollen, ist der Abbau von Altanlagen in einem raumordnerischen Vertrag zwischen dem Träger der Regionalplanung, den Standortgemeinden, den Grundeigentümern und den Rechteinhabern der Altanlagen näher festzulegen“. Eine entsprechende Vorgehensweise erfolgt überhaupt nicht.
93		93.19		B 10	Ein Repowering im Rahmen der bestehenden Flächennutzungs- oder Bebauungspläne mit den eingetragenen Höhenbegrenzungen von meist 100 m ist weder ökologisch, ökonomisch noch genehmigungsrechtlich sinnvoll. Doch gerade unter den Aspekten der Anliegerentlastung wäre ein Repowering im Landkreis besonders sinnvoll. Die neu festgelegten Abstandsregelungen sollten aus unserer Sicht bei Repowering-Flächen nicht greifen, da ansonsten in deren Status als Windvorranggebiet und damit in den Bestandsschutz eingegriffen wird. Eine Erfüllung der TA-Lärm oder der immissionsschutzrechtliche Abstände wird davon nicht berührt.

93		93.20	V	A	<p>Als Bundesverband Windenergie sind wir, wie alle Beteiligten im Landkreis Cuxhaven, an einer Rechtssicherheit eines RROP interessiert. Diese Rechtssicherheit bedeutet die Vermeidung von Konflikten, eine saubere und transparente Informationspolitik und setzt Rahmenbedingungen, die Investitionssicherheit für die Planer und Finanzierer im Landkreis gewährleisten.</p> <p>Nach Rücksprache mit namhaften Experten, RA Blume, RA Berghaus sowie die Stellungnahme von Herrn von Seth, möchten wir hier einige konstruktive Vorschläge in dem o.g. Sinne machen und damit Konfliktpotential aus dem Entwurf des RROP's beseitigen. Dieses geht u.a. über</p> <ul style="list-style-type: none"> • über die Gestaltung klarer Rahmenbedingungen für ein Repowering • eine vernünftige Regelung des Rückbaues, • und über vernünftige Abstandsregelungen. <p>Diese Punkte sollen rechtssicher formuliert werden, so dass das RROP nicht angegriffen werden kann. Im Folgenden werden vier Handlungsoptionen dargestellt, die es dem Planungsträger ermöglichen, das vorhandene Repoweringpotential im Planungsgebiet auch in Zukunft für eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung vorzuhalten. Das Repowering von Windenergieanlagen – der Abbau alter und Aufbau neuer Anlagen – birgt unter zahlreichen Aspekten große Vorteile.</p>
93		93.21	V	A	<p>Die produzierte Strommenge einer Windenergieanlage (WEA) hängt zum einen vom Standort und damit von den Windgeschwindigkeiten vor Ort ab, zum anderen vom Rotorkreisdurchmesser („Erntefläche“) und von der Leistung des in der WEA verbauten Generators. Die Entwicklung im Bereich der Rotorkreisflächen / der Generatorleistung ist in den letzten Jahren sehr stark vorangeschritten, so dass eine neue Anlage die fünf- bis zehnfache Leistung erbringt gegenüber der Altanlage (von 100 - 250 kW 1995 auf bis über 3.000 kW heute). Dies hat zur Folge, dass die produzierte Strommenge sich erheblich erhöht und so der Standort einen deutlich höheren Ertrag auf die genutzte Fläche bringt. Auch wenn ein Repowering baurechtlich möglich wäre, ist es aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten bei einer Gesamthöhe von 100 m nicht möglich. Moderne Anlagen der 3 MW-Klasse können erst ab einer Höhe von mindestens 150 m wirtschaftlich betrieben werden. Dies ist bei der Diskussion über das Repowering der zentrale Punkt.</p>

93		93.22	V	A	<p>Beim Repowering werden, wie oben beschrieben, alte gegen modernere Anlagen getauscht. Dies hat neben den wirtschaftlichen Vorteilen auch Auswirkungen auf die optischen Einflüsse, die von WEA ausgehen. Altanlagen sind meist nicht höher als 100 m und haben oft schnell drehende Rotoren (über 20 Umdrehungen je Minute). Diese werden durch langsam drehende Anlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 200 m im Verhältnis 2 oder 3 Altanlagen durch eine neue Anlage getauscht. Dies bedeutet, dass zwar höhere aber auch deutlich weniger Anlagen am Standort stehen (Anm.: In Holßel wurden 25 Altanlagen durch 20 Neuanlagen ersetzt!!).</p> <p>Um das beträchtliche Repowering- Potential von etwa ¾ der bestehenden Anlagen im Landkreis für die nächsten Jahre zu sichern, werden nachfolgend vier Handlungsoptionen aufgezeigt</p>
93		93.23	V	E 01	<p>Die erste Möglichkeit stellt die Verringerung der Abstandskriterien dar, die aktuell im Entwurf des RROP herangezogen werden. Hier wären als „hartes“ Kriterium zur Wohnbebauung 400 m – zweifache Gesamthöhe einer modernen 3 MW-Anlage – und als „weiches“ Kriterium 600 m – dreifache Gesamthöhe – denkbar. Dies würde zum einen der gängigen Rechtsprechung (OVG NRW, U. v. 09.08.2006 - 8 A 3726/05 sowie BVerwG, U. v. 11.12.2006 - 4 B 72.06), die ab einer Entfernung von 3H (dreifache Gesamthöhe) in der Regel keine optisch bedrängende Wirkung mehr sieht, entsprechen. Zum anderen würden hieraus zusätzliche Potenzialflächen ermöglicht, die die Zielfestlegungen der Landesregierung zum Ausbau der Windenergie in Niedersachsen ermöglichen würden. Die Landesregierung sieht im aktuellen Entwurf ihres Windenergieerlasses vor, dass der Landkreis Cuxhaven acht Prozent seiner Potenzialflächen, das entspricht 2,14 Prozent des Planungsgebietes, ausweist. Da diese Zielsetzung bereits veröffentlicht und zur Aufnahme ins Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) ansteht. Um diese Zielsetzung zu erfüllen, müsste der Landkreis etwa 20 Prozent mehr Fläche ausweisen, als es aktuell im RROP der Fall ist. Gleichzeitig würden hieraus natürlich auch zusätzliche Investitionen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen entstehen, die dem Landkreis und seinen Gemeinden direkt oder indirekt zu gute kommen würden.</p>

93		93.24	V	E 01	<p>Die sachgerechte Ausdifferenzierung der weichen Tabukriterien ist besonders zur angemessenen Berücksichtigung des Bestandes eine weitere Möglichkeit, die Altstandorte zu erhalten. Hierzu sollte der pauschale Abstand von 1.000 m als weiches Tabukriterium gestrichen werden und durch die folgenden zwei „weichen“, sich zum Teil überlagernden, Tabukriterien ersetzt werden:</p> <p>I. 500 m um Ortslagenflächen generell</p> <p>II. 650 m um solche Ortslagenflächen, die außerhalb eines Puffers von 650 m liegen</p> <ul style="list-style-type: none"> - zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder - zum Stichtag 01.08.2014 in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellte Flächen (Bestandsbereiche). <p>Im Ergebnis kann man mit Umsetzung der obigen Systematik die Bestandsbereiche weiterhin im RROP darstellen. Denn die Bestandsbereiche würden im Kern nicht mehr an einem weichen Tabu von 1.000 m scheitern und auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung finden sich angesichts der Vorbelastung und vorhandener Infrastruktur auch keinerlei belastbare Argumente gegen den Fortbestand der Darstellung als Vorranggebiete. Der Charakter der Vorsorgeabstände, wie ihn das OVG NRW, U. v. 09.08.2006 - 8 A 3726/05 sowie das BVerwG, U. v. 11.12.2006 - 4 B 72.06, definieren, würde erhalten bleiben und im Genehmigungsverfahren nach BImSchG überprüft werden.</p>
93		93.25	V	E 01	<p>Diese entsprechend dem Bestand angemessene Bewertung auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung wird hiermit gleich mit angeregt und damit auch die korrespondierende Darstellung aller Bestandsbereiche im RROP. Falls die Regionalplanung bei der Konzeptionierung des RROP-Entwurfs, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, angenommen haben sollte, dass im ganzen Planungsraum der gleiche Abstand anzuwenden ist, erkennt sie die aktuelle Rechtsprechung zu „harten“ und „weichen“ Tabuzonen.</p>

93		93.26	V	B 10	<p>Die Formulierung einer Ausnahme würde ebenfalls zu einer Sicherung des Repoweringpotentials führen. Eine mögliche Formulierung für Ziffer 10 könnte wie folgt lauten: „Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des Geltungsbereiches von Bauleitplänen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Teilfortschreibung des RROP bekanntgemacht sind und Sonderbauflächen und Sondergebiete für Windenergienutzung darstellen bzw. festsetzen, möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. Die Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe über Grund erfolgt durch die Gemeinden als Träger der Bauleitplanung. Sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung.“</p> <p>Eine Ausnahmeregelung bedingt jedoch ebenso wie die „weichen“ Kriterien einer sorgfältigen Abwägung, da sonst ein Abwägungsfehler begangen werden würde und die Rechtskräftigkeit des neuen Teilabschnitts Windenergie des RROP erneut in Zweifel gezogen werden könnte.</p>
93		93.27	V	B 01	<p>Der Verzicht auf die Ausschlusswirkung im RROP würde die sinnvollste Möglichkeit zum Erhalt des Repoweringpotentials sowie zum Ausbau der Windenergie darstellen und gleichzeitig den Gemeinden eine größeres Mitspracherecht bei der Fortentwicklung der Erneuerbaren Energien auf dem jeweiligen Gemeindegebiet darstellen.</p>
93		93.28	V	B 01	<p>Aktuell steuern acht Landkreise den Ausbau der Windenregie an Land über RROP's ohne Ausschlusswirkung. Ein Wildwuchs der Windenergieanlagen wird über diese Form der Ausweisung zum einen darüber verhindert, dass die Grundcharakteristik von Vorranggebieten auch für die Bereiche Erholung, Ressourcenabbau etc. gilt. Zum anderen erfolgt die Steuerung über die Bauleitplanung der Gemeinden. Mit dieser Vorgehensweise würde der Landkreis der Windenergie den benötigten Raum (Vorranggebiete Wind) zur Verfügung stellen und gleichzeitig den Gemeinden die Möglichkeit nach den individuellen Bestrebungen der einzelnen Gemeinden ihren Umgang mit der Windenergie auszugestalten.</p>

93		93.29	V	B	Des weiteren ist zum aktuellen Entwurf des Teilabschnitts Wind des RROP's anzumerken, dass zwei sehr unvorteilhafte und auch unnötige Regelungen vorgeschlagen wurden, die den Rückbau der WEA und den Bezug der Vorsorgeabstände des RROP's auf die Flügelspitzen der Anlagen beschreiben.
93		93.30	V	B 04	<p>Das Ziel beim Rückbau von Windenergieanlagen ist die Wiederherstellung der ursprünglichen Nutzung und die Aufhebung der Bodenversiegelung. Aufgrund der Eigenarten der Windenergie werden WEA fast ausschließlich auf Ackerflächen außerhalb von Gebieten mit Wohnbebauung errichtet. Dies bedeutet, dass die ursprüngliche Nutzung als landwirtschaftliche Fläche hergestellt werden muss. Hierfür muss ebenfalls die durch das Fundament bestehende Bodenversiegelung entfernt werden, damit Niederschläge im Boden versickern können.</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven hat nun im Entwurf die Auflage formuliert, dass die Anlagen in Gänze entfernt werden müssen, was das gesamte Fundament inklusive aller Gründungen umfasst. Gründungen insbesondere in der Marsch erfolgen üblicherweise als Pfahl/- Tiefgründung. Der vorliegende Entwurf wiederum bedeutet, dass nach dem Abbau von Rotor und Turm sowie der Abtragung des Fundaments mit einem unverhältnismäßigen Aufwand, der voraussichtlich die Umwelt im direkten Umfeld massiv belastet, die Tiefgründungen – bis zu 30 m lange Betonpfeiler – aus dem Marschboden ausgegraben werden müssten.</p> <p>Diese Formulierung steht im Gegensatz zu gängigen Regelungen anderer Landkreise und der bisherigen Praxis des Landkreises Cuxhaven. Es sollte wieder die Formulierung aufgegriffen werden, die eine Abtragung des Fundaments bis zwei Meter unter Geländeoberkante fordert. Dies reicht aus, um zum einen die Nutzung als agrarwirtschaftliche Fläche wiederherzustellen und gleichzeitig wird die Bodenversiegelung entfernt, da die verbleibenden Fundamentteile, wie natürliche Felsen, im Boden wirken.</p>
93		93.31	V	E 01	Als problematisch ist auch die Abstimmung der Vorsorgeabstände auf die Rotorspitzen zu sehen. Die rechtliche Begründung mittels der Urteile des BVerwG v. 21.10.2004 – 4 C 3/04 und des VG Hannover v. 22.09.2011 – 4 A 105/10 ist aus rechtlicher Sicht nicht stichhaltig, da das BVerwG lediglich die Position der Flügelspitzen im Rahmen der Bauleitplanung (B-Plan) beschieden hat und das Urteil des VG Hannover, das unbegründet die Entscheidung des BVerwG auch auf die Regionalplanung ausgeweitet hat, sich in der Berufung befindet und insofern nicht rechtskräftig ist. Von einer gängigen oder gefestigten Rechtsprechung kann hier keine Rede sein.

93		93.32	V	E 01	Gleichzeitig ist es auch nicht die Aufgabe des Landkreises, eine parzellenscharfe Ausweisung vorzunehmen, da der Maßstab, in dem die Regionalplanung stattfindet, dies eigentlich nicht möglich macht. Der Maßstab beträgt hier üblicherweise 1:50.000, was bedeutet, dass ein Millimeter auf der Karte 50 m in der Realität entspricht. So ist der Rotordurchmesser von ca. 50 m mit der Strichbreite auf der Karte gleichzusetzen.
93		93.33	V	E 01	Zusätzlich ist die Abstimmung eines solchen Kriteriums auf die Rotorspitze unsinnig, da sich zum einen der Rotor dauerhaft im 90°-Winkel zur Windrichtung bewegt und zum anderen die primäre Schallimmission, vor der mit den Vorsorgeabständen geschützt werden soll, von der Gondel ausgeht. Die „optisch bedrängende Wirkung“ ist hierbei vollständig zu vernachlässigen, da der Rotorkreis bei einer Unterschreitung des Abstandes nicht zu sehen ist.
93		93.34	V	E 01	Am sinnvollsten wäre es, diese Formulierung in Gänze zu streichen und zu der bisherigen und üblichen Regelung zurückzukommen und eine Bezugnahme auf Rotorspitzen erst im B-Plan- und F-Planverfahren umzusetzen.
93		93.35		A	Ausführungen siehe P 127
94		94	Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH		
94		94.01		A	Aus eisenbahntechnischer und nachbarrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen das o. g. Bauvorhaben, da die Belange der EVB Elbe-Weser GmbH nicht berührt werden.
94		94.02		Z	Außerdem möchten wir Ihnen mitteilen, dass nicht alle Bahnübergänge, der evb Infrastruktur, zur Befahrung mit Schwertransporten geeignet sind.
97		97	Handwerkskammer Braunschweig- Lüneburg-Stade		
97		97.01	V	A	Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung zur Nutzung von Windenergieanlagen.
97		97.02	V	A	Die im RROP genannten Voraussetzungen sollten ebenso Berücksichtigung finden wie die landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen zum Immissionsschutz und zu den Abstandsregelungen.
97		97.03	V	A	Gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse sind aus unserer Sicht dringlich zu wahren.
98		98	Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum		
98		98.01		E 01	Wir waren bisher davon ausgegangen, dass die Festlegung der weichen Tabuzonen - und die Formulierungen im Arbeitsschritt zwei ließen auch ebenfalls diese Vermutung zu - im Einvernehmen mit den landkreiszugehörigen Gemeinden erarbeitet und festgesetzt wurden.

98		98.02		E 01	Recherchen bei den Gemeinden und dazugehörige Berichterstattungen, sowie weitere intensivere Gespräche mit Windparkbetreibern haben jedoch gezeigt, dass dieser Eindruck falsch ist und der Landkreis Cuxhaven offenbar die weichen Tabuzonen nach eigenem Ermessen vorgeschlagen hat.
98		98.03		E 01	Da - wie die Begründung zum Entwurf des RROP auch selbst feststellt - die Windenergiewirtschaft in den Gemeinden des Landkreises Cuxhaven eine erhebliche Wirtschaftskraft darstellt, die den Gemeinden stabile und verlässliche Steuereinnahmen beschert, sollte den Gemeinden auch nicht nur nach dem Subsidiaritätsprinzip, sondern auch im Rahmen der kommunalen Selbstbestimmung soweit wie möglich überlassen werden, wie sie mit der bei ihr ansässigen Windenergiewirtschaft umgeht.
98		98.04		E 01	Die pauschale Festsetzung eines Puffers um Ortslagen von insgesamt 1.000 Metern im Rahmen der weichen Tabuzonen wendet sich jedoch gegen das Subsidiaritätsprinzip, gegen die kommunale Selbstbestimmung, gegen die Existenzfähigkeit der Windkraftbetreiber und den Ausbau der Windenergie im Rahmen der Energiewende; mithin würde sie auch die wirtschaftliche Situation in den Gemeinden möglicherweise negativ beeinflussen. Darüber hinaus werden Abstandskriterien von Windenergieanlagen im Rahmen der konkreten BlmSchG-Genehmigungsverfahren anhand von Schall- und Schattenimmissionsprognosen errechnet, so dass hierfür bereits eine gesetzliche Grundlage vorliegt. Die Festlegung eines Mindestabstandes von Windenergieanlagen zu Ortslagen im RROP erübrigt sich somit.
98		98.05		E 01	Wir haben daher gegen die Festsetzung dieser 1.000 Meter erhebliche Bedenken und regen an, die Festsetzung der weichen Tabuzonen und hier insbesondere die Festsetzung der Puffer ab der harten Tabuzone aufwärts den Gemeinden selbst zu überlassen.

98		98.06		B 10	In diesem Zusammenhang wenden wir uns auch gegen die vorgesehene Streichung der Vorranggebiete für Windenergie, welche im vorherigen RROP noch als solche festgesetzt waren. Wie die Praxis der vergangenen Jahre zeigt, benötigen Windenergieanlagen zunehmende Höhen, um wirtschaftlich betrieben zu werden. Die Streichung der Vorranggebiete nimmt zahlreichen Windparkbetreibern die Option eines Repowerings ihrer Anlagen. Selbst wenn die Bereiche als bauleitplanerisch gesicherte Bereiche ausgewiesen werden, so bedeutet dieses nicht, dass die Windenergieanlagen auf wirtschaftliche Höhen repowert werden können, da hierfür eine B-Planänderung erforderlich wäre, welche sich wiederum an die Vorgaben der Raumordnung anzupassen hat. Ist in diesem Bereich kein Vorranggebiet für Windenergie dargestellt, reduziert sich die Chance auf ein mögliches Repowering auf ein Mindestmaß. Unsere Anregung in diesem Fall richtet sich daher auf eine Wiederaufnahme der zum Entfallen vorgesehenen Vorranggebiete, oder mindestens auf eine uneingeschränkte Höhennutzung in den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.
100		100	Landwirtschaftskammer Niedersachsen		
100		100.01		Z	Grundsätzlich geht durch den Neubau von Windkraftanlagen, ihrer Nebeneinrichtungen sowie der Erschließung landwirtschaftliche Fläche — wenn auch im vergleichsweise geringen Umfang — verloren. Die dafür erforderlichen Kompensationsmaßnahmen gemäß Eingriffsregelung werden oftmals ebenso auf landwirtschaftlichen Flächen umgesetzt. Die nun geplanten Anlagenstandorte sowie die bereits bestehenden Standorte sollten daher möglichst effizient ausgenutzt werden, um weiteren Flächenverbrauch an anderer Stelle zu minimieren.
100		100.02		Z	In Bezug auf Standortwahl, Bau und Betrieb der Anlagen sowie die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen regen wir an — soweit auf Ebene der Raumordnung möglich — darauf hinzuwirken, dass bei der Platzierung hinzukommender Anlagen möglichst wenig landwirtschaftliche Nutzfläche beansprucht wird.
100		100.03		Z	dass durch Baufahrzeuge in der Bau- bzw. Errichtungsphase entstehende Bodenverdichtungen vermieden werden.

100		100.04		Z	dass bezüglich der verkehrlichen Erschließung der geplanten Windkraftanlagen sichergestellt wird, dass die vorhandenen öffentlichen Gemeinde-/Wirtschaftswege, die unter anderem auch für die landwirtschaftliche Nutzung der umliegenden Flächen weiterhin erforderlich sind, durch Bau, Unterhaltung und Betrieb der Windkraftanlagen nicht beschädigt werden. Besondere Gefahren bestehen hier gerade während der Bauphase. Durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit dem Windanlagenbetreiber ist klarzustellen, dass die Wirtschaftswege von dem Betreiber nach Abschluss der Bauphase wieder hergestellt werden (Verursacherprinzip). Nur auf diese Weise ist zu gewährleisten, dass für die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen die Wirtschaftswege in einem ordnungsgemäßen und funktionsfähigen Zustand erhalten bleiben. Grundsätzlich sollte darauf geachtet werden, dass die Zufahrten möglichst entlang der Flurstücksgrenzen verlaufen und die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen möglichst nicht bzw. wenig erschweren.
100		100.05		Z	dass im Rahmen der Planung erforderlicher Kompensationsmaßnahmen frühzeitig auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht genommen wird, um mögliche Auswirkungen auf die Agrarstruktur und die Flächeninanspruchnahme zu minimieren (§ 15 BNatSchG: Rücksichtnahmegebot auf agrarstrukturelle Belange im Rahmen der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen). Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen steht hinsichtlich der Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei der Planung von Kompensationsmaßnahmen als Ansprechpartner zur Verfügung.
101		101.02		B	Die Streichung von Punkt 01 aus dem Abschnitt 4.2.2 Windenergie, „... Dem Landkreis kommt bei der Erzeugung von elektrischer Leistung durch Windenergienutzung aufgrund der spezifischen Standortvorteile eine besonders hohe Bedeutung zu...“, wird abgelehnt, gerade aufgrund der Strukturschwäche und der Benachteiligung bei anderen Wirtschaftsfaktoren sollte es im Interesse des Landkreises Cuxhaven sein, die individuellen Stärken als Chancen sehen und diese auch zu nutzen.

101		101.03		B 10	Prinzipiell ist es nachvollziehbar und richtig einheitliche Kriterien zur Findung eines potenziellen Windkraftstandortes zu verwenden, es muss jedoch bei der Auswahl der Kriterien darauf geachtet werden, dass ein sogenanntes „Repowering“ von bestehenden Windkraftstandorten gewährleistet ist. Im genauen Fall bedeutet dies, dass nicht nur allein Ersatzneubauten im Gebiet der Altanlagen möglich sind, sondern dass auch eine Höhenanpassung an den aktuellen Stand der Technik und die aktuelle wirtschaftliche Situation möglich ist. Ein Ersatz mit gleichem Typ und von gleicher Höhe ist oftmals gar nicht möglich, da entsprechende Anlagen einerseits nicht mehr am Markt verfügbar sind und andererseits betriebswirtschaftlich nicht vorteilhaftig sind. Eine Sicherung bestehender, derzeit genutzter Windkraftstandorte über den Status des „Bauplanerisch gesicherten Bereichs“ ist unseres Erachtens nicht zweckmäßig auf ein ggf. später beabsichtigtes „Repowerings“.
101		101.04		E 01	Generell wird am verwendeten Kriterienkatalog für die Tabu-Zonen bemängelt, dass zu stark pauschaliert wurde, etwa bei dem Ansatz, dass ein Vorrangstandort mindestens 19 ha umfassen müsse, weil nur so gewährleistet sei, dass mindesten drei Anlagen errichtet werden können. Dieser Flächenwert sagt aber nichts über den Zuschnitt der Fläche aus, sodass es ggf. auch auf kleineren Flächen möglich ist, mindestens drei Windkraftanlagen bei Einhaltung der sonstige Gebote und Vorschriften zu errichten.
101		101.05		E 01	Nicht zuletzt kann es durch die Wahl des "willkürlichen" Kriteriums der Mindestflächengröße eines Vorrangstandortes mit der im Vergleich zum RROP 2012 neu eingeführten Anstandsregel, dass sich nun auch die Außenspitzen der Rotorblätter in den Grenzen der Vorrangstandorte befinden müssen (vgl. Begründung — Zu 4.2.2 — Arbeitsschritt 2), zum Wegfall von potenziellen Windkraftstandorten kommen, anstatt im späteren Verlauf durch Bauleitplanung bzw. Genehmigungsverfahren über einen etwaigen Standort zu entscheiden, wird einer möglichen detaillierteren Entscheidung vorgegriffen.
101		101.06		B 05	Genauso greift die pauschale Vorgabe von maximal zwei unterschiedlichen Anlagenhöhen innerhalb eines Windparks der detaillierten und differenzierten Betrachtung voraus (vgl. Begründung — Zu 4.2.2 — Zu Ziffer 5). So ist es beispielsweise denkbar auf Grund der Topographie mehrere unterschiedliche Anlagenhöhen zu verwenden um eine einheitlichere Wahrnehmung zu erzielen, auch wird ggf. bei großen Windparks ein teilweises „Repowering“ verhindert, da ggf. schon min. zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sind.

101		101.07		B 04	<p>Weiter ist der geforderte komplette Rückbau inkl. sämtlicher Fundamente unseres Erachtens äußerst fragwürdig und zu überreguliert vgl. 4.2.2 Windenergie — Punkt 04), etwaige Details wären in der Bauleitplanung bzw. Genehmigungsverfahren zu klären. In der Regel handelt es sich bei den Eigentümern der Flächen auf denen die Windparks errichtet werden um Privateigentümer, weiter handelt es sich in der Regel um ldw. Nutzflächen. Ein kompletter Rückbau von Fundamenten würde bedeuten, dass auch ggf. vorgenommene Pfahlrammungen komplett rückzubauen wären. Für derartige Maßnahmen wäre dann beispielsweise ein Aushub großflächig um das betreffende Fundament bis zur Pfahltiefe notwendig, hierbei würde es zu einem unverhältnismäßigem Eingriff in die Bodenstruktur kommen, und es würden nachhaltige Schäden an den landwirtschaftlichen Nutzflächen entstehen. Besonders fragwürdig scheint der komplette Rückbau vor dem Hintergrund, dass derzeit innerhalb des Kreisgebietes ein Ersatzneubau einer Stromtrasse erfolgt, hierbei ist laut Planfeststellungsbeschluss nur ein oberflächliches Entfernen der Mastfundamente, bis etwa 1,5 Meter Tiefe, notwendig.</p>
101		101.08		B 10	<p>In diesen Zusammenhang wird auch der Punkt 10 aus dem Abschnitt 4.2.2 Windenergie abgelehnt. Es ist zu beachten, dass einige bestehende Windparks noch keine Bauleitplanung für ein eventuelles „Repowering“ vollzogen haben, dies würde bedeuten, dass eine Höhenbegrenzung auf die festgeschriebenen Maximalhöhen der Altanlagen stattfinden würde, oder aber, es wurde in der Bauleitplanung zum „Repowering“ bewusst auf eine Höhenbegrenzung verzichtet, dann würde automatisch die Höhe der Bestandsanlagen als Höhenbegrenzung wirken. Ggf. wäre es möglich für die Kommunen jetzt noch eine Änderung der Bauleitplanung vorzunehmen, um eben gewisse Maximalhöhen zu sichern, nur stellt sich hier die Frage, ob der Abschluss eines solchen Bauleitverfahrens mit der Genehmigung des Landkreises überhaupt bis zur eintretenden Rechtskraft des fortgeführten RROP 2014 realisierbar ist. Nach unserer Lesart der Unterlagen dürfte eine Änderung der Bauleitplanung durch die einzelnen Kommunen nach Fortschreibung des RROP 2014 nicht mehr möglich sein; dies hat zur Folge, dass in erheblichem Maße in die Entscheidungsbefugnisse der Kommunen eingegriffen wird. Die bisher geäußerten Absichten der Kommunen, äußerst positiv einem etwaigen „Repowering“ gegenüberzustehen, blieben damit für immer Äußerungen, weil eine faktische Umsetzbarkeit nicht mehr gegeben wäre.</p>

101		101.09		B 10	Zur Lösung des eben genannten Sachverhaltes wäre es nach unserer Meinung denkbar, die Vorrangstandorte des RROP auf denen sich schon Windparks befinden bzw. zum Teil befinden, auch weiterhin genauso als Vorrangstandort darzustellen, mit dem Verweis, dass eine Spezifizierung auf Ebene der Bauleitplanung zu erfolgen hat, ggf. wäre noch ein Abstandskriterium wie etwa dreifache Höhe der Windenergieanlage zur nächsten Wohnbebauung festzulegen, welches eben diesen Mindestabstand garantiert.
101		101.01		A	Der vorliegende Entwurf zur Teilfortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie muss prinzipiell seitens der hiesigen Landwirtschaft abgelehnt werden. Windkraftstandorte befinden sich in der Regel auf landwirtschaftlichen Flächen, dadurch partizipieren auch die Bewirtschafter bzw. Eigentümer dieser Flächen von den Umsätzen der Windkraftanlagen. Diese zusätzlichen Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe fördern dann durch die Mittelverwendung die gesamte regionale Wirtschaft. Außerdem ist zu beachten, dass die Kommunen im Altkreis Land Hadeln strukturschwach und sehr ländlich geprägt sind, dies zeigt sich auch in den Haushalten der Kommunen. Oft erhalten die Kommunen einen Großteil ihrer in der Regel dürftigen Gewerbesteuereinnahmen von den Windkraftanlagen in den Kommunen. Schlechtere Wirtschaftsbedingungen für die Windkraftanlagen hätten eine Verringerung beim Gewerbesteueraufkommen der Kommunen zur Folge. Ein geringeres Gewerbesteueraufkommen hätte zur Folge, dass bestimmte Güter von den Kommunen nicht mehr oder nur noch unzureichend bereitgestellt werden können. Als Beispiel können hier ein verminderter Ausbau und eine schlechtere Unterhaltung der kommunalen Infrastruktur genannt werden, welche die hiesige Landwirtschaft direkt betreffen würden, aber auch ein Verzicht auf andere öffentliche Güter mit dem eine Reduzierung der Lebensqualität einher gehen würde, würde die örtliche Struktur schwächen und den örtlichen Bevölkerungsrückgang weiter fördern. Letztendlich würde auch dies zu einer Schwächung der hiesigen Landwirtschaft über das regionale Wirtschaftsgefüge führen.
101		101.10		A	Wie soeben beschrieben sehen wir durch die geplante Fortschreibung des sachlichen Teils Windenergie -2014- die Entwicklungsmöglichkeiten für Windkraftanlagen im Landkreis Cuxhaven sehr eingeschränkt. Diese Einschränkungen hätten einen starken Effekt auf die Wirtschaft und damit auch nachhaltige Auswirkungen auf das soziale und gesellschaftliche Leben im Landkreis Cuxhaven. Anstatt mit geeigneten Maßnahmen strukturelle Defizite zu überwinden, käme es bestenfalls zu einer Konservierung des Status Quo.
101		101	Nieders. Landvolk, Kreisverband Land Hadeln e. V.		
102		102	Nieders. Landvolk, Kreisverband Wesermünde		

102		102.01		A	Grundsätzlich steht die Landwirtschaft in unserem Verbandsgebiet der Windenergie Nutzung und deren Ausbau positiv gegenüber. Zum Gelingen der bundesweiten Energiewende ist u. a. ein weiterer Ausbau der onshore-Windenergienutzung erforderlich. Hierzu kann der Landkreis Cuxhaven aufgrund seiner Windgunst in besonderem Maße beitragen, wie in der Begründung zum Änderungsentwurf Abs. 1 zutreffend konstatiert. Gleichwohl befindet sich auch die Windenergie in Konkurrenz zu anderen Raumnutzungen und hat sich daher einer sorgfältigen Abwägung zu stellen.
102		102.02		E 01	Die Anwendung des Abstandskriteriums "von den Rotoren überstrichene Fläche" lässt aus unserer Sicht zu viel Raum zur Unterstützung der Energiewende verloren gehen. Vielmehr sollte die genaue Ausgestaltung der Windparkflächen individuell im Wege der Bauleitplanung erfolgen, unter Berücksichtigung von Anlagentyp, Wind- und Sichtverhältnissen. So können die Potenzialflächen optimal ausgenutzt werden. Bei einer solchen Verfahrensweise könnte auch das Mindestflächenkriterium (19 ha) entfallen. Zumal die Anlagentechnik, die in einigen Jahren zur Verfügung stehen wird, derzeit noch nicht bekannt ist, wie es auch in der Begründung S. 10 oben dargelegt wird.
102		102.03		E 01	Bzgl. der weichen Kriterien zum Aspekt „Natur und Landschaft“ ist anzumerken, dass die naturschutzfachlichen Daten nicht durchweg auf dem neuesten Stand sind.
102		102.04		B 04	Aus landwirtschaftlicher Sicht ist ein Rückbau der Fundamente bis zur Fundamentplatte, mind. jedoch bis in 2,0 m Tiefe ausreichend. Dies sichert die nachfolgende landwirtschaftliche Nutzung der Anlagenstandorte. Ein weiterer (tieferer) Rückbau bringt für die Landwirtschaft keinen weiteren Nutzen, sondern ist im Gegenteil mit gravierenden Eingriffen in das Bodengefüge verbunden.
102		102.05		B 04	Die Wege zur Erschließung der Windenergieanlagen dienen auch der Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; sie sollten unbedingt erhalten bleiben.
102		102.06		B 05	Die Möglichkeiten zur Erneuerung und Leistungssteigerung (Repowering) von Windenergieanlagen sollten flexibel gehalten werden, da zukünftig verfügbare Techniken derzeit nicht bekannt sind — siehe auch Begründung S. 10. Zu bedenken ist, dass der technische Fortschritt nicht nur leistungsfähigere, sondern i. d. R. auch immissionsärmere Anlagentypen hervorbringt. Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergiegewinnung sollten daher 3 unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig sein.
102		102.07		B 05	Alternativ kann eine Regelung dieses Aspektes hier entfallen und die Entscheidung auf die Planungshoheit der Gemeinden übertragen werden, analog der Vorgehensweise zur Höhenfestlegung in Vorranggebieten Windenergienutzung. So kann den jeweiligen Besonderheiten der lokalen Ebene Rechnung getragen werden.
102		102.08		B 07	Die Beschränkung der Betriebsdauer des Windparks Midlum hemmt dessen Erneuerung / Repowering und sollte daher gestrichen werden.

102		102.09		B 10	Für bestehende und projektierte Windparks in Vorranggebieten Windenergie gemäß RROP 2012 sind die hier getroffenen Aussagen absolut unzureichend. Ein gewisser „Vertrauensschutz“ (siehe Begründung S. 22) reicht zur Wahrung der Interessen von Flächeneigentümern und Windparkbetreibern nicht aus. Die Sicherung der getätigten Investitionen — auch seitens der Landwirtschaft — muss hier Vorrang haben. Da die Darstellung der Vorranggebiete Windenergienutzung gemäß RROP 2012 auch weiterhin als Vorranggebiete Windenergienutzung im RROP 2014 rechtlich zulässig ist, sollte von dieser Möglichkeit eben aus Gründen des Vertrauensschutzes Gebrauch gemacht werden.
102		102.10		B 10	Eine bereits im RROP festgeschriebene Beschränkung möglicher Anlagenhöhen wird die technische Weiterentwicklung dieser Bestandsflächen“ hemmen oder sogar wirtschaftlich unmöglich machen. Ein gewünschter "wichtiger Beitrag“ dieser "über die Vorranggebiete Windenergienutzung hinausgehende Gebietskulisse“ zum Klimaschutz kann so nicht auf Dauer geleistet werden (siehe Begründung S. 22). Daher sollte die Entscheidung über maximale Anlagenhöhen auf Ebene der Bauleitplanung getroffen werden, wie bereits in den Verfahren zur Erstgenehmigung und wie für die Vorranggebiete Windenergienutzung nach den Kriterien des Entwurfs des RROP 2014 festgelegt. Dabei muss den Entscheidungsträgern auch künftig — auch nach Inkrafttreten des RROP 2014 - vorbehalten sein, die sich weiter entwickelnde Technik ebenso zu berücksichtigen wie ggf. sich verändernde schutzwürdige Interessen (Besiedlung, Artenschutz u. a.).
102		102.11		Z	Aufgrund vorstehender Erläuterungen fordern wir umfassenden Bestandsschutz für alle nach RROP 2012 dargestellten Vorrangstandorte Windenergie in ihren Abmessungen des RROP 2012.
102		102.12		SO 01	Die Verkleinerung des Vorranggebiets Windenergienutzung im Nordosten wird dem Schwarzstorch-Habitat geschuldet sein. Laut vorliegender Raumnutzungsanalyse kann eine Beeinträchtigung des Schwarzstorch-Vorkommens ausgeschlossen werden. In diesem Bereich ist die ursprüngliche Abgrenzung des Vorranggebietes aus dem RROP 2012 wiederherzustellen.
102		102.13		SO 02	Die Verkleinerung des Vorranggebiets Windenergienutzung wird auf einem älteren Brutverdacht des Kranichs beruhen. Dieser Sachverhalt konnte bisher jedoch nicht bestätigt werden, daher ist dieses Vorranggebiet in den Abmessungen des RROP 2012 darzustellen;
102		102.14		SO 04	Die Reduzierung des Vorranggebietes Windenergienutzung im Osten beruht wahrscheinlich auf einem vermuteten Wespenbussard-Vorkommen. Ihnen vorliegende avifaunistische Untersuchungen können diese Vermutung jedoch nicht belegen. Daher ist das Vorranggebiet in der Fassung des RROP 2012 darzustellen.

102		102.15		SO 13	Beide Teil-Windparks Holßel und Neuenwalde sind in ihren Ausmaßen gemäß RROP 2012 als Vorranggebiet Windenergienutzung darzustellen. Für diesen Bestandspark sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu befürchten; die Nähe zur Wohnbebauung ist seit der genehmigten Errichtung des Windparks seit vielen Jahren gegeben.
102		102.16		SO 16	Die aus Gründen des Arten- und Waldschutzes gebotenen Abstände sind bei diesem in Planung befindlichen Windpark eingehalten, die Einstufung als Vogelbrutgebiet nationaler Bedeutung ist zumindest fraglich. Auch für diesen, kurz vor der Genehmigung stehenden Standort, ist die Darstellung wie bisher als Vorranggebiet Windenergienutzung aufrecht zu erhalten.
102		102.17		SO 18	Der Wegfall der Eigenschaft als Vorranggebiet ist wohl auf die zu großzügige »Pufferung« des benachbarten Gewerbegebietes zurückzuführen. Da für Gewerbegebiete nicht so hohe Schutzanforderungen wie für Wohnbereiche gelten, ist die Darstellung als Vorranggebiet Windenergienutzung wieder in das RROP 2014 aufzunehmen.
111		111	DB Services Immobilien GmbH		
111		111.01		A	Bei Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise und Auflagen bestehen grundsätzlich keine Einwände.
111		111.02		Z	Es wird auf den Bestandschutz sowie auf Immissionen aus dem Eisenbahnbetrieb hingewiesen, damit hieraus später keine Forderungen abgeleitet werden können. Auch künftig ist mit einer Steigerung des Verkehrsaufkommens auf der Schiene zu rechnen.
111		111.03		Z	Es wird davon ausgegangen, dass planfestgestelltes DB Gelände nicht überplant wird und dass die Betriebsfähigkeit der planfestgestellten Eisenbahnanlagen durch die Planungen nicht beeinträchtigt wird.
111		111.04		Z	Die Eisenbahnen sind nach AEG verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten. Die Anlagen der Eisenbahn des Bundes sind besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfes und für den Ausschluss von Störpotentialen dringend geschützt werden.
111		111.05		Z	WEA müssen einen Abstand von größer gleich 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen.
111		111.06		Z	Grundsätzlich gilt, dass Windenergieanlagen einschließlich ihrer Energiekabel die Betriebsanlagen der Eisenbahn nicht unzulässig beeinflussen dürfen.
115		115	Deutsche Telekom Technik GmbH		
115		115.01		Z	Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen der Telekom Deutschland GmbH die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.

115		115.02		Z	Gegen die o. a. Planung haben wir dann keine Einwände, wenn für die Telekom Deutschland GmbH, die erforderlichen Unterhaltungs- und Erweiterungsmaßnahmen an ihrem unterirdischen Kabelnetz jederzeit möglich sind.
118		118	DFS Deutsche Flugsicherung GmbH		
118		118.01		SO 01	Durch oben genannte Planung sind die Anlagenschutzbereiche gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlagen betroffen. Das Plangebiet 1 liegt im Anlagenschutzbereich der -VOR Weser -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 20' 51,57" N / 08° 52' 31,23" E; Höhe des Geländes 9,35 m ü. NN
118		118.02		SO 04	Durch oben genannte Planung sind die Anlagenschutzbereiche gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlagen betroffen. Das Plangebiet 4 liegt im Anlagenschutzbereich der -VOR Weser -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 20' 51,57" N / 08° 52' 31,23" E; Höhe des Geländes 9,35 m ü. NN.
118		118.03		SO 10	Durch oben genannte Planung sind die Anlagenschutzbereiche gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlagen betroffen. Das Plangebiet 10 liegt teilweise im Anlagenschutzbereich der -VOR Weser -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 20' 51,57" N / 08° 52' 31,23" E; Höhe des Geländes 9,35 m ü. NN.
118		118.04		SO 14	Durch oben genannte Planung sind die Anlagenschutzbereiche gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlagen betroffen. Das Plangebiet 14 liegt im Anlagenschutzbereich der -VOR Weser -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 20' 51,57" N / 08° 52' 31,23" E; Höhe des Geländes 9,35 m ü. NN.
118		118.05		SO 15	Durch oben genannte Planung sind die Anlagenschutzbereiche gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlagen betroffen. Das Plangebiet 15 liegt im Anlagenschutzbereich der -VOR Weser -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 20' 51,57" N / 08° 52' 31,23" E; Höhe des Geländes 9,35 m ü. NN
118		118.06		Z	Sollten zukünftig geplante Windenergieanlagen eine maximale Höhe von 61,35 m über NN überschreiten, so ist unser Anlagenschutzbereich betroffen. Bleiben die WEA unterhalb einer Höhe von 61,35 m über NN, werden Belange der DFS nicht berührt; in diesem Fall bestehen keine Bedenken.
118		118.07		Z	Diese Beurteilung beruht auf dem obigen Anlagenstandort und -schutzbereich Stand August 2014. Wir weisen aber darauf hin, dass dieser Anlagenschutzbereich durch eine Änderung unserer Infrastruktur nur noch bis zum 31.10. 2015 angemeldet ist. Ab dem 01.11.2015 haben wir keine Bedenken mehr bezüglich geplanter WEA in diesem Bereich.

118		118.08		SO 06	Das Plangebiet 6 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.09		SO 07	Das Plangebiet 7 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.10		SO 08	Das Plangebiet 8 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.

118		118.11		SO 13	Das Plangebiet 13 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.12		SO 18	Das Plangebiet 18 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.13		SO 19	Das Plangebiet 19 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.

118		118.14		SO 20	Das Plangebiet 20 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.17		SO 27	Das Plangebiet 27 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.18		SO 28	Das Plangebiet 28 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.

118		118.19		SO 29	Das Plangebiet 29 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.20		SO 33	Das Plangebiet 33 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.21		SO 37	Das Plangebiet 37 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.

118		118.22		SO 38	Das Plangebiet 38 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.23		SO 22	das Plangebiet 22 liegt im Anlagenschutzbereich des -Peiler Bremerhaven -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 30' 21,14" N / 08° 34' 31,06" E; Höhe des Geländes 3,08 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen
118		118.24		SO 23	das Plangebiet 23 liegt im Anlagenschutzbereich des -Peiler Bremerhaven -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 30' 21,14" N / 08° 34' 31,06" E; Höhe des Geländes 3,08 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen
118		118.25		Z	Die Plangebiete 2, 3, 5, 9, 11, 12, 16, 17, 21, 26, 30, 31, 32, 34, 35, 36 und 39 liegen in keinem Anlagenschutzbereich, zu diesen Gebieten werden daher bezüglich § 18 a LuftVG weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht.

118		118.26		Z	Bei der Beurteilung des Vorhabens wurden die oben angegebenen Koordinaten (gesamter Landkreis) berücksichtigt. Die Koordinaten wurden von uns aus den vorgelegten Unterlagen ermittelt.
118		118.27		A	Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) unberührt.
118		118.28		Z	Die gemäß LuftVG angemeldeten Anlagenschutzbereiche orientieren sich an den Anhängen 1-3 des "ICAO EUR DOC 015, 2. Ausgabe 2009" (http://www.baf.bund.de/DE/BAF/Publikationen/ICAO_Docs/ICAO_Docs_node.html). Aufgrund betrieblicher Erfordernisse kann der angemeldete Schutzbereich im Einzelfall von der Empfehlung des ICAO EUR DOC 015 abweichen (insbes. bei Radaranlagen).
118		118.29	V	SO 23	das Vorranggebiet westlich der Ortschaft Loxstedt-Stotel liegt im Bereich der Instrumenten-Abflugstrecken vom Flugplatz Bremerhaven in Richtung Süden. Die Einzelfallprüfung im späteren Genehmigungsverfahren wird ergeben, welche Bauhöhen in diesem Gebiet ohne Beeinträchtigung der Abflugverfahren möglich sind. Wir bitten darum, diesen Vorbehalt bei der weiteren Planung zu berücksichtigen
118		118.30	V	SO 24	Das Vorranggebiet östlich der Ortschaft Midlum befindet sich in unmittelbarer Nähe zur veröffentlichten Sichtan- und -abflugstrecke "SIERRA" am Flugplatz Nordholz. Die DFS hält einen Abstand von mindestens 1000 m zu Sichtan- und -abflugstrecken für erforderlich, um den nötigen Manövrierraum für die Luftfahrzeugführer zu erhalten. Im Rahmen eines späteren Genehmigungsverfahrens würden wir daher der Luftfahrtbehörde dringend empfehlen, die luftrechtliche Zustimmung zu versagen. Wir empfehlen daher, das Gebiet nicht als Vorranggebiet auszuweisen.
118		118.31	V	SO 27	Das Vorranggebiet nördlich der Ortschaft Dorumer Neufeld befindet sich in unmittelbarer Nähe zur veröffentlichten Sichtan- und -abflugstrecke und dem Pflichtmeldepunkt "WHISKEY" am Flugplatz Nordholz. Die DFS hält einen Abstand von mindestens 1000 m zu Sichtan- und -abflugstrecken und 2000 m zu Pflichtmeldepunkten für erforderlich, um den nötigen Manövrierraum für die Luftfahrzeugführer zu erhalten. Im Rahmen eines späteren Genehmigungsverfahrens würden wir daher der Luftfahrtbehörde dringend empfehlen, die luftrechtliche Zustimmung zu versagen. Wir empfehlen daher, das Gebiet nicht als Vorranggebiet auszuweisen.

118		118.32	V	SO 32	Das Vorranggebiet südlich der Ortschaft Dorumer Neufeld befindet sich in unmittelbarer Nähe zum veröffentlichten Pflichtmeldepunkt 'WHISKEY' am Flugplatz Nordholz. Die DFS hält einen Abstand von mindestens 2000 m zu Pflichtmeldepunkten für erforderlich, um den nötigen Manövrierraum für die Luftfahrzeugführer zu erhalten. Im Rahmen eines späteren Genehmigungsverfahrens würden wir daher der Luftfahrtbehörde dringend empfehlen, die luftrechtliche Zustimmung zu versagen. Wir empfehlen daher, das Gebiet nicht als Vorranggebiet auszuweisen.
118		118.33	V	Z	Gegen die Ausweisung der übrigen Gebiete bestehen aus ziviler Hindemissicht keine Bedenken.
118		118.34	V	A	Ansonsten möchten wir darauf hinweisen, dass bei sämtlichen Bauleitplanungen das zuständige Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) gesondert zu beteiligen ist.
118		118.5		SO 24	Das Plangebiet 24 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
118		118.6		SO 25	Das Plangebiet 25 liegt im Anlagenschutzbereich des -Radar Nordholz -Geogr. Koordinaten (ETRS89): 53° 45' 23,24" N / 08° 39' 28,55" E; Höhe des Geländes 28,00 m ü. NN. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand August 2014. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18 LuftVG einzureichen. Wir empfehlen, innerhalb von Anlagenschutzbereichen keine Vorrang-und Eignungsgebiete zur Windenergienutzung auszuweisen, da die im Genehmigungsverfahren gem. §18a LuftVG zu erwartenden Einschränkungen bezüglich Anzahl und Höhe der geplanten Windenergieanlagen dem eigentlichen Ziel von Vorrang-und Eignungsgebieten entgegenstehen.
120		120	Avacon AG		

120		120.01	V	Z	<p>die in den Entwurf der Änderung des RROP für den Landkreis Cuxhaven festgelegten Vorranggebiete für Windenergienutzung werden teilweise von Versorgungsanlagen unseres Unternehmens berührt.</p> <p>Hochspannungsfreileitungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1 10-kV-Leitung Farge - Bremervörde, (LH-14-1 162) • 11 0-kV-Leitung Abzweig Gnarrenburg, (LH-1 4-1 181) • 1 10-kV-Leitung Alfstedt—Farge, (LH-14-2156) • 1 10-kV-Leitung Farge - Surheide, (LH-14-1 163) • 11 0-kV-Leitung Abzweig Bexhövede, (LH-1 4-2152) • 1 10-kV-Leitung Abzweig Bederkesa, (LH-14-4843) • 1 10-kV-Leitung Surheide — Tndustriestraße, (LH-14-4841) • 1 10-kV-Leitung Hemmoor— Industriestraße, (LH-14-1232)
120		120.02	V	Z	<p>Im Zuge der Ausweisung von Vorrangstandorten zur Windenergienutzung weisen wir darauf hin, dass zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten sind: Für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser. Für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser.</p>
120		120.03	V	Z	<p>Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.</p>
120		120.04	V	Z	<p>Zur detaillierten Bearbeitung ist uns die Lage der Windenergieanlagen (Koordinaten) sowie die Standorte mit NN-Angaben anzugeben.</p>
120		120.05	V	Z	<p>Umspannwerk: Der Abstand von der äußeren Rotorblattspitze einer WEA bis zur Eingrenzung von Freiluftschaltanlagen sollte laut Empfehlung der VDEW mindestens den dreifachen Rotordurchmesser betragen.</p>
120		120.06	V	A	<p>Durch den erheblichen Zubau derartiger Anlagen für Erneuerbare Energien (Wind, Solar, Biomasse) und die damit verbundene Verpflichtungen zur Bereitstellung der erforderlichen Netzkapazität ist davon auszugehen, dass Ausbaumaßnahmen von Hochspannungsleitungen und Umspannwerke notwendig werden.</p>
120		120.07	V	A	<p>Um verlässlichere Aussagen zum notwendigen Netzausbau liefern zu können, wäre es hilfreich wenn wir von Ihnen „Shape-Dateien“ zu den Windvorrangflächen bekommen könnten.</p>
120		120.08	V	A	<p>Die E.ON Netz GmbH, Teilbereich Mitte, ist am 01.07.2014 in die Avacon AG übergegangen.</p>

123		123	Ericsson Services GmbH, Contract Handling Group		
123		123.1		Z	Die Ericsson Services GmbH betreibt derzeit sieben Richtfunkstrecken im Bereich Ihrer Vorranggebiete/Potenzialflächen für Windenergiegewinnung. Aus den beigefügten Geländeschnitten können Sie die Gauß-Krüger-Koordinaten (PD) und Antennenhöhen der Richtfunkendstellen entnehmen.
123		123.2		Z	Es sollte ein Abstand zur Richtfunkmittellinie von mindestens 20m (Trassenbreite 40m) eingehalten werden
126		126	ExxonMobil Production Deutschland GmbH		
126		126.01		Z	Wir schreiben Ihnen im Auftrag der BEB, der MEEG und der NEAG, danken Ihnen für die Beteiligung in der o.a. Angelegenheit und möchten Ihnen mitteilen, dass von dem Vorhaben diverse verfüllte Bohrungen — siehe beigefügte Liste — betroffen sind. Als Anlage fügen wir eine Übersichtskarte bei, in der diese Bohrungen dargestellt sind. Die verfüllten Bohrungen haben einen Schutzbereich mit einem Radius von 5 m, der nicht überbaut oder abgegraben werden darf.
126		126.02		Z	Des Weiteren sind von der Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms folgende Bergbauberechtigungen (Konzessionen) betroffen: Bergwerkseigentum Jade-Weser. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, Erdgas und anderen bituminösen Stoffen.
129		129	Telefonica Germany GmbH & Co OHG, Niederlassung Köln		
129		129.01		Z	Aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden:
129		129.02		SO 02	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.03		SO 04	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.04		SO 07	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.05		SO 15	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.06		SO 19	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.07		SO 23	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.

129		129.08		SO 26	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.09		SO 29	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.10		SO 32	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.11		SO 36	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.12		SO 37	ganz in der Nähe Ihrer geplanten Gebiete verlaufen 25 unserer Richtfunkverbindungen. Einige Richtfunktrassen kreuzen Ihre Plangebiete, andere grenzen sehr nah an.
129		129.13		Z	Man kann sich diese Telekommunikationslinien als horizontal über der Landschaft verlaufende Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern).
129		129.14		Z	Alle geplanten Masten, Rotoren und allenfalls notwendige Baukräne oder sonstige Konstruktionen dürfen nicht in die Richtfunktrassen ragen und müssen daher einen horizontalen Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-20m einhalten. Bitte beachten Sie diesen Umstand bei der weiteren Planung Ihrer Windkraftanlagen.
129		129.15		Z	Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrassen einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.
130		130	TenneT TSO GmbH		
130		130.01		Z	Im Bereich des Landkreises Cuxhaven verläuft unsere o. a Höchstspannungsfreileitung; die Achse der Leitung können Sie der beigelegten zeichnerischen Darstellung entnehmen.

130		130.02		E 01	Unsere Belange haben wir im Folgenden detailliert beschrieben - diese bitten wir in der Begründung zu Punkt 4.2.2 Windenergie „Ausschlussgebiete mit Pufferzonen mit aufzunehmen. Bei der Ausweisung der Potentialflächen für die Windenergiegewinnung in der Nähe zu unserer Höchstspannungsfreileitung sind nach EN 50341-3-4 folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten: Für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser. Für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser. Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.
130		130.03		A	Zur detaillierten Bearbeitung ist uns die Lage der einzelnen Windenergieanlagen (Koordinaten) sowie die Standorte mit NN-Angaben anzugeben.
130		130.04		A	Von TenneT TSO GmbH beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und Maßnahmen, die die Planungsabsicht berühren, sind nicht mitzuteilen.
133		133	Amt 32 Landkreis Cuxhaven		
133		133.01		Z	Im Rahmen der Beteiligung zum o. g. Regionalen Raumordnungsprogramm möchte ich darauf hinweisen, dass bei jeder Planung berücksichtigt werden sollte, dass im Rahmen des Baus eines Windparks, die Windkraftanlagen mittels Großraum-/ Schwertransporten angeliefert werden. Diese Transporte weisen in der Regel extrem große Abmessungen auf (Längen bis 60 oder gar 80 m, Breiten bis 6 m, Höhen bis 6 m, Gewichte zwischen 100 und 200 t sind keine Seltenheit je nach geplanter Größe der Windkraftanlagen).
133		133.02		Z	Für Transporte solcher Größenordnung muss die notwendige Infrastruktur vorhanden sein. Bei der Planung eines jeden Windparks sollte daher auch eine Beteiligung der jeweiligen Straßenbaulastträger der Straßen und Brücken erfolgen, die für die Erschließung eingeplant sind.
133		133.03		Z	Zuständig für Brückenprüfungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen ist die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Hannover, dies nur als Hinweis, da für die Bundes- und Landesstraßen ansonsten die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Stade zuständig ist.
134		134	Amt 53 Landkreis Cuxhaven		
134		134.01		E	Gesundheitliche Risiken durch Windenergieanlagen (WEA) können sich aus Eiswurf, periodischem Schattenwurf, Infraschall und Hörschall ergeben.

134		134.02		E 01	<p>Limitierend für den Abstand zwischen Siedlungsgebieten und WEA dürfte aus umweltmedizinischer Sicht im Regelfall der periodische Schattenwurf sein. Hier wird von Twardella kein konkreter Mindestabstand angegeben, sondern auf die WEA-Schattenwurf-Hinweise des Länderausschusses für Immissionsschutz hingewiesen. Obwohl die Berechnung auf der Grundlage dieser Hinweise hier nicht vorgenommen werden kann, so fällt doch in der beispielhaften Abbildung eines möglichen Beschattungsbereichs einer großen Windenergieanlage im Anhang der Hinweise eine „Belästigungsgrenze aufgrund geringen Schattenkontrastes“ von 1300 m auf. Die Distanzvorgaben des vorliegenden Entwurfs des Raumordnungsprogramms liegen mit 420 m für harte Tabuzonen und 1000 m bzw. 500 m für weiche Tabuzonen deutlich unterhalb dieses Wertes. Als Begründung wird in dem vorgelegten Entwurf ein Urteil des OVG NRW angeführt, nach dem eine optisch bedrängende Wirkung bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen zweifelsfrei gegeben ist. Hier handelt es sich jedoch aus umweltmedizinischer Sicht lediglich um eine Einzelfallentscheidung. Offen bleibt, ob eine optisch bedrängende Wirkung auch unterhalb dieser Distanz bestehen kann. Schließlich ist eine optische Bedrängung durch ein statisches Gebilde auch nicht einer Belästigung durch periodischen Schattenwurf gleichzusetzen. Da richterliche Entscheidungen bei derartigen Fragestellungen nur Ausfluss sich stets weiterentwickelnder wissenschaftlicher Erkenntnisse sein können, sollte die Begründung des hier nicht näher bekannten Urteils geprüft werden. Möglicherweise waren die WEA-Schattenwurf-Hinweise dort noch nicht bekannt.</p>
135		135	Amt 63.1 Landkreis Cuxhaven		
135		135.01		A	<p>Im Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 ist der Bereich Baudenkmalpflege nicht oder nur in ungenügender Form berücksichtigt worden. Zwar befinden sich – außer in einem Windpark – keine Baudenkmale direkt im Gebiet eines Windparks, aber an fast allen ausgewiesenen Standorten befinden sich Baudenkmale in deren näherer Umgebung.</p>
135		135.02		U	<p>Infolgedessen sind die Tabellen im Umweltbericht Teil C unter der Rubrik „Kultur- und sonstige Sachgüter“ in diesem Punkt überwiegend falsch dargestellt worden. Nur im Bereich des Windparks Kirchwistedt-Altewistedt findet der im Gebiet liegende Teilabschnitt einer denkmalgeschützten Straße auf Seite 66 Erwähnung. Ansonsten sind lt. Umweltbericht keine Denkmale betroffen, weder in den Gebieten noch in deren Umfeld. Dies ist unzutreffend.</p>

135		135.03		Z	Obgleich es zur Abstandsregelung im Umgebungsschutz von Baudenkmalen keine rechtlichen Vorschriften oder offiziellen Vereinbarungen gibt, wurde vom zuständigen Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur bzw. der staatlichen Denkmalfachbehörde, dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, eine Faustformel von 10m Mindest-Abstand je m Höhe der baulichen Anlagen vorgegeben. Diese Formel ist zwar nicht grundsätzlich anzuwenden, da die Entfernung auch von der topographischen Lage, der Bedeutung des Denkmals und sonstigen Parametern (z.B. vorhandene Bebauung, Bepflanzungen etc.) abhängig ist, stellt aber zumindest eine gewisse Richtschnur dar. Meines Wissens fordert der Landkreis Stade seit einiger Zeit einen grundsätzlichen Abstand von 800m von Windenergieanlagen zu Baudenkmalen, der aber auch noch – je nach Prüfung des Einzelfalles – ausgedehnt werden kann.
135		135.04		Z	Von landschaftsprägenden Denkmalen wie z.B. bestimmte Kirchen mit hohen Kirchtürmen, Burgen oder Windmühlen wird im Bundesland Bayern sogar grundsätzlich ein Abstand von 3km bei landschaftsändernden Vorhaben gefordert.
135		135.05		Z	Aufgrund der in dieser Hinsicht nur vagen niedersächsischen Abstandsempfehlung und der Tatsache, dass noch nicht überall Anlagenhöhen festgelegt worden sind, wurden bei der Beurteilung des Vorhabens in dieser Stellungnahme nur die Lage von Baudenkmalen berücksichtigt, die sich in einer Entfernung von bis zu 1200m zur Grenze des Plangebietes des jeweiligen Windparks befinden. Dieser Abstand wurde willkürlich von mir festgelegt, um einen mittleren Abstand zwischen vorhandenen Anlagen von rund 99m bis 150m Höhe beurteilen zu können und damit die meisten der in Betracht zu ziehenden Objekte zu erfassen.
135		135.06		Z	Die übrigen Baudenkmale, die in Abständen von 1200m bis ca. 2000m Entfernung liegen, fanden zunächst keine Berücksichtigung und wären erst im zweiten Abschnitt, bei der konkreten Ausweisung der Anlagen während der Aufstellung des Bebauungsplanes, ggf. noch zu berücksichtigen.
135		135.07		Z	Des weiteren wurden nicht nur die neu ausgewiesenen Flächen denkmalpflegerisch beurteilt, sondern auch die bereits in früheren Raumordnungsprogrammen festgesetzten Flächen, so dass nun ein genaueres Bild aller Standorte in baudenkmalfachlicher Hinsicht vorliegt. In der Tabelle wurde dargestellt, ob sich die Abstände auf die Alt- oder Neuflächen beziehen.
135		135.08		A	Außerdem wurden archäologische Denkmale nicht mit erfasst, auch wenn sie mir bekannt waren (wie z.B. die Altendeiche im Gebiet des Samtgemeinde Land Wursten).

135		135.09		Z	Es wird daraufhin gewiesen, dass ggf. eine für die Genehmigung erforderliche denkmalfachliche Erlaubnis nach § 10 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) versagt werden kann, wenn die geplanten Windenergieanlagen das Erscheinungsbild des Denkmals im Sinne des § 8 NDSchG erheblich beeinträchtigen würden (ist z.B. im Windpark Heerstedt-Lunestedt in Bezug auf die Galerieholländer-Windmühle Heerstedt bereits der Fall gewesen).
135		135.10		A	Da mittlerweile auch dem Eigentümer eines Baudenkmals Klagerecht eingeräumt worden ist, kann dieser, sofern er aus der Bebauung eine Beeinträchtigung für sein Denkmal erkennt, die sich z.B. aus der inneren Erlebbarkeit des Denkmals ableiten lässt, und die von der Behörde nicht gesehen wurde, die denkmalrechtliche Erlaubnis anfechten und damit den gesamten Bescheid aufheben (wie im Beispiel des Windparks Mittelstenahe, in welchem nach erfolgreicher Klage eine genehmigte Windenergieanlage wieder abgebaut werden muss).
135		135.11		U	Aus den vorgenannten Gründen sind die benachbarten Denkmale so früh wie möglich für die weiteren Planungen zu erfassen und sind deshalb im Umweltbericht des Raumordnungsprogramms aufzunehmen. Ob tatsächlich dann von den Windparks eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des § 8 NDSchG für die betroffenen Denkmale erkannt wird, wäre dann in den späteren Verfahren im Detail prüfend abzuklären.
135		135.12		SO 03	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Osterende 46 in Belum-Kehdingbruch Abstand zu Altflächen (in m) 900 Abstand zu neu ausgewiesenen Flächen (in m) 1100
135		135.13		SO 03	Baudenkmal Ehemalige Schmiede Osterende 52 in Belum-Kehdingbruch 900 1000
135		135.14		SO 03	Baudenkmal Kirche in Belum 1200 1400
135		135.15		SO 04	Baudenkmal Kirche in Bramstedt xxx 1200
135		135.16		SO 04	Baudenkmal Heimathaus Dorfstraße 24 in Bramstedt xxx 1200
135		135.17		SO 04	Baudenkmal Ehem. Schule Eilandstraße 1 in Bramstedt xxx 1200
135		135.18		SO 05	Baudenkmal Ehrenmal auf Friedhof in Wittstedt 500 900
135		135.19		SO 05	Baudenkmal Hofanlage Ortsstraße 10 in Wittstedt 650 1000
135		135.20		SO 05	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäudes Ortsstraße 6 in Wittstedt 850 1000
135		135.21		SO 07	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Holßelerfeld 7 xxx 1150
135		135.22		SO 22	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude und Scheune Bentwisch 7 in Oberndorf xxx 500
135		135.23		SO 22	Baudenkmal Ostedeich rechts xxx 650
135		135.24		SO 22	Baudenkmal Ostedeich links xxx 800
135		135.25		SO 22	Baudenkmal Taubenhaus Portshemm 1 in Geversdorf xxx 700
135		135.26		SO 22	Baudenkmal Wohnhaus Bentwisch 23 in Oberndorf xxx 1000
135		135.27		SO 22	Baudenkmal Hofanlage Laak 38 in Geversdorf xxx 900

135		135.28		SO 11	Baudenkmal Galerieholländer-Windmühle Wesermünder Str. 53 in Heerstedt xxx 750
135		135.29		SO 12	Baudenkmal Wassermühle Bröckelbeck 2 in Hemmoor xxx 500
135		135.30		SO 12	Baudenkmal Ehemalige Schule mit Nebengebäude Westersoder Schulstraße 7 in Hemmoor xxx 1100
135		135.31		SO 13	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof, Alte Dorfstraße in Holßel 1100 1600
135		135.32		SO 13	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Alte Dorfstraße 13 in Holßel 1100 1600
135		135.33		SO 13	Baudenkmal Wohnhaus Mühlentrift 1 in Neuenwalde xxx 1500
135		135.34		SO 14	Baudenkmal Scheune und Backhaus Ahe 9 in Kirchwistedt-Ahe xxx 800
135		135.35		SO 15	Baudenkmal Straßenabschnitt Zur Schmiede Im Plangebiet 400
135		135.36		SO 15	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Kuhstedter Straße 5 600 950
135		135.37		SO 17	Baudenkmal Gutspark mit Gutshaus Haneworth 250 400
135		135.38		SO 22	Baudenkmal Apeler Weg in Schiffdorf-Apeler 950
135		135.39		SO 22	Baudenkmal Schafstall in Loxstedt-Junkernhose 1100
135		135.40		SO 22	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof Am Beekeshoop in Bexhövede 1500
135		135.41		SO 23	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Työrgenstraße 6 in Stotel 500
135		135.42		SO 23	Baudenkmal Ehemalige Schule Fleester Straße 2 in Stotel 700
135		135.43		SO 23	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof An der Kirche 11 in Stotel 650
135		135.44		SO 24	Baudenkmal Jüdischer Friedhof Wanhödener Weg in Midlum 600
135		135.45		SO 25	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäudes An der Kreisstraße 27 in Misselwarden 550
135		135.46		SO 25	Baudenkmal Kirche in Misselwarden 600
135		135.47		SO 25	Baudenkmal Weserdeich 850
135		135.48		SO 27	Baudenkmal Scheune Alter Deich 110 in Nordholz 500
135		135.49		SO 27	Baudenkmal Weserdeich 550
135		135.50		SO 27	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Niederstrich 17 in Cappel 1000
135		135.51		SO 28	Baudenkmal Weserdeich 600
135		135.52		SO 28	Baudenkmal Galerieholländer-Windmühle Mühlenstraße 8 in Nordholz 1000
135		135.53		SO 29	Baudenkmal Gartenpavillon Cuxhavener Straße 58 in Nordleda 600
135		135.54		SO 29	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Cuxhavener Straße 1 in Nordleda 700
135		135.55		SO 29	Baudenkmal Ehem. Pastorenhaus mit Nebengebäude Otterndorfer Straße 15 in Nordleda 700
135		135.56		SO 29	Baudenkmal Kirche mit Kirchhof Otterndorfer Straße 14 in Nordleda 800
135		135.57		SO 31	Baudenkmal Schwebefähre Osten (könnte Weltkulturerbe werden) xxx 2700* Da die Schwebefähre eine Höhe von mind. 30m aufweist und als Weltkulturerbe angemeldet worden ist, wäre ein Abstand von mind. 3 km erforderlich, deshalb mit aufgeführt.
135		135.58		SO 32	Baudenkmal Kirche mit Friedhof in Kehdingbruch 500
135		135.59		SO 32	Baudenkmal Ehem. Schmiede Osterende 52 in Kehdingbruch 600

135		135.60		SO 32	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Osterende 46 in Kehdingbruch 700
135		135.61		SO 32	Baudenkmal Kirche Dorfstraße in Osterbruch 700
135		135.62		SO 33	Baudenkmal Weserdeich 400
135		135.63		SO 33	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude und Stall Padingbütteler Altendeich 76 550
135		135.64		SO 33	Baudenkmal Wohnhaus und ehem. Stall Padingbütteler Altendeich 86 600
135		135.65		SO 34	Baudenkmal Wassermühle Hainmühlen 800 1050
135		135.66		SO 37	Baudenkmal Denkmalanlage Am Friedhof in Wanna 600
135		135.67		SO 37	Baudenkmal Kirche mit Freifläche Mittelstraße 14 in Wanna 750
135		135.68		SO 38	Baudenkmal Wohnwirtschaftsgebäude Schlipp 8 in Sievern 1200
135		135.69		SO 39	Baudenkmal Weserdeich 200
135		135.70		SO 39	Baudenkmal Ochsenturm in Imsum 650
136	a	136a	Amt 63.2 Landkreis Cuxhaven		
136		136	Amt 63.2 Landdkreis Cuxhaven		
136		136.01		E 01	Nach Ziffer 4.2.2 Unterpunkt 10 (Seite 6) der Beschreibenden Darstellung ist ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern bei der Errichtung von Windenergieanlagen einzuhalten. Diese Abstandsberessungen werden im Begründungs-/Erläuterungsentwurf (Stand Juni 2014 – S. 5) unter Rückgriff auf die Rechtsprechung des BVerwG 4 CN 1.11 und des Nieders. Oberverwaltungsgerichtes 12 KN 146/12 zu den harten und weichen Tabuzonen hergeleitet. Diese Zuordnung ist nachvollziehbar und begegnet keinen Bedenken
136		136.02		E 01	Die daraufhin im Arbeitsschritt 1 – harte Tabuzonen und im Arbeitsschritt 2 – weiche Tabuzonen vorgenommene Ableitung ist in sich schlüssig. Die mit dem Ergebnis im „Arbeitsschritt 1 – harte Tabuzonen“ (S. 7) zitierte Rechtsprechung des OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil 8 A 2764/09, dass eine optisch bedrängende Wirkung bei einem geringeren Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen zweifelsfrei eine optische bedrängende Wirkung gegeben ist, ist nachvollziehbar. Die angeführte Rechtsprechung des OVG Nordrhein-Westfalen wurde im Übrigen durch den Beschluss des BVerwG vom 23.12.2010, Az. 4 B 36.10 bestätigt.
136		136.03		E 01	Die Einordnung von Ortslagen und Puffer sowie sonstige wohnbauliche Nutzung z.B. Einzellage und Puffer 420 m als harte Tabuzonen ist folgerichtig. Mit diesen Festlegungen wird das Gebot der Rücksichtnahme aus § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung gewahrt.

136		136.04		E 01	Die weiter unter Arbeitsschritt 2 – weiche Tabuzonen vorgenommen Ausweitung der Puffer um Ortslagen von insgesamt 1.000 m (inkl. der 420m harte Tabuzone) und Puffer um sonstige wohnbauliche Nutzungen z.B. Einzellagen von insgesamt 500 m (inkl. der 420 m harte Tabuzone) aus Gründen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche gewährt einen ausreichenden Schutz.
136	a	136a.01		SO 05	Der Antrag ImG 22/2013 für die Errichtung von 5 Windenergieanlagen ist am 19.12.2013 beim Landkreis Cuxhaven eingegangen. Sollte der vorliegende Entwurf des RROP 2014 in der vorliegenden Form rechtskräftig werden, wäre die im Antrag als WKA 5 (E-82) bezeichnete Windkraftanlage nicht genehmigungsfähig, da der geplante Standort der WKA 5 nicht in einem Vorranggebiet für Windenergiegewinnung liegen würde.
137		137	Amt 63.3 Landkreis Cuxhaven		
137		137.01		SO 21	In der Detailkarte 21 ist in der Legende ein bauleitplanerisch gesicherter Bereich angegeben, der im Plan nicht auffindbar ist.
137		137.02		SO 29	In der Detailkarte 29 (Nordleda) sind nur die überbaubaren Grundstücksflächen als bauleitplanerisch gesicherter Bereich angegeben. Dies wurde in den anderen Bereichen, in denen ein Bebauungsplan existiert, nicht so gehandhabt.
137		137.03		SO 03	In Belum existieren innerhalb der Vorranggebiete ausgenommene Bereiche, die zum Teil aber bauleitplanerisch gesichert sind. Da dies auf Anhieb nicht verständlich ist, wird vorgeschlagen, entweder in der Begründung oder durch ein anderes Planzeichen den Sinn zu verdeutlichen.
137		137.04		SO 10	In Lohe existieren innerhalb der Vorranggebiete ausgenommene Bereiche, die zum Teil aber bauleitplanerisch gesichert sind. Da dies auf Anhieb nicht verständlich ist, wird vorgeschlagen, entweder in der Begründung oder durch ein anderes Planzeichen den Sinn zu verdeutlichen.
137		137.05		SO 31	In Osten existieren innerhalb der Vorranggebiete ausgenommene Bereiche, die zum Teil aber bauleitplanerisch gesichert sind. Da dies auf Anhieb nicht verständlich ist, wird vorgeschlagen, entweder in der Begründung oder durch ein anderes Planzeichen den Sinn zu verdeutlichen.
137		137.06		E 01	Es ist zwar einleuchtend, dass auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms die Ausschlusskriterien für Windparks grob sind. Dennoch ist aus der Sicht der Bauleitplanung die Gleichsetzung von Ortslage mit Wohnbebauung (z.B. auf Seite 9 der Begründung oben) nicht korrekt. Denn die Dörfer sind häufig noch als gemischte Bauflächen dargestellt, haben also in Immissionsschutzrechtlich keinen höheren Schutzanspruch als Häuser im Außenbereich. Auch ist der Fall vorstellbar, dass am betreffenden Ortsrand – wie in Westerwanna - ein Gewerbegebiet existiert.

137		137.07		U	Im Umweltbericht wird zum Schutzgut Mensch ebenfalls nur auf die Wohnnutzung eingegangen. Ob hier zum Beispiel auch die Freizeitnutzung eine Rolle spielt, wird nicht thematisiert. Auch auf Sachgüter wird nicht eingegangen. Es wäre m.E. gut, dass – falls keine betroffen sind – dies zumindest erwähnt würde.
138		138	Amt 66 Landkreis Cuxhaven		
138		138.1		A	Aus Sicht der Kreisstraßenmeisterei Dorum wurde folgende Stellungnahme abgegeben: Grundsätzlich bestehen von hier keine Bedenken. Aus den hier vorliegenden Unterlagen ist nicht ersichtlich, dass wir als Straßenbaulastträger irgendwie betroffen sind.
138		138.2		A	Evtl. Inanspruchnahme von Grund und Boden des Straßenbaulastträgers sind frühzeitig vom Antragsteller bei der KSM Dorum schriftlich zu beantragen.
138		138.3		A	Vorsorglich wird schon jetzt darauf hingewiesen, dass nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass alle vom Antragsteller geplanten Eingriffe auf dem Grundstück des Straßenbaulastträgers genehmigt werden.
139		139	Amt 67 Landkreis Cuxhaven		
139		139.100		SO 12	Für den Seeadler und den Uhu wird im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse als erforderlich erachtet. Das Vorkommen des Seeadlers ist etwa 3,9 bis 4,0 km vom nordwestlichen Rand des Vorranggebietes Windenergienutzung "Hemmoor-Bröckelbeck" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 entfernt. Das Vorkommen des Uhus ist etwa 1,1 bis 1,2 km vom südlichen Rand dieses Vorranggebietes Windenergienutzung nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 entfernt. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Seeadler-Vorkommen und das Uhu-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.101		SO 12	Im Bereich des Westerbergs befindet sich mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Vorkommen des Rotmilans. Der Standort des Vorkommens liegt mir derzeit noch nicht vor, so dass entsprechende Analysen im Hinblick auf den Mindestabstand und den Prüfbereich derzeit noch nicht möglich sind (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.500 m und Prüfbereich 4.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.102		SO 12	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Hemmoor-Bröckelbeck" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Westerberge bei Rahden" beträgt etwa 550 m.
139		139.103		SO 13	Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.

139		139.104		SO 13	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Holßel/Neuenwalde" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Dorumer Moor" beträgt etwa 700 m; der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Holßel/Neuenwalde" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Dorumer Moor" beträgt etwa 590 m.
139		139.105		SO 14	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 031 und 070 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Südlich Ahe" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 14 bis 16 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für die Geestbereiche der Gebiete 031 und 070, die nicht zum potenziell wertvollen Fledermauslebensraum gehören, "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten - Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden". Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für die Hochmoor-, Niedermoor- und Gley-Bereiche der Gebiete 031 und 070 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".
139		139.106		SO 15	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 027, 049, 090 und 188 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Kirchwistedt-Altewistedt und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/ 21.07.2014 [Seite 37 bis 39 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Auf der Grundlage vorhandener Daten (und vorbehaltlich erforderlicher Untersuchungen) lautet die Einstufung für die Gebiete 027 und 188 sowie für die weit überwiegenden Teile der Gebiete 049 und 090 "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten - Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden". Für kleine Teile der Gebiete 049 und 090 lautet die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet".
139		139.107		SO 16	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Köhlen-Brockoh" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.108		SO 16	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Köhlen-Brockoh" liegt nahezu vollständig in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Wiesenweihe] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).

139		139.109		SO 16	Innerhalb des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Köhlen-Brockoh" befindet sich ein Vorkommen der Rohrweihe (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.110		SO 16	Nach den mir derzeit vorliegenden Daten sind innerhalb des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Köhlen-Brockoh" (mindestens) zwei Vorkommen des Großen Brachvogels vorhanden; hinzu kommen zwei weitere Vorkommen in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 500 m und Prüfbereich 1.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.111		SO 16	Für den Seeadler werden im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren Untersuchungen als erforderlich erachtet. Das Vorkommen des Seeadlers ist etwa 3,4 bis 3,6 km vom nordöstlichen Rand des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Köhlen-Brockoh" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 entfernt. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Seeadler-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.112		SO 17	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit der Lfd. Nr. 001, 003, 166, 180, 203 und 207 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Lamstedt/Mittelstenahe und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/ 21.07.2014 [Seite 30 bis 33 des PDF-Dokuments].Einstufung: Für den Teil des Gebietes 001, der als mögliche Erweiterungsfläche zu prüfen ist, sowie für die Gebiete 003, 180, 203 und 207 lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Hiervon sind kleinere Teilbereiche, v.a. im südöstlichen Teil des Gebietes 001, ausgenommen; diese weisen dann jedoch einen zu geringen Abstand zum bestehenden Windpark Lamstedt/Mittelstenahe auf.
139		139.113		SO 17	Der westliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" bzw. des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Lamstedt/Mittelstenahe" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 liegt in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung und grenzt an ein Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung an. Im Rahmen nachfolgender Planungen und Verwaltungsverfahren wurden gravierende artenschutzrechtliche Probleme für den o.g. westlichen Teil festgestellt. Auf die Darstellung des westlichen Teils des Vorranggebietes Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" ist zu verzichten (= Gemarkung Mittelstenahe - Flur 3 - Flurstücke 57/1, 58, 63, 64, 65, 75, 111, 230/61). Bei Bedarf kann dieses in einer Karte konkretisiert werden.

139		139.114		SO 18	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Debstedt" gibt es keine Potenzialfläche über 19 ha; die Flächengröße der Potenzialfläche 093 beträgt lediglich 16,62 ha. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.115		SO 19	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit der Lfd. Nr. 020 und 066 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Langen-Krempel und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 35 bis 37 des PDF-Dokuments].Einstufung: Für den weit überwiegenden Teil des Gebietes 020 und den derzeit durch Windenergieanlagen geprägten und somit vorbelasteten Teil des Gebietes 066 lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet". Für den durch den Biotoptyp "Sumpfwald" geprägten Teil des westlichen Gebietes 020 (unterhalb der 10 m-Höhenlinie), den sehr kleinen östlichen Teil innerhalb der naturräumlichen Einheit "Wannaer Niederungen" des Gebietes 066, den 200 m-Puffer zu den Kompensationsflächen und dem 500 m-Puffer zum Uhu-Vorkommen - außerhalb des durch Windenergieanlagen vorbelasteten Bereichs - im Gebiet 066 lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Für einen verbleibenden kleinen Teil des Gebietes 066 innerhalb des 1.000 m-Puffers zum Uhu-Vorkommen lautet die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet".
139		139.116		SO 19	Innerhalb des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Krempel" befindet sich ein Vorkommen des Uhus. Für den Uhu ist im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse veranlasst worden. Bisher ist nur ein Zwischenbericht vorhanden. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Uhu-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.117		SO 20	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Sievern" gibt es keine Potenzialfläche über 19 ha; die Flächengröße der Potenzialfläche 117 beträgt lediglich 8,67 ha. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.

139		139.118		SO 20	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Langen-Sievern (Nord)" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Dorumer Moor" beträgt lediglich etwa 200 m; der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Langen-Sievern (Süd)" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Extensivweiden nördlich Langen" beträgt lediglich etwa 140 m.
139		139.119		SO 21	Für das Vorranggebiet Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt" gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.120		SO 21	Für den Seeadler wird im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse als erforderlich erachtet. Das Vorkommen des Seeadlers ist etwa 2,0 bis 2,1 km vom südöstlichen Rand des Vorranggebietes Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 entfernt. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Seeadler-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.121		SO 22	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Loxstedt-Nüchel" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.122		SO 23	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Loxstedt-Stotel" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.123		SO 23	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Loxstedt-Stotel" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" beträgt lediglich etwa 10 m.
139		139.124		SO 24	Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.125		SO 25	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Misselwarden" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.

139		139.126		SO 25	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Misselwarden" grenzt unmittelbar an ein Vogelbrutgebiet mit potenzieller Bedeutung an - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate (... m.E. eigentlich ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung - aufgrund neuer Daten und neuer Bewertungsmethodik); mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Wiesenweihe] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).
139		139.127		SO 25	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Misselwarden" gibt es mehrere Vorkommen der Wiesenweihe. Der überwiegende bzw. weit überwiegende Teil des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Misselwarden" - geschätzt 75 bis 80 % - liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers um die Wiesenweihen-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.128		SO 25	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Misselwarden" liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).
139		139.129		SO 25	Im Zuge der nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist der Windpark Misselwarden (Repowering) seitens des Naturschutzamtes aus artenschutzrechtlichen Gründen als nicht genehmigungsfähig betrachtet worden.
139		139.130		SO 25	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Misselwarden" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Europäischen Vogelschutzgebiet "Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer" bzw. dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer" beträgt etwa 940 m.
139		139.131		SO 26	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Neuenkirchen" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.132		SO 27	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Nordholz/Cappel-Neufeld" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.133		SO 27	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordholz/Cappel-Neufeld" grenzt unmittelbar an ein Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung an - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate (... m.E. eigentlich ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung - aufgrund neuer Daten und neuer Bewertungsmethodik); mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Wiesenweihe] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).

139		139.134		SO 27	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordholz/Cappel-Neufeld" gibt es mehrere Vorkommen der Wiesenweihe. Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordholz/Cappel-Neufeld" liegt vollständig innerhalb des 1.000 m-Puffers um die Wiesenweißen-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.135		SO 27	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordholz/Cappel-Neufeld" liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).
139		139.136		SO 27	Im Zuge der nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist der Windpark Nordholz/Cappel-Neufeld (Repowering) seitens des Naturschutzamtes aus artenschutzrechtlichen Gründen als nicht genehmigungsfähig betrachtet worden.
139		139.137		SO 27	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordholz/Cappel-Neufeld" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Europäischen Vogelschutzgebiet "Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer" bzw. dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer" beträgt etwa 550 m.
139		139.138		SO 28	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Nordholz/Spieka-Neufeld" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.139		SO 28	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordholz/Spieka-Neufeld" liegt vollständig in einem Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Wiesenweihe] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).
139		139.140		SO 28	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordholz/Spieka-Neufeld" gibt es mehrere Vorkommen der Wiesenweihe. Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordholz/Spieka-Neufeld" liegt vollständig innerhalb des 1.000 m-Puffers um die Wiesenweißen-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.141		SO 28	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordholz/Spieka-Neufeld" grenzt unmittelbar an einen Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung an (= Weiche Tabuzone); kleine Teile des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Nordholz/Spieka-Neufeld" liegen innerhalb des Gastvogellebensraums mit nationaler Bedeutung.

139		139.142		SO 28	Im Zuge der nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist der Windpark Nordholz/Spieka-Neufeld (Repowering) seitens des Naturschutzamtes aus artenschutzrechtlichen Gründen als nicht genehmigungsfähig betrachtet worden.
139		139.143		SO 28	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordholz/Spieka-Neufeld" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Europäischen Vogelschutzgebiet "Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer" bzw. dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer" beträgt etwa 670 m.
139		139.144		SO 29	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Nordleda" gibt es keine Potenzialfläche über 19 ha; die Flächengröße der Potenzialfläche 281 beträgt lediglich 0,17 ha. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.145		SO 29	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Nordleda" liegt vollständig in einem Vogelbrutgebiet mit potenzieller Bedeutung - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Weißstorch] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung.
139		139.146		SO 29	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordleda" gibt es mehrere Vorkommen des Weißstorks (... nach derzeitigem Kenntnisstand sind es sieben Vorkommen). Etwa ein Drittel des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Nordleda" liegt innerhalb der 1.000 m-Puffer um die Weißstorch-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.147		SO 29	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordleda" gibt es ein bzw. zwei Vorkommen der Wiesenweihe; das eine Vorkommen grenzt unmittelbar an; das andere Vorkommen ist etwa 2,9 bis 3,0 km entfernt. Etwa ein Drittel des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Nordleda" liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers um das Wiesenweihe-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.148		SO 30	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 062 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Zwischen Odisheim und Stinstedt" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 27 bis 29 des PDF-Dokuments].Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für das Gebiet 062 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".

139		139.149		SO 30	Für den Seeadler ist im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse veranlasst worden. Nach dem vorliegenden Bericht ist ein Konflikt zwischen der geplanten Windenergienutzung und der Bedeutung des Gebietes als Lebensraum für den Seeadler nicht erkennbar. Die Raumnutzungsanalyse wurde wg. des Brutabbruchs des Seeadlers im Jahr 2014 abgebrochen
139		139.150		SO 31	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 009 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Zwischen Osten und Isensee" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 6 bis 8 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Vorbehaltlich der fehlenden Untersuchungen (v.a. zu Brut- und Gastvögeln sowie Fledermäusen) lautet die Einstufung für den überwiegenden Teil des Gebietes 009 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet". Für den südöstlichen Teil des Gebietes 009 lautet die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet"; hierbei handelt es sich um den Bereich, der im Zuge der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 in der Abwägung entfallen ist, des Weiteren um den kleinen o.g. Wald mit einer Flächengröße von unter 1 ha.
139		139.151		SO 32	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Osterbruch/Kehdingbruch" gibt es keine Potenzialfläche; unmittelbar an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich grenzt die Potenzialfläche 174 an (Flächengröße: 3,27 ha). Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/ 21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.152		SO 32	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Osterbruch/Kehdingbruch" liegt nahezu vollständig in einem Vogelbrutgebiet mit potenzieller Bedeutung - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Weißstorch] handelt es sich überwiegend - zu etwa 75 % - um ein Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung.
139		139.153		SO 32	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Osterbruch/Kehdingbruch" liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung.
139		139.154		SO 33	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Padingbüttel" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.

139		139.155		SO 33	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Padingbüttel" gibt es mehrere Vorkommen der Wiesenweihe. Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Padingbüttel" liegt vollständig innerhalb des 1.000 m-Puffers um die Wiesenweihen-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.156		SO 33	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Padingbüttel" gibt es ein Vorkommen der Rohrweihe. Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Padingbüttel" liegt vollständig innerhalb des 1.000 m-Puffers um das Rohrweihen-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.157		SO 33	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Padingbüttel" liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung (= Weiche Tabuzone).
139		139.158		SO 33	Im Zuge der nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist der Windpark Padingbüttel (Repowering) seitens des Naturschutzamtes aus artenschutzrechtlichen Gründen als nicht genehmigungsfähig betrachtet worden.
139		139.159		SO 33	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Padingbüttel" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Europäischen Vogelschutzgebiet "Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer" bzw. dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer" beträgt lediglich etwa 350 m.
139		139.160		SO 34	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 069 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Ringstedt und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 49 bis 51 des PDF-Dokuments].Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen (v.a. zum Seeadler und zum Rotmilan, aber auch zu den anderen Großvogel-Arten) lautet die Einstufung für das Gebiet 069 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".
139		139.161		SO 34	In räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Ringstedt" bzw. zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Ringstedt" gibt es einen Horststandort des Seeadlers.

139		139.162		SO 36	<p>Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 048, 063, 115, 152, 157 und 192 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Uthlede und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/ 21.07.2014 [Seite 41 bis 43 des PDF-Dokuments].Einstufung: Für die Gebiete 048, 063, 115, 118 und 192 lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet". Für den östlich des Gewässers "Kuhfleth" gelegenen Teil des Gebiets 048 wird aus mehreren Gründen ein Verzicht auf eine Darstellung als Vorranggebiet Windenergienutzung empfohlen: Im Falle einer nochmaligen Erweiterung des Windparks Uthlede würde sich der Windpark über eine NNW-SSO-Ausdehnung von etwa 4,1 km (!) erstrecken. Diese Teilfläche weist mit 500 m zudem eine besondere Nähe zu zwei Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung auf ("Kuhlmoor, Tiefenmoor" und "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen"); insoweit erfolgt hier eine Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet". Für das Gebiet 118 ist eine enge Abstimmung mit den Planungen und Verwaltungsverfahren bzgl. Windenergienutzung im Bereich des Landkreises Osterholz erforderlich. Auch hier würde im Falle einer nochmaligen Erweiterung des Windparks Uthlede sich der Windpark in N-S-Ausdehnung über etwa 3,4 km (!) erstrecken. Dieses Gebiet weist zudem mit 500 m eine besondere Nähe zu einem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung auf ("Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen"); hier gibt es eine Tendenz zur Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich un-geeignet". Für die Gebiete 152 und 157 lautet die Einstufung "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten - Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden".</p>
139		139.163		SO 36	<p>Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Uthlede" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" beträgt 500 m; der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Uthlede" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" beträgt etwa 600 m.</p>

139		139.164		SO 37	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wanna" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.165		SO 37	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Wanna" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Aßbütteler und Herrschaftliches Moor" beträgt etwa 640 m.
139		139.166		SO 38	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wremen-Grauwallkanal" gibt es keine Potenzialfläche mit über 19 ha; in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich gibt es zwei Potenzialflächen unter 19 ha (Potenzialfläche 277 mit einer Flächengröße von 0,19 ha und Potenzialfläche 315 mit einer Flächengröße von 0,04 ha). Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.
139		139.167		SO 38	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Wremen-Grauwallkanal" ist fast vollständig von Vogelbrutgebieten mit lokaler Bedeutung umgeben - ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Weißstorch] handelt es sich um Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung. Im westlichen bzw. südwestlichen Bereich ragt das Vogelbrutgebiet in den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich hinein. - Das nachfolgend genannte Wiesenweihen-Vorkommen ist bei der o.g. Bewertung des Vogelbrutgebietes (noch) nicht berücksichtigt.
139		139.168		SO 38	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Wremen-Grauwallkanal" gibt es ein Vorkommen der Wiesenweihe. Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Wremen-Grauwallkanal" liegt zu etwa einem Viertel innerhalb des 1.000 m-Puffers um das Wiesenweihen-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.169		SO 38	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Wremen-Grauwallkanal" grenzt unmittelbar an einen Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung an (= Weiche Tabuzone); kleine Teile des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wremen-Grauwallkanal" liegen innerhalb des Gastvogellebensraums mit nationaler Bedeutung.
139		139.170		SO 39	Im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wremen-Schottwarden" gibt es keine Potenzialfläche. Für diesen Standort gibt es keine Aussagen in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014. Sofern eine naturschutzfachliche Einschätzung erforderlich ist, bitte ich um Rückmeldung.

139		139.171		SO 39	In räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Wremen-Schottwarden" gibt es ein Vorkommen des Weißstorchs. Der östliche Teil des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wremen-Schottwarden", in dem sich keine Windenergieanlagen befinden, liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers um das Weißstorch-Vorkommen (Abstandsempfehlung: Mindestabstand 1.000 m und Prüfbereich 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten 2014).
139		139.172		SO 39	Der Bauleitplanerisch gesicherte Bereich "Wremen-Schottwarden" grenzt unmittelbar an einen Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung an (= Weiche Tabuzone); der östliche Teil des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wremen-Schottwarden", in dem sich keine Windenergieanlagen befinden, liegt innerhalb des Gastvogellebensraums mit nationaler Bedeutung.
139		139.173		SO 39	Im Zuge der nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist der Windpark Wremen-Schottwarden (Repowering) seitens des Naturschutzamtes aus artenschutzrechtlichen Gründen als nicht genehmigungsfähig betrachtet worden.
139		139.174		SO 39	Der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Wremen-Schottwarden" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Europäischen Vogelschutzgebiet "Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer" bzw. dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer" beträgt lediglich etwa 130 m.
139		139.175		U	Im Umweltbericht wird jeweils auch das Umfeld eines Windenergiestandortes (Vorranggebiet Windenergienutzung oder Bauleitplanerisch gesicherter Bereich) betrachtet. Das Umfeld ist schutzgutspezifisch definiert und in der Tab. 2-2 des Anhangs 1 aufgeführt. Die Größe des Umfelds orientiert sich dabei vielfach am Kriterienkatalog zur Neuaufstellung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms [Sitzungsvorlage 4/2014 und zugehörige Anlage - vom Kreisausschuss am 26. März 2014 beschlossen]. Das Umfeld bei Waldflächen > 1 ha beträgt lt. der Tab. 2-2 100 m. Dieses führt dazu, dass beim Standort Bederkesa-Alfstedt beispielsweise beim Schutzgut "Waldflächen > 1 ha" (Pkt. 2.30) weder für das Plangebiet noch für das Umfeld eine Betroffenheit angegeben wird. Tatsächlich werden durch das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" drei Waldflächen mehr oder weniger umschlossen. Formal ist die Aussage zur Nicht-Betroffenheit korrekt, da der Abstand von 100 m jeweils eingehalten wird. Tatsächlich ist die Betroffenheit des Schutzgutes "Waldflächen > 1 ha" jedoch nicht zu verneinen, sondern zu bejahen
139		139.176		U	Auch für andere Schutzgüter bzw. Kriterien ist das Umfeld zu gering definiert; dies gilt vor allem für Naturschutzgebiete (Umfeld 200 m), Vorranggebiete Natur und Landschaft (Umfeld 200 m) und geschützte Biotope (Umfeld 200 m).

139		139.177		U	Es ist nicht ausreichend, für die FFH-Verträglichkeitsvorprüfung nur die Erhaltungsziele und Schutzzwecke - und weitere Informationen des Standard-Datenbogens - des jeweiligen Natura 2000-Gebietes heranzuziehen. Zu berücksichtigen sind vielmehr alle beachtenswerten Arten des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie.
139		139.178		U	Neben dem EU-Vogelschutzgebiet "Niedersächsisches Wattenmeer und angrenzendes Küstenmeer" (DE-2210-401) sind auch das EU-Vogelschutzgebiet "Unterelbe" (DE-2121-401) und das EU-Vogelschutzgebiet "Unterweser" (DE-2617-401) - sowie ggf. weitere EU-Vogelschutzgebiete in benachbarten Gebietskörperschaften - einzubeziehen, trotz ihres (größeren) Abstandes von über 1.200 m zu Vorranggebieten Windenergienutzung bzw. zu entsprechenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.
139		139.179		U	Gemäß dem Urteil des OVG Lüneburg vom 17.10.2013 (12 KN 277/11) reicht es für die gemäß § 7 Abs. 6 ROG und Art. 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie erforderliche Prüfung der FFH-Verträglichkeit nicht aus, bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms mit Blick auf die Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten problematische Gebiete zu benennen und die weitere Prüfung nachfolgender Planung oder dem Genehmigungsverfahren vorzubehalten. - Hieraus folgt m.E., dass es nicht bei einer FFH-Verträglichkeitsvorprüfung bleiben kann, sondern eine vertiefte Prüfung erforderlich ist.
139		139.180		U	Gemäß dem Urteil des OVG Lüneburg vom 17.10.2013 (12 KN 277/11) können auch die Austauschbeziehungen zwischen verschiedenen FFH-Gebieten dem Schutzregime des Gebietsschutzes unterfallen. Im zugrunde liegenden Fall befand sich nordwestlich eines Vorrang- und Eignungsgebietes Windenergienutzung im Landkreis Heidekreis (bzw. Landkreis Soltau-Fallingb.) das FFH-Gebiet DE2725-301/EU-Vogelschutzgebiet DE2825-401 "Lüneburger Heide" in einer Entfernung von 1.000 m in nordwestlicher Richtung, das FFH-Gebiet DE2626-331 "Gewässersystem der Luhe und der unteren Neetze" in einer Entfernung von 2.500 m in südöstlicher Richtung und das EU-Vogelschutzgebiet DE3026-401 "Truppenübungsplatz Munster Nord und Süd" in einer Entfernung von annähernd 7.000 m in südöstlicher Richtung. In dem Urteil wird festgestellt, dass auch die Austauschbeziehungen zwischen den verschiedenen Gebieten dem Gebietsschutz unterfallen (RdNr. 51).
139		139.001		A	In der Naturschutzfachlichen Einschätzung werden die Defizite bzgl. der Erfassungen und Bewertungen, v.a. zu Brut-, Gast- und Zugvögeln sowie zu Fledermäusen, benannt. Es stellt sich die Frage, ob im Falle sehr rudimentärer Datenlage die Darstellung eines Vorranggebietes Windenergienutzung rechtlich durchzuhalten ist - oder ob nicht die Darstellung eines Eignungsgebietes Windenergienutzung u.U. die bessere Wahl wäre.

139		139.002		B 04	Das Ziel in Kap. 4.2.2, Ziffer 04, Satz 1 und 2 zum vollständigen Rückbau nach Beendigung des Betriebs eines Windparks wird ausdrücklich begrüßt. Dieses trägt Belangen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft Rechnung, v.a. im Hinblick auf das Schutzgut Boden.
139		139.003		B 05	Der Grundsatz in Kap. 4.2.2, Ziffer 05, Satz 1 sollte - wie bisher im RROP 2012 - als Ziel formuliert werden: "Innerhalb eines ausgewiesenen Vorranggebietes Windenergienutzung sind nur Anlagen gleicher Art hinsichtlich Anzahl der Flügel, Drehrichtung und Farbgebung (nicht reflektierend) zu errichten."
139		139.004		B 05	Das Ziel in Kap. 4.2.2, Ziffer 05, Satz 2 bezieht sich in der derzeitigen Formulierung lediglich auf Vorranggebiete Windenergienutzung. Dieses hat zur Folge, dass bei Vorranggebieten Windenergienutzung mit räumlich angrenzenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und/oder bestehenden Windenergieanlagen ohne Darstellung im RROP-Entwurf Juni 2014 drei oder mehr unterschiedliche Höhen vorkommen können. Dieser Fall könnte beispielsweise bei den Standorten "Bramstedt-Wittstedt", "Lamstedt/Mittelstenahe" und "Langen-Krempel" auftreten. Um tatsächlich zu gewährleisten, dass in einem Windpark nur zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorkommen, ist die bisherige Zielformulierung im RROP besser geeignet: "Innerhalb eines Windparks sind maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig."
139		139.005		B 10	Beim Ziel in Kap. 4.2.2, Ziffer 10, Satz 1 lautet die derzeitige Formulierung "(...), wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden". Der Begriff "wesentlich" ist in diesem Zusammenhang problematisch; eine Auseinandersetzung über wesentliche oder nur unwesentliche Verschlechterungen absehbar. Das Ziel sollte wie folgt gefasst werden: "(...), wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden".

139		139.006		B 10	Im Grundsatz bietet ein Repowering die Chance, Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren, die Landschaft "aufzuräumen" und einzelne Streuanlagen zurückzubauen, negative Auswirkungen der Altanlagen zu beseitigen, die Anzahl der Windenergieanlagen zu reduzieren und durch den Einsatz moderner Windenergieanlagen den Beitrag zum Klimaschutz zu erhöhen. Im Hinblick auf die Belange von Natur und Landschaft ist die Art und das Maß des Repowerings von entscheidender Bedeutung . Möglicherweise ist es sinnvoll, bereits auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms ein Maß für das Repowering festzulegen, um auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung und des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu schnelleren und besseren Ergebnissen zu kommen, also möglichst "Win-Win-Situationen" zu erzeugen. Bei vielen älteren Windparks mit einer gesamten installierten Leistung von unter 5 MW oder 5-10 MW ließe sich die derzeitige installierte Leistung bereits durch zwei oder drei Windenergieanlagen neueren Typs erreichen.
139		139.007		Z	In der o.g. Naturschutzfachlichen Einschätzung erfolgte keine Prüfung der Bauleitplanerisch gesicherten Bereiche bzw. der vorhandenen Windparks außerhalb der Potenzialflächen. Eine derartige Prüfung ist in dieser Stellungnahme auch nicht enthalten.
139		139.008		SO 22	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".
139		139.009		SO 23	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".

139		139.010		SO 25	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".
139		139.011		SO 27	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".
139		139.012		SO 28	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".
139		139.013		SO 33	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".

139		139.014		SO 38	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".
139		139.015		SO 39	Bei folgenden Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung sind im Falle eines Repowerings erhebliche Probleme im Hinblick auf Natur und Landschaft (einschließlich Artenschutz) absehbar. Diese Standorte liegen in weichen Tabuzonen, v.a. mit den Kriterien "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung (einschließlich 200 m-Puffer)" und "Gastvogellebensraum mit internationaler oder nationaler Bedeutung (einschließlich 500 m-Puffer)"; mehrfach tritt eine Überlagerung mit anderen Kriterien auf, v.a. mit den Kriterien "Natura 2000-Gebiet (mit Puffer 500 m)", "Gesetzlich geschütztes Biotop ab einer Flächengröße von 5 ha (mit Puffer 200 m)", "Waldfläche ab einer Flächengröße von 1 ha (mit Puffer 100 m)".
139		139.016		B 10	Das Ziel in Kap. 4.2.2, Ziffer 10, Satz 4 lautet: "Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 100 m überschritten werden, ist ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern einzuhalten." Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich
139		139.017		SO 22	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.018		SO 25	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.019		SO 26	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen

139		139.020		SO 27	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.021		SO 29	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.022		SO 32	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.023		SO 33	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.024		SO 37	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.025		SO 39	Hierdurch ist bei sehr vielen Bauleitplanerisch gesicherten Bereichen außerhalb von Vorranggebieten Windenergienutzung ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich. Hierzu sind insbesondere folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche zu rechnen
139		139.026		SO 06	Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)
139		139.027		SO 18	(v.a. östlicher Teil) Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)
139		139.028		SO 19	Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)
139		139.029		SO 20	Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)

139		139.030		SO 23	Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)
139		139.031		SO 28	Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)
139		139.032		SO 36	(Nordwestlicher Teil) Mit dem überwiegenden Teil oder doch sehr erheblichen Teilen sind hier folgende Bauleitplanerisch gesicherte Bereiche betroffen (ein Repowering mit Gesamthöhen von über 100 m nicht möglich)
139		139.033		SO 02	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" mehrere Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich etwa 0,2 bis 0,3 km.
139		139.034		SO 04	Innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 liegt ein Wald mit einer Flächengröße von 0,9 ha, der dem Biotoptyp "Birken- und Kiefernwald entwässerter Standorte" zuzurechnen ist. Es wird als erforderlich erachtet, diesen Wald einschließlich des 100 m-Puffers aus dem Vorranggebiet Windenergienutzung herauszunehmen, auch um das im RROP in Kapitel 3.2.1.2 Forstwirtschaft unter Ziffer 05 formulierte Ziel einhalten zu können: "Wald sowie sämtliche Waldränder einschließlich einer Übergangszone sind grundsätzlich von Bebauung frei-zuhalten. Mit Bebauung und sonstigen störenden Nutzung sowie bei der Bauleitplanung ist ein Abstand von 100 m zum Waldrand einzuhalten. Die Entwicklung eines artenreichen und vielfältigen Waldrandes ist zu fördern."
139		139.035		SO 04	Eine Teilfläche des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand bzw. Tabubereich] zu einem Vorkommen des Wespenbussards
139		139.036		SO 04	Zwischenzeitlich ist mir ein Vorkommen des Uhus [mit Lagedarstellung in einer Karte] bekanntgeworden. Der überwiegende Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 liegt innerhalb des 1.000 m-Puffers [Mindestabstand bzw. Tabubereich] zu diesem Vorkommen des Uhus.

139		139.037		SO 04	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt" ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt; dieses Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung erstreckt sich über - grob geschätzt - drei Viertel der Fläche des Vorranggebietes Windenergienutzung "Bramstedt". Zudem ist in räumlicher Nähe ein Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich 0,1 bis 0,2 km.
139		139.038		SO 05	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Bramstedt-Wittstedt" ein Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung beträgt der Abstand lediglich etwa 0,2 km.
139		139.039		SO 07	In der o.g. Naturschutzfachlichen Einschätzung ist ein Vorkommen der Wiesenweihe erwähnt. Zwischenzeitlich wurde mir mitgeteilt, dass es im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" drei Vorkommen der Wiesenweihe gibt. Es werden derzeit (Raumnutzungs-) Untersuchungen durchgeführt; eine abschließende Einschätzung ist derzeit noch nicht möglich.
139		139.040		SO 07	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Grauwall-Kanal als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt das Vorranggebiet Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" in einen westlichen und einen östlichen Teil.
139		139.041		SO 09	Der Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 wurde in der o.g. Naturschutzfachlichen Einschätzung mit der Kategorie "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet" eingestuft. Gegenüber der Naturschutzfachlichen Einschätzung (... die sich auf ein deutlich größeres Gebiet bezieht - nämlich die Potenzialflächen 007 und 045) ist mir keine neue Sachlage bekannt
139		139.042		SO 09	Das Vorranggebiet Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit nachgewiesener landesweiter Bedeutung. Maßgeblich ist hier die Art "Graugans".
139		139.043		SO 09	Für die Arten "Kiebitz" und "Goldregenpfeifer" weist der Gastvogellebensraum regionale Bedeutung auf; die Bedeutung liegt relativ knapp unterhalb der landesweiten Bedeutung
139		139.044		SO 09	Für die Arten "Kormoran" und "Sturmmöwe" hat der Gastvogellebensraum lokale Bedeutung.
139		139.045		SO 09	Nach hier vorliegenden Fotos weist der Gastvogellebensraum möglicherweise auch eine sehr hohe, u.U. nationale oder internationale Bedeutung für die Art "Weißwangengans" auf [Unsichere Datenlage, im Januar 2014 erhaltene Mitteilung].

139		139.046		SO 09	Der nördliche Teil (... nördlich des Neuenseer Schleusenfleths) des Vorranggebietes Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 gehört zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung [B2220-019]; im Gebiet gibt es u.a. acht Vorkommen des Kiebitzes
139		139.047		SO 09	Der südliche Teil (... südlich des Neuenseer Schleusenfleths) des Vorranggebietes Wind-energienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 gehört ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Weißstorch] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung [B2220-020]; im Gebiet gibt u.a. elf Vorkommen des Kiebitzes
139		139.048		SO 09	In räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 gibt es eines oder mehrere Vorkommen des Weißstorchs; das Vorkommen in Moorstrich ist völlig unstrittig - das Vorranggebiet Windenergienutzung grenzt unmittelbar an den 1.000 m-Puffer [Mindestabstand bzw. Tabubereich] an; zwei weitere Vorkommen des Weißstorchs in räumlicher Nähe sind unsicher bzw. strittig [Unsichere Datenlage, im Januar 2014 erhaltene Mitteilung].
139		139.049		SO 09	In räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 gibt es zwei Vorkommen der Rohrweihe. Das eine Vorkommen ist etwa 0,7 bis 0,8 km vom westlichen Rand des Vorranggebietes Windenergienutzung entfernt; das andere Vorkommen ist etwa 0,2 bis 0,3 km vom östlichen Rand des Vorranggebietes Windenergienutzung entfernt. Die beiden 1.000 m-Puffer überstreichen etwa 60 % des Vorranggebietes Windenergie-nutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014.
139		139.050		SO 09	Bekannt ist ein Seeadler-Vorkommen im Bereich der Oste-Mündung; vermutlich gibt es ein weiteres Vorkommen des Seeadlers im Bereich des Landkreises Stade, zu dem mir jedoch keine präzisen Informationen vorliegen.
139		139.051		SO 10	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind in räumlicher Nähe zum Vorranggebiet Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" bzw. zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Heerstedt-Lohe" mehrere Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; im nordwestlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs beträgt der Abstand lediglich etwa 0,3 km.

139		139.052		SO 11	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Heerstedt/Lunestedt" ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt; dieses Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung erstreckt sich - grob geschätzt - über die Hälfte der Fläche des Vorranggebietes Windenergienutzung "Heerstedt/Lunestedt" und betrifft v.a. den südlichen und den mittleren Teil.
139		139.053		SO 11	Zudem sind der Stinstedter Bach und der Dohrener Bach als Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; diese Gewässer liegen unmittelbar angrenzend an das Vorranggebiet Windenergienutzung bzw. teilen es in einen nördlichen und einen südlichen Teil.
139		139.054		SO 14	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Kirchwistedt-Ahe" ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt; dieses Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung erstreckt sich über den südlichen bzw. südwestlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Kirchwistedt-Ahe".
139		139.055		SO 15	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist die Altwistedter Lune als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Gewässer durchzieht den südlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung "Kirchwistedt-Ahe".
139		139.056		SO 16	Am Rande des Langen Moores ist seit einigen Monaten ein Vorkommen des Seeadlers bekannt; dieses Vorkommen ist etwa 3,4 bis 3,6 km vom nordöstlichen Rand des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Köhlen-Brockoh" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 entfernt.
139		139.057		SO 16	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Köhlen-Brockoh" mehrere Vorranggebiete Torfentwicklung und Moorerhaltung und mehrere Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; östlich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs grenzt unmittelbar ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung an (... auf dem Gebiet des Landkreises Rotenburg (Wümme)).
139		139.058		SO 16	Zudem sind die Mehe und der Alfgraben als Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt; die Mehe liegt unmittelbar angrenzend an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich; der Alfgraben verläuft etwa 0,2 km südlich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs.

139		139.059		SO 18	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist in räumlicher Nähe zum Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Debstedt" ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung sowie ein Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; der Abstand beträgt im östlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs jeweils lediglich etwa 0,1 km.
139		139.060		SO 19	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist östlich angrenzend an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Langen-Krempel" ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt.
139		139.061		SO 20	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen sind im Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Sievern" zwei Vorranggebiete Biotopverbund dargestellt. Diese sind jeweils etwa 0,1 bis 0,2 km vom nordöstlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Sievern (Nord)" bzw. vom südwestlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Langen-Sievern (Süd)" entfernt.
139		139.062		SO 21	Am Rande des Langen Moores ist seit einigen Monaten ein Vorkommen des Seeadlers bekannt; dieses Vorkommen ist etwa 2,0 bis 2,1 km vom südöstlichen Rand des Vorranggebietes Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 entfernt
139		139.063		SO 21	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist die Obere Wittgeeste als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt das Vorranggebiet Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt" in einen nördlichen und einen mittleren/südlichen Teil.
139		139.064		SO 22	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist westlich nahezu unmittelbar angrenzend, östlich fast überlappend mit dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Loxstedt-Nüchel" ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt.
139		139.065		SO 23	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist die Lune als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund grenzt unmittelbar an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Loxstedt-Stotel" an
139		139.066		SO 27	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Verbindungsgraben (Gewässerkennzahl 03499562910000000) als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund grenzt unmittelbar an den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordholz/Cappel-Neufeld" an.

139		139.067		SO 28	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Oxstedter Bach als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Nordholz/Spieka-Neufeld" in einen nördlichen und einen mittleren/südlichen Teil.
139		139.068		SO 30	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt; dieses Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung erstreckt sich - grob geschätzt - über drei Viertel der Fläche des Vorranggebietes Windenergienutzung. Des Weiteren ist der Stinstedter Randkanal als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund grenzt im nordöstlichen Teil unmittelbar an das Vorranggebiet Windenergienutzung an.
139		139.069		SO 31	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist das Achthöfener Fleth als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im südlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Osten-Isensee" beträgt der Abstand lediglich etwa 0,1 km
139		139.070		SO 32	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Schifffahrtsweg Elbe-Weser (Hadelner Kanal) als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Osterbruch/Kehdingbruch" in einen westlichen und einen östlichen Teil. Streng genommen grenzt es an den Teil "Osterbruch" unmittelbar an; zum Teil "Kehdingbruch" beträgt der Abstand etwa 0,1 bis 0,2 km.
139		139.071		SO 36	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist im Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung bzw. des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Uthlede" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 ein Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung dargestellt; dieses Vorranggebiet Torfentwicklung und Moorerhaltung erstreckt sich - grob geschätzt - über sieben Achtel der Fläche des Vorranggebietes Windenergienutzung und die Hälfte des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs. Des Weiteren ist das Borner Moor als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im nordöstlichen Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung bzw. des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs beträgt der Abstand etwa 0,2 bis 0,3 km.
139		139.072		SO 38	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Grauwall-Kanal als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; dieses Vorranggebiet Biotopverbund teilt den Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Wremen-Grauwallkanal" in einen westlichen und einen östlichen Teil.

139		139.073		SO 39	Im Entwurf 2014 zur Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen ist der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer an der Wurster Küste als Vorranggebiet Biotopverbund dargestellt; im westlichen Bereich des Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs "Wremen-Schottwarden" beträgt der Abstand lediglich etwa 0,1 bis 0,2 km.
139		139.074		E	In der Einleitung der Begründung/Erläuterung zu Kap. 4.2.2 heißt es: "Die getroffenen Regelungen zur Steuerung der Windenergienutzung sollen den Ausbau dabei in einem Rahmen halten, der allen anderen Belangen, allen voran den Schutzansprüchen von Mensch und Natur, gerecht wird." - Es wird vorgeschlagen, hier statt des Begriffs "Natur" das Begriffspaar "Natur und Landschaft" zu verwenden.
139		139.075		E 01	In den Ausführungen zu Ziffer 01, Satz 2 heißt es: "... Diese Vorgabe ist dann erfüllt, wenn die Windenergieanlagen inklusive ihrer Fundamente und den von den Rotoren überstrichenen Flächen vollständig innerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung (ausschlaggebend ist die Mitte der Umgrenzungslinie) liegen." - Es wird für erforderlich gehalten, diese Ausführungen, dass Windenergieanlagen nur innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung bzw. eines Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs errichtet werden dürfen, als Ziel in die Beschreibende Darstellung aufzunehmen. Diese Klarstellung ist auch im Hinblick auf die erfahrungsgemäß frühzeitig anlaufenden Planungen der Windenergie-Investoren sinnvoll
139		139.076		U	Im Hinblick auf den Umweltbericht bestehen nach meiner Einschätzung noch eine Reihe von Änderungserfordernissen
139		139.077		SO 01	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 038 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Östlich Appeln" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 17 bis 18 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Für den östlichen und südlichen Teil des Gebietes 038 lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Für den nordwestlichen Bereich des Gebietes 038 lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".

139		139.078		SO 02	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 014 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Zwischen Bederkesa und Drangstedt" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 9 bis 11 des PDF-Dokuments] .Einstufung: Für den südwestlichen Teil des Gebietes 014 lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet"; hierbei handelt es sich um den Bereich, der im Zuge der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 entfallen ist. Auch für den kleinen Teil des Gebietes 014 , der zum 500 m Puffer um das Kranich-Vorkommen gehört, lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen (v.a. zum Kranich und zum Seeadler, aber auch zu den anderen Großvogel-Arten) lautet die Einstufung für die übrigen Teile des Gebietes 014 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".
139		139.079		SO 02	Für den Seeadler ist im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse veranlasst worden. Bisher ist nur ein Zwischenbericht vorhanden, da es im Jahr 2014 zu einem Brutabbruch des Seeadlers gekommen ist. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Seeadler-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.080		SO 03	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 051 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Belum und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutz-fachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 43 bis 45 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für das Gebiet "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".
139		139.081		SO 04	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 053 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Östlich Bramstedt" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 20 bis 22 des PDF-Dokuments].Einstufung: Für den zentralen, östlichen und südlichen Teil des Gebietes 053 lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Für den nordwestlichen Bereich lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".

139		139.082		SO 04	Für den Uhu ist im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse veranlasst worden. Für den Uhu stellt der Niederungsbereich innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung ein prädestiniertes Nahrungshabitat in räumlicher Nähe zum Brutstandort dar. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Uhu-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.083		SO 04	Im Zuge der nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist der Windpark Bramstedt vor kurzem seitens des Naturschutzamtes aus artenschutzrechtlichen Gründen als nicht genehmigungsfähig betrachtet worden [Schreiben vom 29. August 2014 an das Amt Bauaufsicht und Regionalplanung]. Vor diesem Hintergrund ist das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bramstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 zu streichen.
139		139.084		SO 05	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 059, 088, 126, 178, 182 und 215 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Bramstedt-Wittstedt und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/ 21.07.2014 [Seite 47 bis 49 des PDF-Dokuments] .Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für die Gebiete 059, 088, 126 und 182 "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten - Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden". Für die Gebiete 178 und 215 lautet die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet".
139		139.085		SO 05	Im Hinblick auf die Vorkommen der Arten Mäusebussard, Turmfalke, Waldohreule, Schleiereule und Wachtel bestehen noch Unklarheiten; die Kartierungen und Bewertungen sind derzeit noch nicht abschließend zu beurteilen.
139		139.086		SO 05	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Bramstedt-Wittstedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" beträgt etwa 660 m.

139		139.087		SO 07	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 016 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Dorum-Sachsendingen und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 33 bis 35 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Für den westlichen Teil des Gebietes, der als (weitere) mögliche Erweiterungsfläche zu prüfen ist, lautet die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet"; auch für den - sehr kleinen - östlichen Teil des Gebietes, der als (weitere) mögliche Erweiterungsfläche zu prüfen ist, ergibt sich diese Einstufung. Für überwiegenden Teil des Gebietes lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".
139		139.088		SO 08	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 039 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Flögeln-Stüh und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 39 bis 41 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Für den nördlichen und östlichen Teil des Gebietes 039 lautet die Einstufung "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet"; hierbei handelt es sich um den Bereich, der im Zuge der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012 entfallen ist. Für den übrigen Teil lautet die Einstufung "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet"; dieser Teil liegt innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2012.
139		139.089		SO 08	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Flögeln-Stüh" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Ahlen-Falkenberger Moor, Seen bei Bederkesa" beträgt etwa 850 m
139		139.090		SO 09	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 007 und 045 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Nördlich Oberndorf" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 4 bis 6 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Vorbehaltlich der ergänzungsbedürftigen Erfassungen und Bewertungen (v.a. zu Brut- und Gastvögeln) lautet die Einstufung für die Gebiete 007 und 045 "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet". Dieses gilt insbesondere für den südlichen Teil des Gebietes 007 - etwa südlich des Moorstricher Fleths. Maßgeblich für diese Einstufung sind insbesondere die Bedeutung als Gastvogellebensraum und die Bedeutung als Vogelbrutgebiet
139		139.091		SO 09	Im Hinblick auf den Weißstorch ist im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren festgestellt worden, dass Flugwege betroffen sind.

139		139.092		SO 09	Für den Seeadler wird im Rahmen nachfolgender Planungs- und Verwaltungsverfahren eine Raumnutzungsanalyse als erforderlich erachtet. In den Jahren 2013 und 2014 ist es - infolge von Störungen - zu einem Brutabbruch des Seeadlers gekommen. Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG kann derzeit für das Seeadler-Vorkommen nicht ausgeschlossen werden.
139		139.093		SO 09	Im Hinblick auf die Gastvögel sind weitere Untersuchungen erforderlich; dabei ist insbesondere die Erfassung und Bewertung der Interaktionen zwischen dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Unterelbe", dem EU-Vogelschutzgebiet "Unterelbe" und dem Naturschutzgebiet "Schnook" einerseits und dem Bereich des Vorranggebietes Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 von Bedeutung.
139		139.094		SO 09	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Geversdorf/Oberndorf" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Unterelbe" beträgt etwa 740 m.
139		139.095		SO 10	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 057, 084 und 143 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Windpark Heerstedt-Lohe und mögliche Erweiterungsflächen" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 45 bis 47 des PDF-Dokuments].Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für die Gebiete 057 und 143 "Voraussichtlich keine gravierenden Konflikte zu erwarten - Fläche kann auf Eignung als Vorranggebiet Windenergienutzung weiter geprüft werden"; vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für das Gebiet 084 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet".
139		139.096		SO 10	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Heerstedt-Lohe" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Silbersee, Laaschmoor, Bülter See, Bülter Moor" beträgt etwa 550 m; der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Heerstedt-Lohe" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Silbersee, Laaschmoor, Bülter See, Bülter Moor" beträgt lediglich etwa 290 m.

139		139.097		SO 11	Im Hinblick auf die Potenzialflächen mit den Lfd. Nrn. 055, 079, 095, 109, 198 und 208 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Westlich Lunestedt" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 23 bis 26 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für die Gebiete 055, 079, 095, 109, 198 und 208 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet". - Eine Digitalisierung der Unterlagen zum "LBP Neubau der A 20 Bauabschnitt 4" ist sinnvoll/erforderlich, um zu einer endgültigen Einschätzung zu kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich für die Gebiete 055, 109 und 208 nach weiterer Analyse die Einstufung "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet" bzw. "Gravierende Konflikte vorhanden - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet" ergibt; für die Gebiete 079 und 095 ist dies nach derzeitigem Stand nicht zu erwarten.
139		139.098		SO 11	Der Abstand zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Heerstedt/Lunestedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" beträgt 500 m; der Abstand zwischen dem Bauleitplanerisch gesicherten Bereich "Heerstedt/Lunestedt" nach dem RROP-Entwurf Juni 2014 und dem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung "Teichfledermaus-Gewässer im Raum Bremerhaven/Bremen" beträgt lediglich etwa 470 m.
139		139.099		SO 12	Im Hinblick auf die Potenzialfläche mit der Lfd. Nr. 058 wird verwiesen auf die Ausführungen zu "Zwischen Bröckelbeck und Heeßel" in der Naturschutzfachlichen Einschätzung vom 26.06.2014/21.07.2014 [Seite 26 bis 27 des PDF-Dokuments]. Einstufung: Vorbehaltlich weiterer Untersuchungen lautet die Einstufung für den nördlichen Teil des Gebietes 058 "Möglicherweise gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich bedingt geeignet", für den südlichen Teil des Gebietes 058 "Voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten - Fläche ist als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet".